



**Stadtwerke Halle GmbH,**  
Halle (Saale)

Prüfung des Konzernabschlusses  
zum 31. Dezember 2016 und des  
Konzernlageberichtes für das Geschäftsjahr 2016  
(Testatsexemplar)

---

## **Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

Wir haben den von der

**Stadtwerke Halle GmbH,  
Halle (Saale)**

aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel - und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2016 bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des von dem Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und von dem Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens- Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt.

Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Halle (Saale), 23. Mai 2017

**BRV**<sub>AG</sub>  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Kanne

Wirtschaftsprüfer



Liehr

Wirtschaftsprüfer



## Anlagen

## **Anlagenverzeichnis**

- Anlage 1      Konzernbilanz zum 31. Dezember 2016
- Anlage 2      Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom 01. Januar bis  
31. Dezember 2016
- Anlage 3      Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2016 einschließlich  
Entwicklung des Konzern-Anlagevermögens für das Geschäftsjahr 2016
- Anlage 4      Konzern-Kapitalflussrechnung 2016
- Anlage 5      Konzern-Eigenkapitalspiegel 2016
- Anlage 6      Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2016

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 01. Januar 2002

KONZERNBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2016

AKTIVSEITE				PASSIVSEITE			
		31.12.2016	31.12.2015			31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR	EUR		EUR	EUR	EUR
<b>A. Anlagevermögen</b>				<b>A. Eigenkapital</b>			
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>				<b>I. Gezeichnetes Kapital</b>	30.000.000,00		30.000.000,00
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3.276.511,28		3.877.142,62	<b>II. Kapitalrücklage</b>	33.032.439,40		33.197.971,14
2. Geleistete Anzahlungen	189.623,24		100.260,02	<b>III. Erwirtschaftetes Kapital</b>			
		3.466.134,52	3.977.402,64	Gewinnrücklagen der einbezogenen Unternehmen	235.635.113,57		223.954.117,74
<b>II. Sachanlagen</b>				<b>IV. Nicht beherrschende Anteile</b>	-1.127.768,09		-1.131.902,42
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	141.975.750,31		146.386.236,29			297.539.784,88	286.020.186,46
2. Technische Anlagen und Maschinen	876.268.213,68		864.949.421,59	<b>B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und für Abnehmerbeiträge</b>		338.785.497,59	337.873.314,86
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	18.971.777,65		17.900.742,09	<b>C. Rückstellungen</b>			
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	43.165.790,34		30.901.851,00	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.167.162,00		1.221.700,00
		1.080.381.531,98	1.060.138.250,97	2. Steuerrückstellungen	12.486.233,03		3.073.549,44
<b>III. Finanzanlagen</b>				3. Sonstige Rückstellungen	145.651.482,77		147.879.221,17
1. Anteile an verbundenen (nicht einbezogenen) Unternehmen	107.500,00		107.500,00			159.304.877,80	152.174.470,61
2. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	10.516.998,10		9.921.396,57	<b>D. Verbindlichkeiten</b>			
3. Beteiligungen an übrigen Unternehmen	13.375.736,10		11.462.928,37	1. Anleihen	25.501.360,35		25.501.360,35
4. Sonstige Ausleihungen	5.944.188,04		0,00	2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	369.342.967,06		351.935.046,34
		29.944.422,24	21.491.824,94	3. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	676.341,53		846.271,90
		1.113.792.088,74	1.085.607.478,55	4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	48.996.163,15		35.613.319,55
<b>B. Umlaufvermögen</b>				5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen (nicht einbezogenen) Unternehmen	21.903,47		17.053,82
<b>I. Vorräte</b>				6. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	812.483,58		1.305.616,20
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	6.569.165,25		6.201.302,22	7. Sonstige Verbindlichkeiten	62.912.828,11		60.764.331,04
2. Unfertige Leistungen	1.446.194,93		1.808.551,30	davon aus Steuern: EUR 9.162.744,17 (Vorjahr: EUR 6.607.345,95)			
3. Fertige Erzeugnisse und Waren	123.480,61		144.783,42	davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 13.471,54 (Vorjahr: EUR 7.915,95)			
4. Geleistete Anzahlungen	216.055,36		121.045,44			508.264.047,25	475.982.999,20
		8.354.896,15	8.275.682,38	<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		14.041.422,11	16.530.955,37
<b>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>				<b>F. Passive latente Steuern</b>		1.411.882,43	436.202,41
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	49.768.200,63		42.722.556,77				
2. Forderungen gegen verbundene (nicht einbezogene) Unternehmen	1.116,91		815,93				
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	34.363,33		7.136.612,64				
4. Sonstige Vermögensgegenstände	22.083.267,09		33.382.689,75				
		71.886.947,96	83.242.675,09				
<b>III. Wertpapiere</b>							
Sonstige Wertpapiere	85.321,44		57.594.016,27				
		85.321,44	57.594.016,27				
<b>IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks</b>							
		121.806.542,85	30.504.415,55				
		202.133.708,40	179.616.789,29				
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		3.421.714,92	3.793.861,07				
		1.319.347.512,06	1.269.018.128,91			1.319.347.512,06	1.269.018.128,91

**KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DEN ZEITRAUM VOM 01. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2016**

	<b>2016 EUR</b>	<b>2016 EUR</b>	<b>2015 EUR</b>
1. Umsatzerlöse		568.754.212,10	528.140.973,51
2. Erhöhung (+) oder Verminderung (-) des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		-381.564,17	1.533.276,39
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		8.598.456,18	8.287.561,36
4. Sonstige betriebliche Erträge		67.587.827,40	78.956.754,97
5. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	168.662.651,96		219.430.667,12
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>170.860.216,87</u>		<u>75.202.858,27</u>
		339.522.868,83	294.633.525,39
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	110.782.417,32		107.414.529,06
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: EUR 4.298.572,70 (Vorjahr: EUR 3.962.145,91)	<u>25.943.029,22</u>		<u>24.248.010,39</u>
		136.725.446,54	131.662.539,45
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		73.146.862,96	67.172.926,52
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		61.964.439,80	89.503.354,78
9. Erträge aus Beteiligungen davon aus assoziierten Unternehmen: EUR 3.055.407,79 (Vorjahr: EUR 684.012,03)		3.065.527,81	1.335.138,13
10. Verluste aus Beteiligungen davon aus assoziierten Unternehmen: EUR 22.080,50 (Vorjahr: EUR 7.684,19)		22.080,50	7.684,19
11. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		1.622.478,82	1.181.975,53
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00)		648.702,95	1.003.856,57
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		0,00	308.020,30
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00)		17.356.198,14	19.052.006,07
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag davon aus bilanzierten latenten Steuern: EUR -139.507,90 (Vorjahr: EUR 37.304,93)		8.317.008,32	5.853.655,51
16. Ergebnis nach Steuern		<u><b>12.840.736,00</b></u>	<u><b>12.245.824,25</b></u>
17. Sonstige Steuern		1.147.332,53	1.736.677,07
18. Konzernjahresüberschuss		<u><b>11.693.403,47</b></u>	<u><b>10.509.147,18</b></u>
19. Einstellung in andere Gewinnrücklagen		11.680.995,83	10.498.396,69
20. Nicht beherrschenden Anteilen zustehender Gewinn		12.407,64	10.750,49
21. Konzern-Bilanzgewinn		<u><b>0,00</b></u>	<u><b>0,00</b></u>

## **Stadtwerke Halle GmbH, Halle (Saale)**

### **Anhang zum Konzernabschluss zum 31. Dezember 2016**

#### **I. Allgemeine Angaben zum Konzernabschluss**

Die Stadtwerke Halle GmbH mit Sitz in Halle (Saale) ist beim Amtsgericht Stendal unter HRB-Nr. 210568 eingetragen.

Der Konzernabschluss ist auf den Stichtag des Jahresabschlusses der Stadtwerke Halle GmbH (SWH), den 31. Dezember 2016, aufgestellt. Die Jahresabschlüsse aller zum Konsolidierungskreis gehörenden Konzernunternehmen sind ebenfalls zum 31. Dezember 2016 aufgestellt.

Die Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sind auf der Grundlage des Handelsgesetzbuches und den ergänzenden Bestimmungen des Gesetzes betreffend die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbHG) aufgestellt. Für den Jahresabschluss der Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft, Halle (Saale), fanden zudem die Vorschriften des Aktiengesetzes und die Verordnung über die Gliederung des Jahresabschlusses von Verkehrsunternehmen in der Fassung vom 13. Juli 1988 Anwendung.

Die Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sind außerdem einheitlich nach der „Richtlinie für die Erstellung der Einzelabschlüsse der Tochterunternehmen und des Konzernabschlusses der Stadtwerke Halle GmbH“ vom 12. Januar 2017 aufgestellt.

Die Gliederung der Konzernbilanz sowie der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung entsprechen § 298 Abs. 1 HGB i. V. m. §§ 265, 266 und § 275 HGB mit Ausnahme der konsolidierungsspezifischen Posten und weiteren, den Besonderheiten von Konzernunternehmen entsprechenden Posten.

Der Konzernabschluss wurde unter Berücksichtigung der vollständigen Verwendung des Konzernjahresergebnisses aufgestellt.

Durch die erstmalige Anwendung des § 277 HGB in der Fassung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BiLRUG) besteht nur eine eingeschränkte Vergleichbarkeit der Umsatzerlöse mit den Umsatzerlösen des Vorjahres. Die Umsatzerlöse des Vorjahres gemäß § 277 HGB unter Berücksichtigung der Änderungen des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes betragen TEUR 537.661. Das Gliederungsschema der Gewinn- und Verlustrechnung wurde dahingehend angepasst, dass die durch das BiLRUG weggefallenen Posten „außerordentliche Aufwendungen“, „außerordentliche Erträge“ und „außerordentliches Ergebnis“ gestrichen wurden. Die im Vorjahr dort ausgewiesenen Beträge wurden im verbliebenen Gliederungsschema eingegliedert. Der Posten „Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit“ wurde gestrichen, der Posten „Ergebnis nach Steuern“ wurde neu eingefügt. Die Vorjahresangaben wurden angepasst.

## II. Abgrenzung des Konsolidierungskreises

### 1. Konzernunternehmen

In den Konzernabschluss werden gemäß § 294 Abs. 1 HGB die SWH als Mutterunternehmen und alle unter deren einheitlicher Leitung stehenden 18 Tochterunternehmen mit Sitz im Inland einbezogen.

Die Konzernunternehmen sind:

1.	Stadtwerke Halle GmbH, Halle (Saale) (SWH)		
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2016	EUR	204.105.059,62
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2016)	EUR	16.257.440,12
2.	Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft, Halle (Saale) (HAVAG)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2016	EUR	83.582.738,87
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2016, EAV)	EUR	0,00
3.	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, Halle (Saale) (HWS)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2016	EUR	85.907.208,54
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2016, EAV)	EUR	0,00
4.	Hafen Halle GmbH, Halle (Saale) (Hafen)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2016	EUR	731.102,56
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2016, EAV)	EUR	0,00
5.	EVH GmbH, Halle (Saale) (EVH)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2016	EUR	89.877.884,98
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2016, EAV)	EUR	0,00
6.	TELONON Abwasserbehandlung GmbH, Halle (Saale) (TELONON)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2016	EUR	25.564,59
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2016, EAV)	EUR	0,00

7.	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH, Halle (Saale) (FTZ)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2016	EUR	52.740,76
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2016)	EUR	887,59
8.	Maya mare GmbH & Co. KG, Halle (Saale) (Maya mare)		
	Anteil am Kapital	%	94,9 (82,4 unmittelbar, 12,5 mittelbar über HWS)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2016	EUR	3.516.923,20
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2016, vor Belastung der Kapitalkonten)	EUR	0,00
9.	W + H Wasser- und Haustechnik GmbH, Halle (Saale) (W + H)		
	Anteil am Kapital	%	100,0 (mittelbar über HWS)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2016	EUR	224.610,70
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2016, EAV)	EUR	0,00
10.	IT-Consult Halle GmbH, Halle (Saale) (IT-Consult)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2016	EUR	521.626,87
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2016, EAV)	EUR	0,00
11.	Bäder Halle GmbH, Halle (Saale) (BHG)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2016	EUR	6.840.554,55
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2016)	EUR	2.112,69
12.	Energieversorgung Halle Netz GmbH, Halle (Saale) (Netzgesellschaft Halle)		
	Anteil am Kapital	%	100,0 (mittelbar über EVH)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2016	EUR	7.135.782,00
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2016, EAV)	EUR	0,00

13.	WER - Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH, Halle (Saale) (WER)		
	Anteil am Kapital	%	60,0 (mittelbar über HWS)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2016	EUR	466.327,16
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2016)	EUR	24.504,73
14.	Servicegesellschaft Saale mbH, Halle (Saale) (SGS)		
	Anteil am Kapital	%	51,0 (mittelbar über HAVAG)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2016	EUR	132.086,90
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2016)	EUR	79,89
15.	RAB Halle GmbH, Halle (Saale) (RAB)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2016	EUR	1.707.907,42
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2016, EAV)	EUR	0,00
16.	Cives Dienste GmbH, Halle (Saale) (Cives)		
	Anteil am Kapital	%	100,0 (mittelbar über HWS)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2016	EUR	25.000,00
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2016, EAV)	EUR	0,00
17.	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau, Halle (Saale) (AWH)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2016	EUR	4.516.664,54
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2016)	EUR	1.113.973,44
18.	Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH, Halle (Saale) (SHS)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2016	EUR	25.000,00
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2016, EAV)	EUR	0,00
19.	Heizkraftwerk Halle Trotha GmbH, Halle (Saale) (KWT)		
	Anteil am Kapital	%	100,0 (mittelbar über EVH)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2016	EUR	4.713.156,46
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2016)	EUR	4.381.901,72

Zum 31. Dezember 2015 war die SWH mit einer Beteiligungsquote von 50 % an der KWT beteiligt. Die KWT wurde als assoziiertes Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen. Mit Kaufvertrag vom 16. Dezember 2016 wurden die verbleibenden 50 % der Anteile am Eigenkapital durch die SWH erworben. Seit diesem Zeitpunkt liegt Beherrschung vor. Mit Vertrag vom 21. Dezember 2016 erfolgte die Einbringung von 100 % der Anteile an der KWT in die EVH als Einlage in die Kapitalrücklage der EVH.

Vereinfachend wurde der Erstkonsolidierungszeitpunkt der KWT auf den 31. Dezember 2016 festgelegt. Zu diesem Zeitpunkt erfolgte die erstmalige Vollkonsolidierung unter Beachtung der Neubewertungsmethode. In diesem Zusammenhang wurden stille Reserven im Kraftwerk (ausgewiesen unter den Technischen Anlagen und Maschinen) unter Beachtung latenter Steuern aufgedeckt. Die Abschreibung dieser stillen Reserven und die korrespondierende Fortschreibung der passiven latenten Steuern erfolgt ab dem 1. Januar 2017.

Für den bereits von der SWH gehaltenen Anteil an der KWT wurde der Beteiligungsbuchwert bis zum 31. Dezember 2016 im Rahmen der für assoziierte Unternehmen angewandten Equity-Methode fortgeschrieben.

Durch den erstmaligen Einbezug als vollkonsolidiertes Tochterunternehmen ist die Vergleichbarkeit einzelner Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung mit den Vorjahreswerten nicht gegeben. Daher werden nachfolgend für die wichtigsten Bilanzposten die Werte zum 31. Dezember 2015 der KWT angegeben, die sich ergeben hätten, wenn der Konzern bereits zu diesem Zeitpunkt Beherrschung über die KWT ausgeübt hätte:

Bilanzposten		KWT 31.12.2015	davon entfallen auf nunmehr verbundene Unternehmen
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	TEUR	2.263	2.261
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	TEUR	279	235
Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen	TEUR	9.977	4.100

Auf die Einbeziehung der nachfolgenden Gesellschaften in den Konzernabschluss der SWH wird gemäß § 296 Abs. 2 HGB verzichtet, da ihr Jahresergebnis, ihre Umsatzerlöse und ihre Bilanzsumme weniger als 1 % des Konzernjahresergebnisses und Konzernumsatzes ausmachen:

1. Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH, Halle (Saale)		
Anteil am Kapital	%	100,0 (mittelbar über EVH)
Eigenkapital zum 31. Dezember 2016	EUR	17.894,58
Ergebnis des Geschäftsjahres (2016)	EUR	4.650,10

2.	Saalebus GmbH, Halle (Saale)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
			(mittelbar über HAVAG)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2016	EUR	89.859,45
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2016)	EUR	-8.567,58

## 2. Assoziierte Unternehmen

Gemäß § 311 Abs. 1 HGB werden fünf Unternehmen mit Sitz im Inland als assoziierte Unternehmen in den Konsolidierungskreis einbezogen. Die im Vorjahr als assoziiertes Unternehmen erfasste HAL Sanierungs- und Entwicklungsgesellschaft Halle mbH i. L., Halle (Saale) (HAL-SAN) wurde in 2016 liquidiert. Durch den Erwerb weiterer 50 % Geschäftsanteile an der KWT wird diese nun unter den verbundenen Unternehmen (Ziff. 19) ausgewiesen.

1.	A/V/E GmbH, Halle (Saale) (A/V/E)		
	Anteil am Kapital	%	23,9
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2016	EUR	2.068.866,85
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2016)	EUR	521.600,18
2.	Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH, Halle (Saale) (FSA)		
	Anteil am Kapital	%	50,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2016	EUR	26.681,41
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2016)	EUR	-44.161,38
3.	OBS Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH, Halle (Saale) (OBS)		
	Anteil am Kapital	%	51,0
			(mittelbar über HAVAG)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2015	EUR	4.968.968,92
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2015)	EUR	142.339,80
4.	Meter 1 GmbH & Co. KG, Halle (Saale)		
	Anteil am Kapital	%	33,3
			(mittelbar über EVH)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2016	EUR	322.521,57
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2016, vor Gutschrift auf Kapitalkonten)	EUR	615.306,66
5.	RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH (RES), Sangerhausen		
	Anteil am Kapital	%	50,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2016	EUR	3.162.077,33
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2016)	EUR	212.754,23

Aufgrund des Erwerbs weiterer 18 % Geschäftsanteile an der unter Ziff. 3. aufgeführten OBS im Geschäftsjahr 2011 ist der SWH-Konzern am Bilanzstichtag zu 51 % an der OBS beteiligt. Aufgrund der Regelungen im Gesellschaftsvertrag der OBS ist der Konzern erheblich und andauernd an der Ausübung seiner Stimmrechte beeinträchtigt. In Anwendung des § 296 Abs. 1 Nr. 1 HGB wird auf die Einbeziehung der OBS als Tochterunternehmen nach den Vorschriften der Vollkonsolidierung verzichtet und die OBS wie in Vorjahren als assoziiertes Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen.

### 3. Beteiligung an übrigen Unternehmen

Energie-, Wasser- und Abwassergesellschaft Geiseltal mbH, Braunsbedra (EWAG)		
Anteil am Kapital	%	20,0
Eigenkapital zum 31. Dezember 2015	EUR	1.949.191,29
Ergebnis des Geschäftsjahres (2015)	EUR	288.412,02

### III. Konsolidierungsgrundsätze

Die Kapitalkonsolidierung der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen erfolgt gemäß § 301 Abs. 1 HGB. Dabei werden die Beteiligungsbuchwerte des Mutterunternehmens mit dem zum Zeitpunkt ihres Erwerbes entsprechenden Betrag des Eigenkapitals des Tochterunternehmens aufgerechnet mit Ausnahme der WER, der Cives und der RAB, für die die Beteiligungsbuchwerte der HWS und der SWH mit dem Eigenkapital der WER, der Cives und der RAB zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung am 31. Dezember 2007 (WER), 01. Januar 2009 (Cives) und 31. Dezember 2008 (RAB) aufgerechnet wurden. Die Einbeziehung der Tochterunternehmen der HWS (W + H, WER, Cives), der EVH (Netzgesellschaft Halle, KWT) und der HAVAG (SGS) erfolgte in Form der Simultankonsolidierung. Im Rahmen der Kapitalkonsolidierung wurde auf Erwerbsvorgänge, die vor dem 01. Januar 2010 erfolgt sind, die Buchwertmethode angewendet. Auf nach diesem Stichtag erfolgte Erwerbsvorgänge findet die Neubewertungsmethode Anwendung.

Ein aus der Aufrechnung des Beteiligungsbuchwerts des Mutterunternehmens mit dem Eigenkapital des Tochterunternehmens entstehender aktiver Unterschiedsbetrag wird als Geschäfts- und Firmenwert innerhalb des immateriellen Anlagevermögens ausgewiesen und planmäßig abgeschrieben.

Der Ausweis der Beteiligungen an assoziierten Unternehmen nach der Equity-Methode erfolgt mittels der Buchwertmethode gemäß § 312 Abs. 1 Satz 1 HGB zum Zeitpunkt des Erwerbs der Anteile. Der Konzernanteil am Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag der assoziierten Unternehmen wird entsprechend der vorliegenden geprüften bzw. ungeprüften (bei nicht prüfungspflichtigen Unternehmen) Jahresabschlüsse periodengleich dem Anteilswert zugeschrieben bzw. vermindert diesen; vereinnahmte Gewinnausschüttungen von assoziierten Unternehmen werden im Jahr des Zuflusses vom Anteilswert abgesetzt. Für diese Gesellschaften sind die letzten vorliegenden Jahresabschlüsse zugrunde gelegt worden.

Die am Bilanzstichtag fortgeführten aktiven Unterschiedsbeträge aus der erstmaligen Anwendung der Equity-Methode, die auf stille Reserven in Beteiligungen entfallen, betragen TEUR 9.625; die fortgeführten passivischen Unterschiedsbeträge belaufen sich auf TEUR 1.112.

Ausleihungen und andere Forderungen sowie Verbindlichkeiten zwischen den konsolidierten Gesellschaften werden gegeneinander aufgerechnet, konzerninterne Rückstellungen werden aufgelöst.

In Geschäftsjahr 2016 erfolgte erstmalig auch eine Aufrechnung von aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten zwischen den konsolidierten Unternehmen, da diese zunehmend an Bedeutung gewonnen haben.

Umsatzerlöse und andere Erträge zwischen den konsolidierten Unternehmen werden im Rahmen der Aufwands- und Ertragskonsolidierung mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet, soweit sie nicht als andere aktivierte Eigenleistungen auszuweisen sind.

Die Auswirkungen aus den erfolgswirksamen Konsolidierungsvorgängen des Vorjahres wurden mit den anderen Gewinnrücklagen verrechnet. Die vereinnahmten Gewinnausschüttungen der assoziierten Unternehmen für 2016 mindern den Beteiligungsbuchwert.

#### **IV. Erläuterungen zur Konzernbilanz und Konzern-Gewinn- und -verlustrechnung**

##### **A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

Der Konzernabschluss wurde auf der Grundlage der Einzelabschlüsse der konsolidierten Unternehmen und unter Beachtung der Grundsätze der §§ 290 bis 315 HGB erstellt.

Wie im Vorjahr werden die im Konzernabschluss ausgewiesenen Vermögensgegenstände und Schulden einheitlich nach den Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen der SWH bilanziert.

Auf eine Anpassung der der Equity-Bewertung der assoziierten Unternehmen zugrunde liegenden Vermögensgegenstände und Schulden auf konzerneinheitliche Bewertungsmethoden wurde unter Bezugnahme auf den Grundsatz der Wesentlichkeit verzichtet.

Besondere Ansatz- und Bewertungswahlrechte im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses wurden nicht wahrgenommen.

## Aktiva

**Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände** und **Sachanlagen** wurden ausgehend von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger und außerplanmäßiger Abschreibungen bewertet. Zinsen für Fremdkapital wurden nicht in die Herstellungskosten einbezogen. Bei der Ermittlung der Herstellungskosten selbst erstellter Anlagen sind neben den aktivierungspflichtigen direkt zugeordneten Einzelkosten auch angemessene Teile der Gemeinkosten sowie der Werteverzehr des Anlagevermögens einbezogen. Bei Maßnahmen im Bereich der HAVAG, für die die Gesellschaft Zuwendungen gemäß Gemeindeverkehrsfinanzierungs-, Entflechtungs-, Investitionsförderungs-, Regionalisierungsgesetz, Europäischer Fonds für regionale Entwicklung und dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen Anhalt erhält, beruht die Bewertung der aktivierten Eigenleistungen auf dem Eisenbahnkreuzungsgesetz i. V. m. der ersten Eisenbahnkreuzungsordnung.

Die **planmäßigen Abschreibungen** auf immaterielle Vermögensgegenstände, Gebäude und Sachanlagen wurden linear entsprechend der wirtschaftlichen Nutzungsdauer vorgenommen.

Sofern angezeigt, wurden im Geschäftsjahr **außerplanmäßige Abschreibungen** aufgrund voraussichtlich dauernder Wertminderung auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen oder beibehalten.

**Geringwertige Wirtschaftsgüter** mit Anschaffungs- bzw. Herstellkosten von maximal EUR 410 werden im Jahr ihrer Anschaffung bzw. Herstellung voll abgeschrieben.

Die **Finanzanlagen** wurden mit Ausnahme der Beteiligungen an assoziierten Unternehmen mit den Anschaffungskosten ausgewiesen. Sofern angezeigt, wurden die Anschaffungskosten um außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung auf den niedrigeren beizulegenden Wert vermindert bzw. mit ihrem Erinnerungswert angesetzt. Sofern die Gründe für die voraussichtlich dauerhafte Wertminderung entfallen sind, werden die Finanzanlagen auf ihre ursprünglichen Anschaffungskosten gemäß § 253 Abs. 5 HGB zugeschrieben. Die Beteiligungsbuchwerte an den assoziierten Unternehmen wurden unter Berücksichtigung der anteiligen Jahresergebnisse und der vereinnahmten Ausschüttungen fortgeschrieben.

Die **Ausleihungen** (Allianz PortfolioKonzept) sind zu Anschaffungskosten bewertet. Bei der Anlage im Allianz PortfolioKonzept handelt es sich um eine ausschüttende Kapitalanlage. Etwaige Ansprüche auf Ausschüttung von erwirtschafteten Zinserträgen wurden der Kapitalanlage direkt zugeordnet und unter den Ausleihungen des Finanzanlagevermögens aktiviert.

Die Bewertung der **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** erfolgt unter Beachtung des Niederstwertprinzips zu gleitenden Durchschnittspreisen anhand der Einstandspreise.

Unter den **Vorräten** werden unentgeltlich zugeteilte Schadstoff-Emissionsrechte ausgewiesen. Die Verpflichtung der Abgabe von Emissionsrechten bis zum 30. April des Folgejahres wurde gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB durch die Abgabe von unentgeltlich zugeteilten Emissionsrechten erfüllt.

**Unfertige Leistungen** sind mit den Herstellungskosten gemäß § 255 Abs. 2 HGB angesetzt. Die Herstellungskosten umfassen die angefallenen Einzelkosten, angemessene Anteile an Gemeinkosten sowie den Werteverzehr des Anlagevermögens, soweit dieser durch die Fertigung veranlasst wurde.

**Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände** sind zum Nennwert unter Berücksichtigung von Pauschalwertberichtigungen und erforderlichen Einzelwertberichtigungen angesetzt. Davon abweichend ist das unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesene Körperschaftsteuerguthaben (§ 37 Abs. 4 KStG n. F.) zum 31. Dezember 2016 diskontiert mit einem risikolosen Zinssatz basierend auf Bundesanleihen mit fristenkongruenten Laufzeiten bewertet worden. Innerhalb der Forderungen werden erhaltene Abschlagszahlungen mit den abgegrenzten, noch nicht abgelesenen Strom-, Wärme- und Erdgasverbräuchen der Privat- und Gewerbekunden verrechnet.

Die **flüssigen Mittel** sind zu Nominalwerten aktiviert.

**Aktive Rechnungsabgrenzungsposten** enthalten u.a. Provisionen für Namensschuldverschreibungen und Schulscheindarlehen, Courtagezahlungen für Folgejahre sowie Kreditbearbeitungsgebühren/ Disagios. Sie werden über die vertraglich vereinbarten Zinsfestschreibungsperioden linear abgeschrieben.

Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen dienen, sind nach § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB mit dem beizulegenden Wert anzusetzen. Der Bewertung der Ansprüche aus Rückdeckungsversicherung für Pensionen und Ansprüche aus der Sicherung von Wertguthaben im Rahmen der Altersteilzeitregelung liegen Mitteilungen des Versicherungsunternehmens bzw. des Sicherungsunternehmens zugrunde.

**Latente Steuern** werden gemäß § 274 Abs. 1 HGB für zeitliche Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten ermittelt. Dabei wurden auch latente Steuern auf quasi-permanente Differenzen, die sich aus der unterschiedlichen Bewertung der Beteiligungen in der Handels- und Steuerbilanz ergeben, berücksichtigt. Zusätzlich zu den zeitlichen Bilanzierungsunterschieden werden steuerliche Verlustvorträge berücksichtigt, sofern diese in den nächsten fünf Jahren voraussichtlich zu einer Steuerentlastung führen. Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt auf Basis des kombinierten Ertragsteuersatzes des steuerlichen Organkreises der Stadtwerke Halle GmbH von aktuell 31,58 %. Der kombinierte Ertragsteuersatz umfasst Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag. Im Geschäftsjahr ergab sich unter Anwendung eines saldierten Ausweises (§ 274 Abs. 1 Satz 3 HGB) insgesamt eine aktive latente Steuer. Von dem Wahlrecht zum Ansatz des aktiven latenten Steuerüberhangs aufgrund sich ergebender Steuerentlastungen nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird kein Gebrauch gemacht.

Aus Konsolidierungsmaßnahmen, insbesondere der erfolgswirksamen Schuldenkonsolidierung sowie der Zwischenergebniskonsolidierung, resultieren passive latente Steuern TEUR 297 (Vj.: TEUR 436), welche gem. § 306 HGB im Geschäftsjahr 2016 passiviert wurden.

Aus der Erstkonsolidierung der KWT ergibt sich eine passive latente Steuer von TEUR 1.115, die analog zur Abschreibung der stillen Reserven im Kraftwerk ertragswirksam aufgelöst wird.

## Passiva

Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und Abnehmerbeiträge/Baukostenzuschüsse wurden in Höhe ihres Nennbetrages in den **Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und für Abnehmerbeiträge** eingestellt.

Außerdem werden hier erhaltene Fördermittel gemäß Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG), Gesetz zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (EntflechtG), Investitionsförderungsgesetz (IFG), Regionalisierungsgesetz (RG), Europäischem Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen Anhalt (ÖPNVG LSA) sowie Investitionszuschüsse der Stadt Halle (Saale) und anderer Dritter zum Anlagevermögen und Abnehmerbeiträge/Baukostenzuschüsse ausgewiesen.

Die in den Sonderposten eingestellten Investitionszuschüsse wurden analog der auf die bezuschussten Anlagegegenstände im Berichtsjahr vorgenommenen Abschreibungen erfolgswirksam in den sonstigen betrieblichen Erträgen aufgelöst.

Die bis zum 31. Dezember 2002 vereinnahmten Abnehmerbeiträge/Baukostenzuschüsse sind zum Nennbetrag, vermindert um einen anteiligen Auflösungsbetrag in Höhe von 5,0 % des Nennbetrages, ausgewiesen. Ab dem 1. Januar 2003 vereinnahmte Abnehmerbeiträge/Baukostenzuschüsse sind zum Nennbetrag passiviert und werden über die Nutzungsdauer der entsprechenden Vermögensgegenstände aufgelöst.

**Rückstellungen für künftige Leistungen im Rahmen von Pensionen, Dienstjubiläen, Altersteilzeitaufwendungen und Sterbegeldern** sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen bewertet. Mit Ausnahme der Rückstellung für Verpflichtungen aus Altersteilzeitvereinbarungen werden diese nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank ermittelten durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten zehn Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Die Pensionsverpflichtungen wurden nach dem Projected-Unit-Credit-Verfahren auf Basis der 2006 veröffentlichten Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck sowie Erwartungen über zukünftige Preis-/Kostensteigerungen ermittelt. Dabei wurden eine angenommene Fluktuationsrate von bis zu 1 % und für das Finanzierungsalter die vorgezogenen Altersgrenzen gemäß RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz 2007 zugrunde gelegt. Als Rechnungszins wurde der durchschnittliche Marktzinssatz der letzten zehn Jahre verwendet (Bundesbankzins), der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Dabei wurden ein Zinssatz von 4,01 % sowie eine erwartete Einkommenssteigerung und ein Rententrend von bis zu 2,5 % zugrunde gelegt.

Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen wurden unter Beachtung der Stellungnahme des Hauptfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer zur Bilanzierung von Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen dotiert.

Zur Sicherung von Wertguthaben aus Altersteilzeitverträgen der Mitarbeiter sind entsprechende Mittel in Termingeldern und Wertpapiere angelegt. Sie sind dem Zugriff übriger Gläubiger entzogen. Die Bewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert; dieser wird mit den jeweils zugrunde liegenden Verpflichtungen verrechnet. Ergibt sich ein Verpflichtungsüberhang, wird dieser unter den Rückstellungen erfasst.

Die **sonstigen Rückstellungen** werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Bei der Bewertung des Erfüllungsbetrages wurden Kostensteigerungen zwischen 0 % und 2,5 % berücksichtigt. Die sonstigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit fristadäquaten Zinssätzen abgezinst, die von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben worden sind. Für die Abzinsung der Rückstellungen betragen die Zinssätze für 2016 je nach Restlaufzeit 1,67 % bis 3,36 %.

Gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB werden Rückstellungen, für die sich aufgrund der geänderten Bewertung eine Auflösung ergeben würde, beibehalten, soweit der aufzulösende Betrag bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste. Diese Rückstellungen sind dann mit ihrem fortgeführten Wert nach HGB a. F. bewertet. Die Bewertung nach HGB i. d. F. d. BilMoG erfolgte zur Ermittlung des Betrags der Überdotierung. Insgesamt beträgt die Überdotierung im Konzern zum 31. Dezember 2016 TEUR 3.521.

Die **Verbindlichkeiten** werden mit ihren jeweiligen Erfüllungsbeträgen bilanziert.

**Derivative Finanzinstrumente** werden einzeln mit dem Marktwert am Stichtag bewertet. Sind die Voraussetzungen zur Bildung von Bewertungseinheiten erfüllt, werden die Sicherungs- und Grundgeschäfte zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst. Die Bilanzierung von Bewertungseinheiten erfolgt nach der „Einfrierungsmethode“, d. h. die sich ausgleichenden Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft werden bilanziell nicht erfasst.

## **B. Erläuterungen zur Bilanz**

### **1. Anlagevermögen**

Die Aufgliederung der in der Bilanz zusammengefassten Anlageposten und ihre Entwicklung im Jahr 2016 einschließlich der Abschreibungen des Geschäftsjahres sind im Anlagenspiegel (Anlage zum Anhang) dargestellt.

Besonderheiten der Ver- und Entsorgungswirtschaft und des Öffentlichen Personennahverkehrs wurde durch eine weitere Untergliederung der technischen Anlagen und Maschinen Rechnung getragen.

Die Zugänge zu den Beteiligungen an assoziierten Unternehmen betreffen in Höhe von TEUR 2.915 die im Rahmen der Equity-Bewertung ermittelten anteiligen positiven Jahresergebnisse der assoziierten Unternehmen.

Die im Geschäftsjahr vereinnahmten Gewinnausschüttungen (TEUR 106) sowie die im Rahmen der Equity-Bewertung ermittelten anteiligen negativen Jahresergebnisse (TEUR 22) und der Abgang der HAL-San (TEUR 52) sind im Anlagenspiegel in der Spalte Abgänge zusammengefasst.

Auf den Beteiligungsbuchwert des bis 31. Dezember 2016 assoziierten Unternehmens KWT waren in Vorjahren außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen worden, im Geschäftsjahr 2016 erfolgte eine Zuschreibung in Höhe von TEUR 166. Dieser wurde unter den Erträgen an assoziierten Unternehmen erfasst und in der Kapitalflussrechnung separat unter den Erträgen von außergewöhnlicher Bedeutung dargestellt.

Nach einer Entscheidung des BVerwG kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) sämtliche Geschäftsanteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH den klagenden Gemeinden zuordnen wird. Sollten hierzu rechtskräftige Entscheidungen vorliegen, hat die sogenannte „große GbR“, an der die Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH zu 50 % beteiligt ist, die von ihr gehaltenen Geschäftsanteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH an die Kommunen herauszugeben. Es wurden Vorkehrungen gegen wirtschaftliche Nachteile getroffen.

## 2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Fristigkeit der Forderungen ist im folgenden Forderungsspiegel dargestellt:

	Restlaufzeiten		Gesamt TEUR
	bis 1 Jahr TEUR	über 1 Jahr TEUR	
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen <i>(Vorjahr)</i>	44.827 <i>(42.717)</i>	4.942 <i>(5)</i>	49.769 <i>(42.722)</i>
Forderungen gegen nicht einbezogene verbundene Unternehmen <i>(Vorjahr)</i>	1 <i>(1)</i>	0 <i>(0)</i>	1 <i>(1)</i>
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht <i>(Vorjahr)</i>	34 <i>(7.137)</i>	0 <i>(0)</i>	34 <i>(7.137)</i>
Sonstige Vermögensgegenstände <i>(Vorjahr)</i>	21.757 <i>(30.627)</i>	326 <i>(2.756)</i>	22.083 <i>(33.383)</i>
Gesamt <i>(Vorjahr)</i>	66.619 <i>(80.482)</i>	5.268 <i>(2.761)</i>	71.887 <i>(83.243)</i>

Von den **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** bestehen TEUR 457 (Vj.: TEUR 3.509) und von den sonstigen Vermögensgegenständen TEUR 29 (Vj.: TEUR 13) gegen die Gesellschafterin Stadt Halle (Saale).

Die **Forderungen gegen verbundene (nicht einbezogene) Unternehmen** betreffen sonstige Forderungen.

Die **Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, betreffen mit TEUR 31 (Vj.: TEUR 45) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände**, die rechtlich am Bilanzstichtag noch nicht entstanden sind, betreffen im Wesentlichen im Folgejahr abzugsfähige Vorsteuern (TEUR 1.511) sowie Forderungen aus Umsatzsteuer (TEUR 1.903).

## 3. Wertpapiere

Mit Wirkung zum 31. Dezember 2016 wurden die bis dahin gehaltenen Spezialfonds (AWICO-Fonds, Südinvest 131) der AWH fristgerecht gekündigt und in Form einer kompletten Anteilsscheinrückgabe abgewickelt. Im Rahmen der Fondsabwicklung konnte ein Finanzvolumen von rd. Mio. EUR 55,6 ausgelöst werden. Hiervon wurden Mio. EUR 6,0 in einer langfristigen Kapitalanlage im Sicherungsvermögen der Allianz Lebensversicherung AG (Allianz PortfolioKonzept) im Dezember 2016 sofort wieder investiert. Die restlichen Finanzmittel werden am Bilanzstichtag als Termingelder und Kontoguthaben gehalten und daher unter den Guthaben bei Kreditinstituten ausgewiesen.

Von der AWH sind für die Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Sicherheiten zugunsten des Landes Sachsen-Anhalt zu erbringen. Die erforderliche Sicherheitsleistung für die Kosten der Stilllegung wurde auf Mio. EUR 129 festgesetzt. Für die Nachsorgephase wurde, unter dem Vorbehalt der späteren Neufestsetzung, eine Sicherheitsleistung von Mio. EUR 12,3 eingefordert. Mit Datum vom 05. September 2016 erhielt die AWH den rechtsgültigen siebzehnten Änderungsbescheid zum „Bescheid zur oberen Begren-

zung der geforderten Sicherheitssumme“ vom 18. Dezember 2006 und zur Verpfändungsvereinbarung vom 28. August 2007. Im Rahmen dieses Bescheides wurde die erforderliche Sicherheitsleistung für die Kosten der Stilllegung mit Mio. EUR 54,9 neu festgesetzt. Hierin berücksichtigt sind nahezu alle angefallenen Kosten im Rahmen der Stilllegung per 31. Dezember 2015. Der hieraus resultierende Sicherheitenbetrag beträgt Mio. EUR 55,0.

Zur Erbringung dieser Sicherheiten hat die Gesellschaft mit Wirkung zum 19. September 2016 eine neue Verpfändungsvereinbarung mit dem Landesverwaltungsamt unterzeichnet, welche die vorherige Verpfändungsvereinbarung vom 28. August 2007 vollständig ersetzt. Mit der neuen Vereinbarung hat die Gesellschaft ihre Ansprüche auf Auszahlung, die sich bei der vollständigen Verwertung der beiden Spezialfonds ergeben, an das Land Sachsen-Anhalt abgetreten. Des Weiteren wird mit der neuen Vereinbarung die zukünftige Verwendung der Finanzmittel geregelt. Demnach dürfen die verpfändeten Sicherheiten durch die Gesellschaft ausschließlich zum Erwerb von Tagesgeld, Termingeld/Festgeld, Schuldscheindarlehen, festverzinslichen Wertpapieren sowie von Anlagen im Sicherungsvermögen der Allianz Lebensversicherung AG (Allianz PortfolioKonzept) verwendet werden.

#### **4. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten**

Unter den Guthaben bei Kreditinstituten sind Festgelder (TEUR 186) ausgewiesen, die der Absicherung einer Avalkreditlinie dienen.

#### **5. Rechnungsabgrenzungsposten**

Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind gemäß § 250 Abs. 3 HGB Disagien in Höhe von TEUR 374 enthalten (Vj.: TEUR 101).

Zur Zinssicherung laufender sowie einer vorgesehenen variablen Fremdfinanzierung wurden auf der Grundlage von Rahmenverträgen für Finanztermingeschäfte Zinsbegrenzungsgeschäfte (Caps) erworben. Die darauf zu zahlenden Prämien wurden unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten aktiviert und über den Zinssicherungszeitraum linear abgeschrieben.

#### **6. Eigenkapital**

Die Entwicklung des Konzerneigenkapitals ist dem Konzernabschluss als gesonderte Anlage beigelegt.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden der Kapitalrücklage der HWS TEUR 8.290 aus Vermögensübertrag des Abwasserzweckverbandes Elster-Kabelsketal zugeführt. Im Geschäftsjahr 2016 wirkte sich eine Korrektur der Vermögensübertragung in Höhe von TEUR 166 mindern auf das Konzerneigenkapital aus.

## Nicht beherrschende Anteile

Gesellschaft	Fremdanteil	Eigenkapital
	%	EUR
WER	40,0	186.530,86
SGS	49,0	64.722,59
Maya mare	5,1	-1.379.021,53
		<u>-1.127.768,08</u>

## Nicht beherrschenden Anteilen zustehender Gewinn

Gesellschaft	Anteile Anderer
	EUR
WER	9.801,89
SGS	39,15
Maya mare	2.566,60
	<u>12.407,64</u>

## 7. Rückstellungen

Die Fristigkeit der Rückstellungen ist dem folgenden Rückstellungsspiegel zu entnehmen:

	Restlaufzeit			Gesamt
	bis 1	1 bis 5	über 5	
	Jahr	Jahre	Jahre	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Rückstellungen für Pensionen	37	166	964	1.167
Steuerrückstellungen	12.486	0	0	12.486
Sonstige Rückstellungen	65.744	35.054	44.854	145.652
	<u>78.267</u>	<u>35.220</u>	<u>45.818</u>	<u>159.305</u>

Die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** werden nach Verrechnung mit dem Deckungsvermögen ausgewiesen. Unverrechnet beträgt die Rückstellung TEUR 1.334 und der Anspruch aus der Rückdeckungsversicherung TEUR 167.

In den **Sonstigen Rückstellungen** sind im Wesentlichen enthalten:

	TEUR
Restrukturierungsaufwendungen, Sozialplan, Abfindungen	13.000
Urlaub, Mehrarbeit, Zeitkonten	4.265
Jubiläen	922
Sonstige	4.714
<b>Personalmrückstellungen</b>	<b>22.901</b>
Stilllegung, Rückbau und Nachsorge Deponie	51.678
Stilllegung, Rückbau und Sanierung von Versorgungs- und Transportnetzen und-anlagen	14.168
Prozessrisiken	8.417
Ausstehende Eingangsrechnungen	8.212
Grunddienstbarkeiten	4.035
Stromsteuer	6.658
Drohende Verluste	4.816
Entschädigungen	1.200
Erdgassteuer	4.741
Unterlassene Instandhaltung	2.419
Abwasserabgabe	2.540
Übrige sonstige Rückstellungen	13.866
<b>Sonstige übrige Rückstellungen</b>	<b>122.751</b>
<b>Summe sonstige Rückstellungen</b>	<b>145.652</b>

Zur Sicherung der **Verpflichtungen aus Altersversorgung und Arbeitszeitguthaben** sind Wertpapiere des Umlaufvermögens und Termingeldanlagen in Höhe von TEUR 17.941 verpfändet und somit dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen. Die Vermögensgegenstände wurden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den entsprechenden Schulden verrechnet. Die Verpflichtung wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet. Dabei wurden Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,5 % p. a. berücksichtigt. Als Rechnungszins wurde der durchschnittliche Marktzinssatz der letzten zehn Jahre verwendet (Bundesbankzins), der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit zwischen 1 und 7 Jahren ergibt. Er beträgt in Abhängigkeit der durchschnittlichen Restlaufzeit 1,59 % bis 1,97 %. Es wurden die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde gelegt.

Die versicherungsmathematische Berechnung der **Jubiläumsrückstellung** erfolgt unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens. Dabei wurden ein Rechnungszins von 3,24 % sowie eine erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung von bis zu 2,50 % zugrunde gelegt. Die angenommene Fluktuationsquote beträgt bis zu 1,00 % p. a. Zudem wurden die Sterbetafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Bei der HAVAG wurden die Zinssätze gemäß den durchschnittlichen Restdienstzeiten, 2,3 % (Duration sechs Jahre), 2,6 % (Duration acht Jahre) und 3,24 % (Duration 15 Jahre) berücksichtigt.

Mit dem Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften wurde der Zeitraum für die Ermittlung der Durchschnittszinssätze zur Bewertung von Pensionsrückstellungen verlängert. Nach § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB sind Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen nunmehr mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn (anstatt bisher sieben) Geschäftsjahre abzuzinsen. Der sich aus der Anwendung der Neuregelung ergebende Unterschiedsbetrag beläuft sich auf TEUR 508, dieser Entlastungseffekt unterliegt bei der Gesellschaft nicht der

Ausschüttungs-/ bzw. Gewinnabführungssperre nach § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB, da die nach Gewinnabführung verbleibenden frei verfügbaren Rücklagen den Unterschiedsbetrag übersteigen.

Aufgrund der geänderten Bewertungsregeln für langfristige Rückstellungen wären folgende Rückstellungen bei erstmaliger Anwendung des BilMoG am 1. Januar 2010 aufzulösen gewesen. Da absehbar ist, dass die aufzulösenden Beträge bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müssen, wurde für diese Rückstellungen vom Wahlrecht nach Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB Gebrauch gemacht, indem die Auflösung unterlassen worden ist.

- Rückstellungen der SWH für drohende Verluste, Verpflichtungen für Vorruhestandsregelungen und Rückstellungen für die Aufbewahrung. Der Überdeckungsbetrag betrug zum 31. Dezember 2016 TEUR 78.
- Rückstellungen der EVH gemäß § 9 Abs. 1 Grundbuchbereinigungsgesetz und für Vorruhestandsleistungen. Zum Stichtag besteht eine Überdeckung in Höhe von TEUR 186.
- Rückstellungen der AWH zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge. Der Überdeckungsbetrag beläuft sich zum 31. Dezember 2016 auf TEUR 3.257.

## 8. Verbindlichkeiten

Die Fristigkeit der Verbindlichkeiten ist dem folgenden Verbindlichkeitspiegel zu entnehmen:

	Restlaufzeiten				durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert TEUR
	bis 1 Jahr TEUR	1 bis 5 Jahre TEUR	über 5 Jahr TEUR	Gesamt TEUR	
Anleihen (Vorjahr)	501 (501)	0 (0)	25.000 (25.000)	25.501 (25.501)	10.000 (10.000)
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Vorjahr)	31.785 (27.982)	129.693 (127.101)	207.865 (196.852)	369.343 (351.935)	219.934 (221.240)
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen (Vorjahr)	619 (782)	57 (64)	0 (0)	676 (846)	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Vorjahr)	48.915 (35.549)	69 (64)	12 (0)	48.996 (35.613)	
Verbindlichkeiten gegen nicht einbezogene verbundene Unternehmen (Vorjahr)	22 (17)	0 (0)	0 (0)	22 (17)	
Verbindlichkeiten gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr)	812 (1.306)	0 (0)	0 (0)	812 (1.306)	
Sonstige Verbindlichkeiten (Vorjahr)	19.696 (17.591)	20.718 (20.674)	22.500 (22.500)	62.914 (60.765)	
Gesamt (Vorjahr)	102.350 (83.728)	150.537 (147.903)	255.377 (244.352)	508.264 (475.983)	

<sup>1</sup> Die Anleihen und TEUR 196.477 (Vj.: TEUR 190.525) der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind besichert durch Negativverklärungen in Form von Gleichbehandlungserklärungen mit Kenntnisnahme der SWH, Erklärungen zur Nichtbelastung des Grundbesitzes, Organschaftsrevers der SWH für die HWS und Letter of comfort der SWH für die HWS.

<sup>2</sup> Davon besichert TEUR 23.457 (Vj.: TEUR 29.744) durch Sicherungsabtretung bzw. -übereignung technischer Anlagen und Maschinen, durch eine Grundschild, durch modifizierte Ausfallbürgschaften der Stadt Halle bzw. durch ein Organschaftsrevers der SWH für die Hafen Halle GmbH.

Die Anleihen betreffen Namensschuldverschreibungen inklusive Zinsabgrenzungen.

Unter den **Verbindlichkeiten** aus Lieferungen und Leistungen werden TEUR 60 (Vj.: TEUR 14) und unter den sonstigen Verbindlichkeiten TEUR 1.571 (Vj.: TEUR 1.238) **gegenüber der Gesellschafterin** ausgewiesen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen (nicht einbezogenen) Unternehmen** betreffen mit TEUR 22 sonstige Verbindlichkeiten. Die **Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, betreffen mit TEUR 812 Lieferungen und Leistungen.

## C. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die ausgewiesenen **Umsatzerlöse** gliedern sich wie nachfolgend dargestellt:

	2016 TEUR	2015 TEUR
Strom	186.662	186.608
Wasser/Abwasser	75.473	71.747
Gas	69.497	57.701
Wärme	56.569	53.656
Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)	44.369	40.925
Netznutzung	28.823	27.601
Entsorgung	24.969	22.990
EEG- bzw. KWK-Umlagen	13.377	6.401
Reinigungsleistungen	12.174	11.754
EDV- / IT-Dienstleistungen	10.288	10.194
Hafen- und Dispositionsleistungen	9.946	5.396
Freizeit	6.118	5.951
Sonstige Erlöse	30.489	27.217
	<u>568.754</u>	<u>528.141</u>

Im Konzernabschluss wurden **außerplanmäßige Abschreibungen** von insgesamt TEUR 1.899 (Vj.: TEUR 2.744) auf das Sachanlagevermögen vorgenommen.

Der Posten „**Erträge aus Beteiligungen**“ umfasst die Beteiligungserträge der assoziierten Unternehmens A/V/E, OBS und RES. „**Verluste aus Beteiligungen**“ umfasst die Beteiligungsverluste aus dem assoziierten Unternehmen FSA. Der bis zum 31.12.2016 erzielte anteilige Jahresüberschuss der KWT wurde ebenfalls unter den Beteiligungserträgen erfasst.

Im Jahresergebnis des Konzerns sind periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 1.350 (Vj.: TEUR 5.375) ausgewiesen, die auch Aufwendungen aus Umsatzerlöskorrekturen von TEUR 601 enthalten. Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden periodenfremde Aufwendungen in Höhe von TEUR 941 (Vj.: TEUR 1.915) ausgewiesen. Weiterhin sind im Materialaufwand unter den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe periodenfremde Aufwendungen von TEUR 522 (Vj.: TEUR 0) sowie unter den Aufwendungen für bezogene Leistungen TEUR 222 (Vj.: TEUR 0) enthalten.

Die **Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge** betreffen mit TEUR 158 (Vj.: TEUR 13) Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen und mit TEUR 8 (Vj.: TEUR 7) Erträge aus der Verrechnung Deckungsvermögen Pensionen. Verrechnet wurden TEUR 10 (Vj.: TEUR 10) aus der Aufzinsung von Altersversorgungsverpflichtungen und TEUR 18 (Vj.: TEUR 17) aus der Zeitwertbewertung der Rückdeckungsversicherung.

Die **Zinsen und ähnliche Aufwendungen** betreffen mit TEUR 1.304 (Vj.: TEUR 1.418) Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen und mit TEUR 713 (Vj.: TEUR 512) Zinsaufwendungen aus der Verrechnung des Deckungsvermögens aus Altersteilzeitverpflichtungen. Verrechnet wurden TEUR 716 (Vj.: TEUR 520) aus der Aufzinsung und TEUR 3 (Vj.: TEUR 8) Zinserträge aus der Sicherung der Wertguthaben.

Aufgrund der erstmaligen Anwendung des **BilRUG** wird das im Vorjahr ausgewiesene außerordentliche Ergebnis umgliedert. Die außerordentlichen Erträge werden im Vorjahresausweis mit TEUR 234 den sonstigen betrieblichen Erträgen zugeordnet. Die außerordentlichen Aufwendungen werden in Höhe von TEUR 220 den sonstigen betrieblichen Aufwendungen und in Höhe von TEUR 200 den Zinsaufwendungen zugeordnet. Mit TEUR 25 werden die verbleibenden außerordentlichen Aufwendungen und Erträge des Vorjahres insgesamt aufwandserhöhend in den Personalkosten dargestellt.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen sind **Erträge bzw. Aufwendungen von außergewöhnlicher Größenordnung oder Bedeutung** enthalten. So sind in den sonstigen betrieblichen Erträgen TEUR 3.583 aus der Auflösung von Rückstellungen der EVH enthalten. Zudem sind aus der vorzeitigen Beendigung von US-Leasinggeschäften der HAVAG TEUR 2.100 sonstige betriebliche Erträge sowie TEUR 721 sonstige Aufwendungen angefallen. Im sonstigen betrieblichen Aufwand sind zudem TEUR 2.375 aus der Zuführung zu sonstigen Rückstellungen und im Personalaufwand TEUR 3.202 aus der Zuführung zu Personalrückstellungen enthalten.

## **V. Sonstige Angaben**

### **1. Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten sind**

Für die Trianel European Energy Trading GmbH (Trianel) wurden Bürgschaften in Höhe von insgesamt TEUR 3.700 durch die EVH übernommen. Die Übernahme der Bürgschaften erfolgte aufgrund der Gesellschafterstellung der Stadtwerke Halle GmbH bei der Trianel und der zwischen der EVH und der Trianel bestehenden Verträge. Das Risiko der Inanspruchnahme besteht bei Zahlungsunfähigkeit der Trianel. Hier von geht die Geschäftsführung aufgrund der wirtschaftlichen Verhältnisse der Trianel nicht aus.

Weitere Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB bestanden am Abschlusstichtag nicht.

Die Verbindlichkeiten aus diversen Miet-, Pacht- und Leasingverträgen betragen insgesamt TEUR 4.425, wovon TEUR 1.141 kurzfristig, TEUR 2.960 mittelfristig und TEUR 324 langfristig fällig sind.

Darin enthalten sind Zahlungen der HAVAG für 2016 aus Leasingverträgen für 4 Omnibusse, Laufzeit bis 2022, von TEUR 129 und aus Leasingverträgen für 11 PKW bzw. Nutzfahrzeuge, Laufzeit bis 2020, von TEUR 76.

Aus Auftragsvergaben bzw. Vertragsabschlüssen bestehen für das Jahr 2017 im Investitionsbereich der HAVAG Verpflichtungen von TEUR 26.156. Die Verpflichtungen bestehen im Wesentlichen für die Vorhaben im Stadtbahnprogramm, u.a. Ausbau Veszpremer Straße / Schleife Südstadt, Steintor, Böllberger Weg Nord 2. BA und Dessauer Straße / Verlängerung Frohe Zukunft sowie für die Beschaffung mobiler Fahrausweisautomaten und Linienbusse.

Im übrigen Liefer- und Leistungsbereich bestehen Verpflichtungen von insgesamt TEUR 17.277.

Das Bestellobligo für weitere Sachanlagen und Investitionen aus im Jahr 2016 bereits erteilten Aufträgen beträgt TEUR 9.325. Des Weiteren wurden Verträge über den langfristigen Bezug von Strom, Gas und Wärme (TEUR 271.484) sowie für den Bezug von Emissionsrechten (TEUR 1.382) geschlossen.

Weitere finanzielle Verpflichtungen:

Für die Nutzung der Kläranlage Halle-Nord (Nutzungsüberlassungsvertrag) hat die HWS im Jahr 2017 einen Grundpreis von TEUR 6.118 und im Jahr 2018 einen Grundpreis von TEUR 6.144 zu entrichten. Danach entfällt diese Zahlung. Weiterhin ist ein Abwasserbehandlungsentgelt zu zahlen, dessen Höhe von den Aufwendungen der Kläranlage Halle-Nord GmbH & Co. Betreiber KG abhängig ist. Die Höhe dieses Entgeltes betrug in 2016 TEUR 4.370. Durch den Nutzungsüberlassungsvertrag sichert sich die HWS das alleinige Recht zur Nutzung der Kläranlage Halle-Nord, ohne eigene Investitionen und Finanzierung. Risiken werden durch die fest vereinbarten Zahlungen minimiert.

Mit Datum vom 23. März 2007 wurde zwischen der HWS und der Stadt Halle (Saale) rückwirkend zum 01. Januar 2002 ein Konzessionsvertrag über die öffentliche Versorgung der Stadt Halle mit Wasser abgeschlossen. Die Stadt bedient sich zur Erfüllung der Aufgabe der öffentlichen Wasserversorgung der HWS als Dritten im Sinne des Wassergesetzes für das Land Sachsen-Anhalt. Die HWS hat der Stadt unter dem Eintritt vertraglich geregelter Voraussetzungen eine Konzessionsabgabe zu zahlen. Für die Jahre 2013 bis 2018 wurde unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Situation der Sparte Trinkwasserversorgung die Abgabe fest vereinbart. Sie beträgt für das Jahr 2016 TEUR 276.

Mit der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH wurde durch die HWS ein Wasserlieferungsvertrag zum 1. Januar 2008 abgeschlossen. Dieser hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2024. Darin wurden ein fixer Leistungspreis und ein mengenabhängiger Arbeitspreis vereinbart.

Aus einer im Geschäftsjahr 2004 geschlossenen Vereinbarung im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Beteiligung durch die SWH ergeben sich finanzielle Verpflichtungen in Höhe von höchstens TEUR 1.000, die an das Eintreten bestimmter Bedingungen gebunden sind. Diese Bedingungen sind dann erfüllt, wenn eine bestimmte positive wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligung eintritt. Die Verpflichtung besteht gegenüber einem Dritten, der ebenfalls Anteile erwarb.

Aus einem im Geschäftsjahr 2009 durch die SWH geschlossenen Anteilskauf- und Abtretungsvertrag einer Beteiligung ergeben sich finanzielle Verpflichtungen in Höhe von höchstens TEUR 10.000, die an das Eintreten bestimmter Bedingungen gebunden sind. Diese Bedingungen sind dann erfüllt, wenn eine bestimmte positive wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligung eintritt. Die Verpflichtung besteht gegenüber dem Verkäufer, der Stadt Halle (Saale).

Aus Sponsoringverträgen bestehen finanzielle Verpflichtungen von TEUR 419.

Mitarbeitern der HWS und der HAVAG, die das 17. Lebensjahr vollendet haben und eine Wartezeit von 60 Monaten erfüllen, ist eine Zusatzversorgung nach den Regeln der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst

zugesagt. Sie beruht auf der Mitgliedschaft im Kommunalen Versorgungsverband Sachsen-Anhalt - Zusatzversorgungskasse.

Die Zusatzversorgung umfasst:

- Renten bei Berufs- und Erwerbsunfähigkeit
- Altersrenten
- Hinterbliebenenrenten sowie
- Sterbegeld.

Die Umlage bemisst sich nach dem zusatzversorgungspflichtigen Entgelt der Mitarbeiter. Ab dem 1. Januar 2010 gelten ein Umlagesatz von 1,725 % und ein Zusatzbeitrag von 4,0 %. Der Zusatzbeitrag (2,0 % vom Arbeitnehmer zu tragen) dient dem Aufbau einer kapitalgedeckten Altersvorsorge. Der von der HWS und der HAVAG zu tragende Anteil belief sich im Geschäftsjahr 2016 auf TEUR 1.882.

Aufgrund von Pensionszusagen der EVH, die über Unterstützungskassen durchgeführt werden, bestehen finanzielle Verpflichtungen aus entsprechenden Beitragszahlungen an die Unterstützungskassen. Im Geschäftsjahr 2016 betrug der Wert der mittelbaren Pensionsverpflichtungen zum Bilanzstichtag TEUR 4.420. Dabei wurde ein 10-Jahres-Durchschnittszinssatz verwendet. Der Unterschiedsbetrag zu dem 7-Jahres-Durchschnittszinssatz beträgt TEUR 370. In den Folgejahren ist mit vergleichbaren finanziellen Belastungen zu rechnen.

Aufgrund von Pensionszusagen der Netzgesellschaft Halle, die über Unterstützungskassen durchgeführt werden, bestehen finanzielle Verpflichtungen aus entsprechenden Beitragszahlungen an die Unterstützungskassen. Im Geschäftsjahr 2016 betrug das Beitragsvolumen TEUR 557; für das Geschäftsjahr 2017 wird mit einem Beitragsvolumen von TEUR 557 gerechnet.

Aufgrund von Pensionszusagen der SHS, die über Unterstützungskassen durchgeführt werden, bestehen finanzielle Verpflichtungen aus entsprechenden Beitragszahlungen an die Unterstützungskassen. Im Geschäftsjahr 2016 betrug der Wert der mittelbaren Pensionsverpflichtungen zum Bilanzstichtag TEUR 20 (Vj.: 19). Das unter handelsbilanziellen Gesichtspunkten zu bewertende tatsächliche Kassenvermögen beläuft sich auf TEUR 18 (Vj.: 16). In den Folgejahren ist mit vergleichbaren finanziellen Belastungen zu rechnen.

Die Pensionszusagen beruhen auf dem „Tarifvertrag über die Ablösung des Tarifvertrages über die betriebliche Zusatzrentenversicherung der Tarifgruppe Energie des AVEU (TVV Energie)“ sowie arbeitsvertraglichen Einzelzusagen. Die Zusagen sind abgesichert über die Unterstützungskasse für die Mitteldeutsche Wirtschaft e.V. Darüber hinaus bestehen Betriebsvereinbarungen zur Altersvorsorge für die Gesamtbelegschaft sowie zum (Teil-) Ausgleich von Rentenverlusten aufgrund von Altersteilzeit und Altersübergangsregelungen. Diese sind abgesichert über die Unterstützungskassen Towers Watson Unterstützungskasse e.V. und Towers Watson Second e-Trust e.V. Die Beiträge werden aus dem Personalaufwand finanziert.

Aufgrund von mittelbaren Pensionszusagen der SWH, die über Unterstützungskassen durchgeführt werden, bestehen finanzielle Verpflichtungen aus entsprechenden Beitragszahlungen an die Unterstützungskassen.

Der Konzern unterliegt Verfügungsbeschränkungen hinsichtlich seines Grundbesitzes im Umfang von 11.000 qm begründet durch Erbbaupachtvertrag mit einer Laufzeit bis zum Jahr 2025. Des Weiteren sind 18.935 qm von den insgesamt 39.000 qm zur Verfügung stehenden Ansiedlungsflächen der Hafen Halle GmbH verpachtet (Laufzeit verlängert bis 2020). Die jährlichen Erträge aus genannten Verträgen betragen derzeit TEUR 119.

Weiterhin bestehen Beteiligungsverpflichtungen der EVH. Die Beteiligung an der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG Aachen weist zum 31. Dezember 2016 einen Buchwert in Höhe von TEUR 2.402 aus. Die maximale Beteiligung an der Gesellschaft soll TEUR 5.000 betragen, wobei die Höhe der Eigenkapitalzuführung von den tatsächlichen realisierten Projekten abhängt.

## 2. Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar die SWH und ihre vollkonsolidierten Tochterunternehmen betreffend schlüsselt sich auf in Abschlussprüfungsleistungen (TEUR 401), andere Bestätigungsleistungen (TEUR 4), Steuerberatungsleistungen (TEUR 2) und sonstige Leistungen (TEUR 31).

## 3. Mitarbeiter

Im Durchschnitt des Geschäftsjahres 2016 beschäftigte der SWH Konzern 2.831 Arbeitnehmer und Auszubildende.

Struktur der Arbeitnehmer nach Gruppen:

	Personen 2016	Personen 2015
Gewerbliche Arbeitnehmer	1.414	1.389
Angestellte	1.137	1.115
	2.551	2.504
Passive Altersteilzeit	133	121
Ruhende Arbeitsverhältnisse	32	45
Auszubildende	115	123
	2.831	2.793

#### 4. Derivative Finanzinstrumente

Das über Swaps gesicherte Nominalvolumen von Darlehen der SWH beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 3.160. Der zum 31. Dezember 2016 ermittelte negative Marktwert dieser Verträge wird mit TEUR 362 angegeben. Aufgrund der Bildung einer Bewertungseinheit mit dem zu sichernden Darlehen (Micro-Hedge) wurde keine Drohverlustrückstellung gebildet. Die Bedingungen und Parameter von Grundgeschäft (Darlehen mit variabler Verzinsung) und Sicherungsgeschäften (Festzinsswaps) entsprechen sich („critical-term-match“). Die Bewertung erfolgte auf Basis anerkannter Bewertungsmodelle unter Bezugnahme auf Marktparameter (Bewertung aktueller Zinskupons mit den Marktpreisen sowie Stückzinsen sowie Abzinsung vom Zeitpunkt ihrer Fälligkeit bis zum Bewertungstag auf Barwerte).

Zur Sicherung eines Festpreises für den Gasbezug wurden Commodity Swaps für die Jahre 2017 bis 2019 abgeschlossen. Der negative Zeitwert dieser Swaps beträgt zum 31. Dezember 2016 TEUR 82 (Market to Market-Bewertung).

Des Weiteren hat die EVH im Rahmen der Strategie zur Zinssicherung für drei variabel verzinsliche Darlehen (auch zukünftige) einen Festsatzswap abgeschlossen. Für ein variabel verzinsliches Darlehen mit einem Nominalbetrag von TEUR 14.026 (Stand zum 31. Dezember 2016: TEUR 701) hat der Zinsswap (Laufzeit bis zum 31. März 2017) am Bilanzstichtag einen negativen Marktwert von TEUR 15. Ein weiteres variabel verzinsliches Darlehen mit einem Nominalbetrag von TEUR 3.000 (Stand zum 31. Dezember 2016: TEUR 1.459) wurde im Geschäftsjahr 2011 aufgenommen. Im selben Jahr wurde ein Forward-Festsatzswap (Laufzeit 2012 bis 2021) abgeschlossen, der am Bilanzstichtag einen negativen Marktwert von TEUR 126 hat. Im Geschäftsjahr 2012 wurde ein KfW-Darlehen mit 20-jähriger Laufzeit in Höhe von Mio. EUR 17 aufgenommen. Die Zinsbindung beträgt 10 Jahre. Für die Laufzeit ab 2022 bis 2032 wurde für den Restwert zum Stichtag in Höhe von TEUR 9.855 wiederum ein Forward-Festsatzswap abgeschlossen, dessen negativer Marktwert sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 919 beläuft. Die Bedingungen und Parameter von Grundgeschäften (Darlehen mit variabler Verzinsung) und Sicherungsgeschäften (Festzinsswap) entsprechen sich („critical-terms-match“). Die Bewertung erfolgt auf Basis anerkannter Bewertungsmodelle unter Bezugnahme auf Marktparameter.

Am 01. Oktober 2010 wurde von Maya mare ein Zinssatzswap mit einer Laufzeit vom 30. September 2010 bis 30. März 2023 vertraglich vereinbart. Der Zinssatzswap hat zum Bilanzstichtag einen negativen Marktwert in Höhe von TEUR 96. Es wird aufgrund des Vorliegens einer Bewertungseinheit keine Drohverlustrückstellung gebildet. Die Bedingungen und Parameter von Grundgeschäft (Darlehen mit variabler Verzinsung) und Sicherungsgeschäft (Festzinsswap) entsprechen sich („critical-terms-match“). Die Bewertung erfolgt auf Basis anerkannter Bewertungsmodelle unter Bezugnahme auf Marktparameter.

Mit Abschluss eines Forward-Swaps im September 2011 (Laufzeit bis zum 15. November 2021) sicherte sich die HAVAG eine zinsgünstige Anschlussfinanzierung für ein variabel verzinsliches Bankdarlehen ab November 2012. Das Darlehen mit einem Nominalbetrag von TEUR 10.569 betrug zum 31. Dezember 2016 TEUR 2.781. Der Swap (Festzinsswap) hatte einen negativen Marktwert von TEUR 200. Die Bedingungen von Grundgeschäft und Sicherungsgeschäft entsprechen sich.

Beginnend in 2014 ersetzt auch die HWS bestehende Darlehen bei Beendigung der Zinsbindung durch Darlehen mit variabler Verzinsung. Zur Absicherung der daraus entstehenden Zinsänderungsrisiken wurde am 26. Juni 2013 eine Portfolioswap-Vereinbarung über einen wesentlichen Teil des Kreditportfolios der HWS geschlossen. Die Vereinbarung hat eine Laufzeit bis 30. Juni 2043. Der Bezugsbetrag des Swaps betrug anfänglich TEUR 5.294 bis max. TEUR 95.987. Zum 31. Dezember 2016 beträgt er TEUR 53.151.

Die KWT hat im Rahmen der Strategie zur Zinssicherung für zwei Darlehen Zinsswaps mit einem Nominalbetrag in Höhe von insgesamt TEUR 18.500 erworben, für welche entsprechend § 254 HGB jeweils eine Bewertungseinheit vorliegt. Die Bedingungen und Parameter von Grundgeschäft (Darlehen mit variabler Verzinsung) und Sicherungsgeschäft (Festszinsswap) entsprechen sich („critical-terms-match“). Die Bewertung erfolgt auf Basis anerkannter Bewertungsmodelle unter Bezugnahme auf Marktparameter.

Festsatzswap TEUR 6.250 / Receiver Swap TEUR 6.250:

Ein KfW-Darlehen (TEUR 10.000) mit einer Laufzeit von 10 Jahren und einer 5-jährigen Zinsbindung wurde im Jahr 2010 ausgezahlt. Für das am Ende der Zinsbindung bestehende Restdarlehen in Höhe von TEUR 4.688 wurde 2010 ein Forward-Festsatzswap (Laufzeit 30. September 2015 – 30. September 2020) abgeschlossen. Sein Marktwert betrug am Bilanzstichtag TEUR -360. Nach Ablauf der Zinsbindung wurde aufgrund der günstigen Zinsentwicklung per 30. September 2015 das Restdarlehen in Höhe von TEUR 4.688 um weitere 5 Jahre bei der KfW als Festsatzdarlehen verlängert. Zusätzlich erfolgte der Abschluss eines Receiver-Swaps (Laufzeit 30. September 2015 – 30. September 2020). Der Receiver-Swap wurde am Bilanzstichtag mit einem positiven Marktwert von TEUR 24 ausgewiesen.

## **5. Geschäftsführung**

Geschäftsführer der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2016 waren Herr Matthias Lux (Vorsitzender), Herr Prof. Dr.-Ing. Matthias Krause und Herr René Walther.

Die Vergütung für die Geschäftsführer betrug im Geschäftsjahr 2016 TEUR 610 (Vorjahr TEUR 601).

## **6. Aufsichtsrat**

Dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH gehörten im Geschäftsjahr 2016 an:

Vorsitzender:	Dr. Bernd Wiegand Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale)
Stellv. Vorsitzender:	Simona König Bezirksgeschäftsführerin der Ver.di, Bezirk Sachsen-Anhalt/Süd (seit 9. Februar 2016)
	Stephanie Berend Betriebsratsvorsitzende der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

Dr. Ines Brock  
Dozentin, Psychotherapeutin

Eberhard Doege  
Ruhestandsbeamter

Steffen Gärtner  
Sachgebietsleiter Gebäudemanagement der EVH GmbH /  
Mitglied des Betriebsrates der EVH GmbH

Stefan Hilbig  
Fachbereichssekretär der Ver.di, Bezirk Sachsen-Anhalt/Süd

Burkhard Kocian  
Betriebsratsvorsitzender der EVH GmbH

Johannes Krause  
DGB-Regionsvorsitzender Halle-Dessau

Monika Liedtke  
Kaufmännische Angestellte der Hallesche Wasser und  
Stadtwirtschaft GmbH

Dr. Bodo Meerheim  
Geschäftsführer der SKV Kita gGmbH

Elisabeth Nagel  
Angestellte der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion  
Sachsen-Anhalt-Thüringen

Renate Otto  
Leiterin Rechtsabteilung der Hallesche Verkehrs AG

Ulrich Richter  
Betriebsratsvorsitzender Hallesche Verkehrs AG

Andreas Scholtyssek  
Referent der Industrie- und Handelskammer  
Halle-Dessau

Tom Wolter  
Regisseur, Schauspieler

Die Aufsichtsratsmitglieder erhielten im abgelaufenen Geschäftsjahr von der Gesellschaft Vergütungen in Höhe von TEUR 31.

#### **7. Konzernzugehörigkeit**

Der Konzernabschluss der SWH (kleinster Konsolidierungskreis) wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Der Konzernabschluss der SWH wird in den Konzernabschluss der Stadt Halle (Saale) einbezogen (größter Konsolidierungskreis). Der Konzernabschluss ist am Sitz dieser Gesellschaft erhältlich.

#### **8. Ergebnisverwendung**

Das Jahresergebnis in Höhe von EUR 11.680.995,83 wird in die Gewinnrücklagen eingestellt.

#### **9. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag**

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag von besonderer Bedeutung haben sich nicht ergeben.

Halle (Saale), den 23. Mai 2017

#### **Die Geschäftsführung**



Matthias Lux  
(Vorsitzender)



Prof. Dr.-Ing. Matthias Krause



René Walther

## Entwicklung des Konzern-Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2016

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen						Buchwerte			
	01.01.2016	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Anderung des Konsolidierungskreises	31.12.2016	01.01.2016	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Zuschreibungen	Umbuchungen	Abgänge	Anderung des Konsolidierungskreises	31.12.2016	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
<b>A. Anlagevermögen</b>															
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>															
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	37.514.562,05	846.526,89	748.106,31	1.766.859,41	0,00	37.342.335,84	33.637.419,43	2.192.226,12	0,00	3.024,42	1.766.845,41	0,00	34.065.824,56	3.276.511,28	3.877.142,62
2. Geleistete Anzahlungen	100.260,02	154.643,24	-65.280,02	0,00	0,00	189.623,24	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	189.623,24	100.260,02
	37.614.822,07	1.001.170,13	682.826,29	1.766.859,41	0,00	37.531.959,08	33.637.419,43	2.192.226,12	0,00	3.024,42	1.766.845,41	0,00	34.065.824,56	3.466.134,52	3.977.402,64
<b>II. Sachanlagen</b>															
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	338.769.220,99	2.325.296,97	228.041,73	138.853,97	2.377.514,81	343.561.220,53	192.382.984,70	7.962.685,07	0,00	0,00	93.793,36	1.333.593,81	201.585.470,22	141.975.750,31	146.386.236,29
2. Technische Anlagen und Maschinen															
2.1 Erzeugungsanlagen	217.099.016,06	7.759.471,17	308.138,63	601.953,08	43.834.354,06	268.399.026,84	151.280.497,63	6.011.784,07	0,00	0,00	596.083,35	26.935.900,38	183.632.098,73	84.766.928,11	65.818.518,43
2.2 Verteilungsanlagen	1.084.170.931,69	20.438.416,52	7.914.381,00	2.578.924,34	4.223,78	1.109.949.028,65	520.553.919,69	32.367.440,04	0,00	23.524,05	2.395.948,32	4.223,78	550.553.159,24	559.395.869,41	563.617.012,00
2.3 Gleisanlagen und Fahrzeuge ÖPNV	442.620.813,98	9.883.736,33	2.628.373,04	4.619.877,96	0,00	450.513.045,39	238.738.207,98	15.834.514,84	0,00	732,53	4.320.708,96	0,00	250.252.746,39	200.260.299,00	203.882.606,00
2.4 Andere technische Anlagen	123.394.932,97	3.024.570,73	165.114,55	56.576,15	0,00	126.528.042,10	91.763.647,81	2.969.186,28	0,00	0,00	49.909,15	0,00	94.682.924,94	31.845.117,16	31.631.285,16
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	105.425.328,05	5.313.007,26	1.575.917,13	6.745.973,29	369.764,16	105.938.043,31	87.524.585,96	5.809.026,54	0,00	-27.281,00	6.702.083,00	362.017,16	86.966.265,66	18.971.777,65	17.900.742,09
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	30.901.851,00	35.767.918,84	-13.502.792,37	10.001.187,13	0,00	43.165.790,34	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	43.165.790,34	30.901.851,00
	2.342.382.094,74	84.512.417,82	-682.826,29	24.743.345,92	46.585.856,81	2.448.054.197,16	1.282.243.843,77	70.954.636,84	0,00	-3.024,42	14.158.526,14	28.635.735,13	1.367.672.665,18	1.080.381.531,98	1.060.138.250,97
<b>III. Finanzanlagen</b>															
1. Anteile an verbundenen (nicht einbezogenen) Unternehmen	198.048,79	0,00	0,00	0,00	0,00	198.048,79	90.548,79	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	90.548,79	107.500,00	107.500,00
2. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	18.127.384,08	2.914.781,42	0,00	180.262,54	-7.436.769,28	13.425.133,68	8.205.987,51	0,00	-165.626,37	0,00	52.034,52	-5.080.191,04	2.908.135,58	10.516.998,10	9.921.396,57
3. Beteiligungen an übrigen Unternehmen	11.812.927,37	1.912.807,73	0,00	0,00	0,00	13.725.735,10	349.999,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	349.999,00	13.375.736,10	11.462.928,37
4. Sonstige Ausleihungen	0,00	5.944.188,04	0,00	0,00	0,00	5.944.188,04	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5.944.188,04	0,00
	30.138.360,24	10.771.777,19	0,00	180.262,54	-7.436.769,28	33.293.105,61	8.646.535,30	0,00	-165.626,37	0,00	52.034,52	-5.080.191,04	3.348.683,37	29.944.422,24	21.491.824,94
	2.410.135.277,05	96.285.365,14	0,00	26.690.467,87	39.149.087,53	2.518.879.261,85	1.324.527.798,50	73.146.862,96	-165.626,37	0,00	15.977.406,07	23.555.544,09	1.405.087.173,11	1.113.792.088,74	1.085.607.478,55

### Konzern-Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung wurde gem. DRS 21 erstellt

	2016 TEUR	2015 TEUR
Periodenergebnis (einschließlich nicht beherrschbarer Anteile)	11.693	10.509
Abschreibungen / Zuschreibungen (-) auf Anlagevermögen	73.147	66.540
Zunahme / Abnahme (-) der Rückstellungen	-2.895	-8.136
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge (-)	-31.605	-23.304
Zunahme (-) / Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	6.755	-6.144
Zunahme / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	14.846	-5.970
Gewinn (-) / Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	10.332	7.150
Zinsaufwendungen / Zinserträge (-)	16.707	16.666
Erhaltene Zinsen	310	743
Gezahlte Zinsen	-4	-2
Sonstige Beteiligungserträge	-2.878	-1.327
Aufwendungen / Erträge (-) von außergewöhnlicher Größenordnung bzw. Bedeutung (Zuschreibung Beteiligungsbuchwert KWT)	-166	212
Ertragsteueraufwand / -ertrag (-)	8.317	6.253
Ertragsteuerzahlungen (- / +)	-957	-6.216
<b>Cash-flow aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b>103.602</b>	<b>56.974</b>
Auszahlungen (-) für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	-1.001	0
Einzahlungen aus Abgängen von Sachanlagen	252	3.182
Auszahlungen (-) für Investitionen in Sachanlagen	-84.513	-94.089
Einzahlungen aus Abgängen von Finanzanlagen	0	2.619
Auszahlungen (-) für Investitionen in Finanzanlagen	-7.857	-6.917
Auszahlungen (-) für Investitionen in assoziierte Unternehmen	-25	-5
Auszahlungen (-) für Investitionen in verbundene Unternehmen	-4.770	0
Einzahlungen (+) aus Rückgabe der Anteile des durch die AWH gehaltenen Spezialfonds	58.573	0
Auszahlung (-) des Zuflusses aus Spezialfonds AWH auf verpfändetes Bankkonto	-49.564	0
Erhaltene Zinsen	181	389
Erhaltene Dividenden	116	1.327
<b>Cash-flow aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-88.608</b>	<b>-93.494</b>
Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	47.522	27.982
Auszahlung aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-34.802	-27.610
Gezahlte Zinsen (-)	-16.045	-14.634
Gezahlte Dividenden an nicht beherrschende Anteile (-)	-8	0
Abnehmerbeiträge sowie vereinnahmte Betriebskostenzuschüsse Dritter	30.077	17.276
<b>Cash-flow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>26.744</b>	<b>3.014</b>
<b>Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds</b>	<b>41.738</b>	<b>-33.506</b>
Konsolidierungsbedingte Veränderung des Finanzmittelfonds	3	0
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	30.401	63.907
<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>72.142</b>	<b>30.401</b>
	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
<b>Zusammensetzung des Finanzmittelfonds</b>		
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	121.807	30.504
verpfändete Bankguthaben	-49.750	-188
Wertpapiere des Umlaufvermögens	85	85
	<b>72.142</b>	<b>30.401</b>

## Konzern-Eigenkapitalspiegel für das Geschäftsjahr 2016

	Mutterunternehmen				Nicht beherrschende Anteile		Konzern-eigen- kapital	
	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Erwirtschaftetes Konzern-eigenkapital	Eigenkapital	Minderheiten- kapital	Kumuliertes übriges Konzernergebnis		Eigenkapital
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR		EUR
<b>Stand zum 31. Dezember 2014</b>	<b>30.000.000,00</b>	<b>24.908.009,81</b>	<b>213.455.721,05</b>	<b>268.363.730,86</b>	<b>989.012,56</b>	<b>-2.112.248,18</b>	<b>-1.123.235,62</b>	<b>267.240.495,24</b>
Ausschüttungen an nicht beherrschende Anteile	0,00	0,00	0,00	0,00	-19.417,29	0,00	-19.417,29	-19.417,29
Änderung des Konsolidierungskreises	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Übrige Veränderung	0,00	8.289.961,33	0,00	8.289.961,33	0,00	0,00	0,00	8.289.961,33
Übrige Veränderungen (Korrektur Vorjahr)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Konzern - Jahresüberschuss	0,00	0,00	10.498.396,69	10.498.396,69	0,00	10.750,49	10.750,49	10.509.147,18
<b>Konzerngesamtergebnis</b>	<b>0,00</b>	<b>8.289.961,33</b>	<b>10.498.396,69</b>	<b>18.788.358,02</b>	<b>-19.417,29</b>	<b>10.750,49</b>	<b>-8.666,80</b>	<b>18.779.691,22</b>
<b>Stand zum 31. Dezember 2015</b>	<b>30.000.000,00</b>	<b>33.197.971,14</b>	<b>223.954.117,74</b>	<b>287.152.088,88</b>	<b>969.595,27</b>	<b>-2.101.497,69</b>	<b>-1.131.902,42</b>	<b>286.020.186,46</b>
Ausschüttungen an nicht beherrschende Anteile	0,00	0,00	0,00	0,00	-8.273,31	0,00	-8.273,31	-8.273,31
Änderung des Konsolidierungskreises	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Übrige Veränderungen	0,00	-165.531,74	0,00	-165.531,74	0,00	0,00	0,00	-165.531,74
Übrige Veränderungen (Korrektur Vorjahr)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Konzern - Jahresüberschuss	0,00	0,00	11.680.995,83	11.680.995,83	0,00	12.407,64	12.407,64	11.693.403,47
<b>Konzerngesamtergebnis</b>	<b>0,00</b>	<b>-165.531,74</b>	<b>11.680.995,83</b>	<b>11.515.464,09</b>	<b>-8.273,31</b>	<b>12.407,64</b>	<b>4.134,33</b>	<b>11.519.598,42</b>
<b>Stand zum 31. Dezember 2016</b>	<b>30.000.000,00</b>	<b>33.032.439,40</b>	<b>235.635.113,57</b>	<b>298.667.552,97</b>	<b>961.321,96</b>	<b>-2.089.090,05</b>	<b>-1.127.768,09</b>	<b>297.539.784,88</b>

# Konzernlagebericht der Stadtwerke Halle GmbH für das Geschäftsjahr 2016

<b>1.</b>	<b>Grundlagen der Stadtwerke Halle-Gruppe</b>	<b>2</b>
1.1.	Geschäftsmodell	2
1.2.	Ziele und Strategien	4
1.3.	Steuerung	7
1.4.	Veränderungen im Konzern	8
<b>2.</b>	<b>Wirtschaftliche Rahmenbedingungen</b>	<b>8</b>
2.1.	Wirtschaftliche Entwicklung	8
2.2.	Arbeitsmarkt	8
2.3.	Bevölkerungsentwicklung	8
<b>3.</b>	<b>Geschäftsverlauf</b>	<b>8</b>
3.1.	Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres	8
3.2.	Marktbezogene Entwicklungen	11
3.3.	Politische und rechtliche Entwicklungen	13
3.4.	Wesentliche Erfolgsfaktoren	14
3.5.	Forschung und Entwicklung	16
<b>4.</b>	<b>Personalbericht</b>	<b>17</b>
4.1.	Weiterentwicklung des betrieblichen Gesundheitsmanagements	17
4.2.	Karrierewebsite	18
4.3.	Online-Bewerbermanagement	18
4.4.	Jugendkampagne „Mach was! Aus Dir. Aus Halle.“	18
4.5.	Ausbildung	18
4.6.	Initiative „Perspektive. Ausbildung. Zukunft“	19
4.7.	Führungskräfteentwicklung	19
4.8.	TalentPool	19
<b>5.</b>	<b>Erklärung zur Unternehmensführung</b>	<b>19</b>
<b>6.</b>	<b>Lage des Konzerns</b>	<b>20</b>
6.1.	Ertragslage	21
6.2.	Finanzlage	27
6.3.	Vermögenslage	30
6.4.	Gesamtaussage zur Lage	32
<b>7.</b>	<b>Chancen-und Risikobericht</b>	<b>32</b>
7.1.	Risikomanagementsystem	32
7.2.	Chancen und Risiken	33
7.3.	Gesamtbild	35
<b>8.</b>	<b>Prognosebericht</b>	<b>35</b>

Aufgrund der Darstellung können in diesem Bericht aus rechentechnischen Gründen in den Tabellen Rundungsdifferenzen in EUR oder % auftreten.

# 1. Grundlagen der Stadtwerke Halle-Gruppe

## 1.1. Geschäftsmodell

### 1.1.1. Struktur und Beteiligungen

In der Stadtwerke-Gruppe sind unmittelbare und mittelbare Beteiligungen der SWH an Unternehmen zusammengefasst. Die wirtschaftliche Betätigung der Gruppe erstreckt sich auf die Energie-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung, der Ableitung und Behandlung von Abwässern, der Abfallbeseitigung einschließlich der Sammlung, Verwertung und Behandlung von Abfällen, öffentlicher Personennahverkehr und Hafenebetrieb sowie diverse kommunalnahe Dienstleistungen und Services.

### 1.1.2. Geschäftsfelder

Die Konzernstruktur gliedert sich in die Geschäftsfelder Energie, Wasser und Entsorgung, Mobilität und Services.

Energie	Wasser & Entsorgung	Mobilität	Services
<b>EVH GmbH</b> 100 % SWH	<b>Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH</b> 100 % SWH	<b>Hallesche Verkehrs AG</b> 100 % SWH	
<b>Energieversorgung Halle Netz GmbH</b> 100 % EVH	<b>Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau</b> 100 % SWH	<b>Hafen Halle GmbH</b> 100 % SWH	<b>IT-Consult Halle GmbH</b> 100 % SWH
<b>Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH</b> 100 % EVH	<b>RAB Halle GmbH</b> 100 % SWH	<b>OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH</b> 51 % HAVAG	<b>FTZ Freizeittourismus Zentrum Verwaltung GmbH</b> Komplementär 100 % SWH
<b>Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH</b> 100 % EVH	<b>TELONON Abwasserbehandlung GmbH</b> 100 % SWH	<b>Saalebus GmbH</b> 100 % HAVAG	<b>Maya mare GmbH &amp; Co. KG</b> Kommanditist 62,4 % SWH Kommanditist 12,5 % HWS
<b>Meter1 Verwaltung GmbH</b> 33 % EVH	<b>Wertstofferrfassung und Recycling Halle GmbH</b> 60 % HWS	<b>Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH</b> 10,95 % HAVAG	<b>Bäder Halle GmbH</b> 100 % SWH
<b>Meter1 GmbH &amp; Co. KG</b> Kommanditist 33,33 % EVH	<b>Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH</b> 50 % SWH	<b>Einkaufs- u. Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen mbH</b> 0,65 % HAVAG	<b>W+H Wasser und Haustechnik GmbH</b> 100 % HWS
<b>Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)</b> 20 % SWH	<b>RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH</b> 50 % SWH		<b>SHS Energiedienste GmbH</b> 100 % SWH
<b>Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH &amp; Co. KG</b> Kommanditist 18,3 % EVH			<b>Cives Dienste GmbH</b> 100 % HWS
<b>Trianel Erneuerbare Energien GmbH &amp; Co. KG</b> Kommanditist 3,28 % EVH			<b>Servicegesellschaft Saale mbH</b> 51 % HAVAG
<b>Trianel GmbH</b> 1,57 % SWH			<b>A/V/E GmbH</b> 25,9 % SWH
			<b>M-Exchange AG</b> 7 % SWH

Geschäftsfeldführungsgesellschaft  
 Tochterunternehmen, Beteiligung

### 1.1.2.1. Energie

Mit der EVH GmbH (EVH), als Führungsgesellschaft im Geschäftsfeld Energie, beliefern wir Privat- und Gewerbe- sowie Großkunden mit Elektrizität, Wärme und Erdgas. Der Strombedarf wird durch Eigenerzeugung im Heizkraftwerk Dieselstraße sowie durch Fremdbezug gedeckt. Auf Grundlage eines Bilanzkreismanagements besteht die Möglichkeit des strukturierten Einkaufs, der zur Beschaffungsoptimierung genutzt wird. Die Wärmeversorgung erfolgt zum überwiegenden Teil durch Eigenerzeugung im Heizkraftwerk Dieselstraße sowie über einen Wärmebezugsvertrag mit der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH (KWT).

Weitere unternehmerische Tätigkeiten bestehen in der Erbringung kaufmännischer und technischer Dienstleistungen sowie in der Verpachtung von Anlagevermögen. Die EVH ist alleinige Anteilseignerin an der Energieversorgung Halle Netz GmbH, welche als Strom- und Gasnetzbetreiber vorrangig für den Betrieb und den Ausbau des Verteilnetzes verantwortlich ist. Für den technischen Betrieb des Fernwärmenetzes in Halle (Saale) ist sie als Dienstleister tätig. Darüber hinaus ist die EVH alleinige Gesellschafterin an der Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH.

Am 19. Dezember 2016 erwarb die SWH den Gesellschaftsanteil der VNG – Verbundnetz Gas AG an der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH (KWT) und legte sämtliche Geschäftsanteile an der KWT in die EVH ein.

An der Meter1 GmbH & Co. KG sowie an der Meter1 Verwaltung GmbH hält die EVH jeweils 33,3 % der Anteile. Der operative Geschäftsbetrieb der Gesellschaft wurde bereits zum 31. Dezember 2015 eingestellt. Eine Wiederaufnahme der Geschäftstätigkeit (intelligente Messsysteme) wird nicht ausgeschlossen, ist derzeit jedoch nicht vorgesehen.

Eine Arrondierung des Geschäftsfeldes Energie stellt die Beteiligung an der Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG) in Braunsbedra dar. Mit ihr bedienen wir auch die Schnittstelle zur Reststoffverwertung (Ersatzbrennstoffe).

Die EVH hält an der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG (TOW) Anteile in Höhe von 18,3 %. Unternehmensgegenstand ist die Planung und Entwicklung, die Errichtung sowie der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Windenergie auf dem deutschen Binnenland. Ziel der Gesellschaft ist es, mittels der Beteiligung an Tochter- bzw. Beteiligungsgesellschaften ein Onshore-Windparkportfolio aufzubauen.

Weiterhin ist die EVH in Höhe von 3,8 % an der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (TEE) beteiligt. Deren Unternehmensgegenstand umfasst die Planung und Entwicklung, die Errichtung und den Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Windenergie und Photovoltaik in Deutschland. Weiterhin dient die Gesellschaft der Beteiligung an Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien in Deutschland betreiben oder zu betreiben beabsichtigen.

#### 1.1.2.2. Wasser und Entsorgung

Unser Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung umfasst auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge vor allem die Kernleistungen Trinkwasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung. Kommunalnahe Dienstleistungen der Straßenreinigung, des Winterdienstes, der Gebäudereinigung und der Sekundärrohstoffwirtschaft sowie technische und kaufmännische Betriebsführungsdienstleistungen erweitern das Leistungsportfolio, das größtenteils durch die Geschäftsfeldführungsgesellschaft Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) umgesetzt wird. Mittels einer Zweckvereinbarung übertrug der AZV Elster-Kabelsketal die Aufgabe der Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung auf die Stadt Halle (Saale), die sich zur Aufgabenerfüllung der HWS bedient.

Die Beteiligung an der RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH ist Ausdruck der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem Landkreis Mansfeld-Südharz. Die Gesellschaft ist für die Sammlung und den Transport andienungspflichtiger Abfälle im südlichen Landkreis zuständig.

Die Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau (AWH) erfüllt die Aufgaben der Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau, der Sicherung des Standortes sowie der Ansiedlung von Unternehmen und die Vermarktung von Flächen im Rahmen der Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums sowie sämtliche damit in Zusammenhang stehenden Tätigkeiten.

Das Leistungsangebot der RAB Halle GmbH umfasst die Nutzung der Ressource Abfall als Energieträger. Dazu betreibt die Gesellschaft am Standort der Deponie Halle-Lochau eine Behandlungsanlage, welche Siedlungsabfälle, Bau- und Abbruchabfälle sowie Abfälle aus der mechanischen Behandlung annimmt.

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH ist Betriebsführerin der Kläranlage Nord der HWS. Die WER – Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH unterhält und betreibt die Logistik für das Altglasrecycling im Stadtgebiet Halle (Saale).

Über die Beteiligung an der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH (FSA) besteht eine mittelbare Beteiligung an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz, welche die HWS mit Trinkwasser beliefert.

### 1.1.2.3. Mobilität

Als Führungsgesellschaft des Geschäftsfeldes Mobilität erstrecken sich die Leistungen der Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft (HAVAG) auf Verkehrsleistungen mit Straßenbahnen und Omnibussen im Stadtgebiet Halle und im angrenzenden Umland. Dazu hält HAVAG die Infrastruktur für den Straßenbahnbetrieb, eine moderne Flotte von Straßenbahnen und Fahrzeuge für den Omnibusbetrieb vor.

Die Beteiligung OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH erbringt als Joint-Venture mit einem anderen Verkehrsunternehmen Verkehrsleistungen für den Landkreis Saalekreis und auch für die HAVAG.

Dem Geschäftsfeld ist außerdem die Hafen Halle GmbH als Dienstleister und Infrastrukturbetreiber in den Bereichen Güterumschlag und Güterverkehr zugeordnet. Zu den Kernleistungen des Hafens zählen neben der Vorhaltung der hafeneigenen Infrastruktur insbesondere Bahnleistungen (Zug-, Traktions- und Rangierleistungen sowie Vermietung von Triebfahrzeugen), Containerumschlag (Übersee-Container im straßen- und schienegebundenen Verkehr), dispositive Leistungen (Organisation, Steuerung und Überwachung komplexer Transportketten im Kombinierten Verkehr) sowie Leistungen im Bereich Infrastruktur und Ansiedlungen.

### 1.1.2.4. Services

Unser Geschäftsfeld Services umfasst alle geschäftsfeldübergreifenden internen Dienstleistungen des Konzerns sowie ausgegliederte kommunale Dienstleistungen der Stadt Halle (Saale). Damit verfolgen wir die Zielstellung der Nutzung von Effizienzvorteilen und der Sicherstellung hoher Qualität.

Eine wesentliche Säule des Geschäftsfeldes bildet die IT-Consult GmbH (ITC) als Kompetenzcenter für Informationstechnologie, Telekommunikations- und Abrechnungsdienstleistungen, die darüber hinaus Dienstleistungen in den Bereichen IT-Infrastruktur, Systemintegration, Rechenzentrum, Internet und Softwareentwicklung auch für externe Kunden erbringt.

Schwerpunkte der kommunalnahen Infrastrukturdienstleistungen bilden das Betreiben eines Freizeit- und Erlebnisbades durch die Maya mare GmbH & Co. KG und sechs öffentlicher Hallen- und Freibäder durch die Bäder Halle GmbH. Die SHS Energiedienste GmbH komplettieren den Bereich kommunalnaher Dienstleistungen mit der Bereitstellung einer energieeffizienten Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet.

Weitere Unterstützungsfunktionen für den Konzern werden durch die W+H Wasser und Haustechnik GmbH mit Service- und Dienstleistungen für haustechnische Anlagen und für Zähl- und Messeinrichtungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft bereitgestellt.

Dienstleistungen auf dem Gebiet der Gebäudereinigung und der Entsorgung von Leichtverpackungen werden von der Cives Dienste GmbH ausschließlich für die HWS erbracht. Zum Aufgabenspektrum der Servicegesellschaft Saale mbH (SGS) gehören insbesondere Fahrzeug- und Gebäudereinigung sowie Fahrausweisprüfung.

## 1.2. Ziele und Strategien

### 1.2.1. Konzern

Die Zielstellung der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an den Konzern ist auf die Finanzierung der Zuschussbereiche (ÖPNV, Bäder, Hafen) mit einer möglichst geringen Belastung für den städtischen Haushalt gerichtet. Vor diesem Hintergrund zielen unsere Strategien auf den Ausbau der Ertragskraft der Stadtwerke-Unternehmen, dem nachhaltigen Substanzerhalt und der Aufrechterhaltung der Finanzierungsfähigkeit für zukünftige Infrastrukturinvestitionen der Stadtwerke-Gruppe.

In der Stadtwerke-Gruppe werden die Ziele mit Strategien zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Erhöhung der Kundenbindung und -zufriedenheit, der Neujustierung operativer Geschäftsfelder sowie insbesondere durch Strategien zur weiteren Leistungs- und Prozessoptimierung unterlegt, letzteres bevorzugt durch konzernweite Lösungen.

Für die SWH-Unternehmen mit direkter oder indirekter Mehrheitsbeteiligung werden diese Strategien durch zentrale funktionsbezogenen Strategien (Finanzierungsstrategie, Personalstrategie, Kommunikations- und Imagestrategie, Asset-Managementstrategie und Beteiligungsstrategie) ergänzt und bilden zusammen den verbindlichen Handlungsrahmen für unsere Mehrheitsbeteiligungen. Die Strategien werden regelmäßig im Hinblick auf Einhaltung, Wirksamkeit und Verbesserungswürdigkeit überprüft.

Zur weiteren Stärkung der Ertragskraft unserer Beteiligungen haben wir im zurückliegenden Jahr damit begonnen, externer Benchmarks bzw. Branchenkennzahlen in die operative Unternehmenssteuerung der jeweiligen Beteiligungen zu integrieren. Wir verfolgen das Ziel, in Bezug auf die Effizienz der operativen Kernprozesse zu den besten 25 % der jeweiligen Branche zu gehören. Die Integration der externen Kennzahlen dient der Messung der Zielerreichung. Dieser Prozess wird in den Folgejahren auf weitere Beteiligungen ausgedehnt.

### 1.2.2. Geschäftsfeld Energie

Die Rahmenbedingungen für Energieversorgungsunternehmen (EVU) haben sich mittlerweile fundamental verändert. Dies gilt gleichermaßen für die Netzregulierung mit ihren immer komplexeren Planungsstrukturen wie auch für die hoch volatilen Vertriebs- und Großhandelsmärkte, welche immer höhere Anforderungen an die Flexibilität der Erzeugungsanlagen stellen. Dieser Entwicklung wollen wir kontinuierlich folgen. Der immer intensivere Wettbewerb in den Kundensegmenten führt gleichermaßen zu höheren Risiken als auch zu neuen Wachstumschancen.

Die Digitalisierung gewinnt auch in der Energiewirtschaft zunehmend an Bedeutung. Um die sich daraus ergebenden Herausforderungen und Veränderungen erfolgreich zu meistern, wurde zum 1. März 2017 der Geschäftsbereich „Digitalisierung / Neue Geschäftsfelder“ in der EVH etabliert.

Um Kunden auch weiterhin wettbewerbsfähig mit Strom, Gas und Fernwärme beliefern zu können und die vorhandenen Kraftwerkskapazitäten möglichst optimal zu vermarkten, ist es erforderlich, die Marktentwicklungen permanent zu analysieren, die Wirkung von Preisveränderungen unmittelbar abzuleiten und möglichst optimale Zeitpunkte für die Beschaffung und Vermarktung zu bestimmen. Mit dem EVH-Geschäftsbereich „Portfoliomanagement und Beschaffung“ sind sämtliche diesbezügliche Aktivitäten in einem Bereich gebündelt. So stellen wir sicher, dass die Bewirtschaftung sowie die Risikobewertung und -steuerung der Portfolien Strom, Gas und CO<sub>2</sub> zentral und koordiniert erfolgt. Dadurch können sich die Bereiche Erzeugung und Energievertrieb auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren.

Darüber hinaus hat die EVH das Projekt „KWK 35“ gestartet, das die zukunftsfähige Modernisierung des Kraftwerksstandortes Dieselstraße beinhaltet. Unter Nutzung der Möglichkeiten des neuen KWKG 2016 soll mit der Modernisierung die im Markt erforderliche Flexibilität in der Strom- und Fernwärmeerzeugung sichergestellt werden.

Der Teilhabe an dem Ausbau erneuerbarer Energien gehört ebenso zu den strategischen Zielen des Geschäftsfeldes Energie. Entweder auf indirektem Wege über die Beteiligungen an der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (TEE) und an der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG (TOW), oder durch Errichtung eigener Anlagen der regenerativen Stromerzeugung. Mittelbar und unmittelbar sind wir im Konzern zum 31. Dezember 2016 an regenerativen Erzeugungskapazitäten von ca. 37 Megawatt (MW) beteiligt.

Der Vertrieb kundennaher Energiedienstleistungen wird deutschlandweit weiter ausgebaut. Die damit verbundene Beratung zur effizienten Energieversorgung und deren technische Umsetzung sollen langfristige Akzeptanz, Kundenzufriedenheit und -bindung schaffen.

### 1.2.3. Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung

Ziel unseres Geschäftsfeldes ist es, für die Konzessions- und Hauptauftraggeberin Stadt Halle (Saale) und weitere Gebietskörperschaften im Umland sowie für die privaten und gewerblichen Auftraggeber alle wesentlichen Dienstleistungen der Trinkwasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Straßenreinigungs- und Winterdienstleistungen sowie die Gebäudereinigung effizient, nachhaltig und langfristig zu erbringen. Dieses erfordert eine kontinuierliche und kundenorientierte Verbesserung der angebotenen Dienstleistungen bei gleichzeitiger Erschließung wirtschaftlicher Optimierungspotenziale.

Die Aufgabenstellung unseres Geschäftsfeldes erfordert die Schaffung eines optimalen Verhältnisses zwischen stabiler Ver- und Entsorgungssicherheit, angemessener Preisgestaltung gegenüber den Kunden, der Erfüllung der Renditeerwartungen sowie der Aufrechterhaltung der Finanzierungsfähigkeit.

Hierzu wurde entsprechend des Strategieprozesses SWH-Kompass 2020 im Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung die strategische Zielstellung der operativen Exzellenz weiter verfolgt. In diesem Zusammenhang wurden in der HWS unternehmenszielorientierte Effektivitäts- und Effizienzkennziffern in die Unternehmenssteuerung integriert.

Weitere Optimierungsmaßnahmen wie das Projekt „Instandhaltungsstrategie Kanalnetz“ (Verbesserung der Zustandsklassen der Leitungen durch punktuelle Reparaturen), die Einführung eines Alterungsmodells zur Bestimmung einer langfristigen Erneuerungs-, Renovations- und Instandhaltungsplanung und die Optimierung der Tourenplanung im Abfallbereich unter Einbezug der Daten des eingeführten Behälter-Identifikationssystems befinden sich in der Umsetzung.

Neben der weiteren Umsetzung des Zieles der Schuldenreduzierung ist zur weiteren Sicherung der Finanzierungsfähigkeit ab dem Jahr 2019 eine Umstellung in der Kalkulation der Entgelte für die Abwasserbeseitigung vorgesehen. Statt Anschaffungs- und Herstellungskosten sollen dann Wiederbeschaffungszeitwerte in die Kalkulation einfließen. Dabei entstehende Mehrerlöse werden zu Finanzierungszwecken verwendet.

Die AWH als Unternehmen des Geschäftsbereichs strebt eine umweltgerechte, nachhaltige und kostenoptimierte Standortsicherung des Standort Halle-Lochau mit dem Ziel an, nach Abschluss der Nachsorgephase des Deponiebetriebes aus der abfallrechtlichen und finanziellen Verantwortung entlassen zu werden.

### 1.2.4. Geschäftsfeld Mobilität

Die Zielstellung des Geschäftsfeldes für den Bereich des ÖPNV besteht in der Sicherstellung der Angebotsqualität und der Kosteneffizienz. So konnte im Vergleich zum Jahr 2000 der Zuschussbedarf für den ÖPNV mittlerweile nahezu halbiert werden. Vor diesem Hintergrund sind kostenseitige Effizienzpotenziale für die Zukunft begrenzt (z.B. Unteilbarkeiten). Der strategische Fokus ist deshalb auf die Stärkung der Erlöseseite durch eine fortlaufende Attraktivitätssteigerung des Mobilitätsangebotes gerichtet.

In diesem Kontext steht die strategische Weiterentwicklung des Nahverkehrsangebotes für die Jahre 2020 / 2030. Unter Verwendung aktueller Prognosedaten sowie Erkenntnisse aus der Verkehrsmodellierung wurden stadtteilkonkrete Szenarien zu einem bedarfsorientierten strategischen Angebotskonzept zusammengefasst.

In Verfolgung der konzernweiten Zielstellungen zur operativen Exzellenz wurden auch in der HAVAG Kennzahlen für einen Unternehmensvergleich zusammengestellt, auf dessen Basis die einzelnen Erfüllungsgrade gemessen werden können.

### 1.2.5. Geschäftsfeld Services

Unser Geschäftsfeld Services stellt sich den Herausforderungen der Digitalisierung aller Geschäftsprozesse, welche inzwischen ebenso die Branchen über den Energiemarkt hinaus betreffen. Das Managementinstrument „IT-Forum“ wurde in der Gruppe geschaffen, um die digitalen Anforderungen und Mög-

lichkeiten der Unternehmensgruppe zu diskutieren und erfolgreiche Lösungsansätze sowie neue Produkte und Geschäftsmodelle zu entwickeln. In diesem Umfeld positioniert sich die ITC, mit dem Ziel, den Kundenfokus über ein modernes IT-Anforderungsmanagement weiter zu schärfen, seit Mitte des Jahres 2016 neu.

Daneben besteht die Zielstellung weiterhin in der Optimierung unternehmensübergreifender Prozesse, vornehmlich in den Bereichen IT, Abrechnung und weiterer Hilfs- und Querschnittsprozesse.

Die Freizeit- und sportaffinen Aktivitäten des Geschäftsfeldes zielen auf den langfristigen Erhalt und Betrieb der übertragenen Einrichtungen für eine kostenoptimale Grundversorgung der Bevölkerung der Stadt Halle (Saale). Ergänzend stellt sich ein attraktives Freizeitbad der Herausforderung, mit Sauna, Fitness und Wellnessangeboten Kinder, Jugendliche, Familien und Senioren gleichermaßen anzusprechen.

### 1.3. Steuerung

Wir steuern den Konzern im Selbstverständnis einer Management-Holding. Die strategische Führung der Beteiligungsunternehmen erfolgt in den Steuerungsebenen „Ressourcen“, „Geschäftsprozesse“, „Kunde/Markt“ und „Finanzen“, die im Jahr 2011 im Rahmen des gruppenweiten Strategieprojektes „SWH-Kompass 2020“ entwickelt und seitdem weiter detailliert wurden.

Die Führungsinstrumente (Mission, Vision, Leitbild, strategische Ziele und Führungsgrundsätze) bilden zusammen mit den zentralen funktionsbezogenen Strategien den Handlungsrahmen, innerhalb dessen die Konzernunternehmen ihre Strategien entwickeln und unter Einbeziehung und Zustimmung der Holding umsetzen.

Die operative Steuerung erfolgt auf Basis von Wirtschaftsplänen (Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz, Investitionsplan, Kapitalflussrechnung und Personalplan) für einen Zeitraum von fünf Jahren (ein Wirtschaftsplanjahr und vier Vorschaujahre). Hierbei gliedert sich die Planungs- und Berichtsstruktur entsprechend der Geschäftsfelder in die Bereiche Energie, Wasser und Entsorgung, Mobilität sowie Services. Die Instrumente der Steuerung sind fortlaufende Quartalsgespräche mit jeder direkten 100%igen Beteiligung sowie monatliche Berichterstattungen samt Abweichungsanalysen.

Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung der Beteiligungen sind der Netto-Cashflow aus Organschafts- und Beteiligungsverhältnissen (gesamt und je Beteiligung). Dieser ermittelt sich aus dem Saldo aus Gewinnabführungsforderungen und Verlustausgleichsverpflichtungen, den Beteiligungserträgen und dem Saldo aus Körperschaft-/Gewebesteuer und Kapitalertragsteuer. Der Netto-Cashflow ist die Ausgangsgröße für die Finanzierungs- und Investitionsentscheidungen der jeweiligen Folgejahre.

Die Steuerung der Finanzierungsfähigkeit des Konzerns erfolgt durch Verwendung eines eigenentwickelten Rating-Tools, mit dem quantitative Ratingelemente simuliert werden. Mit dem Rating-Tool werden die Auswirkungen der jeweils aktuellen Planung bzw. der Jahresabschlüsse oder einzelner Investitionsvorhaben auf die Bonität anhand von 6 Finanzkennzahlen und 11 Bonitätsklassen abgebildet, um darauf aufbauend Handlungsbedarfe abzuleiten. Die finanzwirtschaftliche Zielstellung für die Gruppe besteht darin, die bisher erreichte Bonitätsklasse mindestens zu erhalten. Die Steuerung der Finanzierungsfähigkeit ergänzt die auf ertragswirtschaftliche Ziele ausgerichtete Steuerung der Unternehmensgruppe.

Die verwendeten Finanzkennzahlen umfassen: Umsatzwachstum, EBITDA-Marge, EBIT-Zinsdeckung, Net Debt/EBITDA und Eigenkapitalquote zusammen.

Das EBITDA („earnings before interest, taxes, depreciation and amortization“ - Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen) ermitteln wir in der Stadtwerkegruppe als Summe aus Umsatzerlösen, sonstigen betrieblichen Erträgen (inkl. aktivierter Eigenleistungen), dem Beteiligungsergebnis und Zinsen aus Ausleihungen abzüglich der Summe aus Materialaufwendungen, Personalaufwendungen und übrigen betrieblichen Leistungen (inkl. Bestandveränderungen). Das EBIT („earnings before interest and

taxes“- Ergebnis vor Zinsen und Steuern) ermittelt sich aus dem EBITDA abzüglich der Abschreibungen. Das Umsatzwachstum wird aus dem prozentualen Verhältnis des Jahresumsatzes im Vergleich zum Vorjahresumsatz ermittelt. Die Ermittlung der Eigenkapitalquote erfolgt unter vollständiger Hinzurechnung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse.

#### 1.4. Veränderungen im Konzern

Eine für die Weiterentwicklung des Geschäftsfeldes Energie bedeutsame Veränderung konnte durch den Erwerb der Geschäftsanteile der VNG, Verbundnetz-Gas AG, an der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH (KWT) eingeleitet werden. Nach dem Erwerb wurden sämtliche Geschäftsanteile an der KWT in die EVH eingelegt, womit einerseits die Kapitalausstattung der EVH verbessert und zugleich die Perspektive der KWT durch die Voll-Integration in der Erzeugungskonzept der EVH nachhaltig optimiert wird.

## 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

### 2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war durch ein anhaltendes Wirtschaftswachstum in allen vier Quartalen des Jahres 2016 gekennzeichnet. Für das gesamte Jahr 2016 stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands im Vorjahresvergleich um 1,9 %. Somit konnte die deutsche Wirtschaft zum siebten Mal in Folge einen Zuwachs verzeichnen. Auch die Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt konnte im Jahr 2016 nochmals gesteigert werden. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2016 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 1,7 %.

### 2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der letzten Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,4 % im Vorjahr auf 6,1% im Jahr 2016. In Sachsen-Anhalt lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2016 mit 9,6 % erstmals unter der 10-Prozent-Marke (Vorjahr 10,2 %).

### 2.3. Bevölkerungsentwicklung

In Halle (Saale) waren zum Jahresende 2016 insgesamt 239.738 Einwohner gemeldet. Somit verzeichnete die Stadt zum siebten Mal in Folge einen Bevölkerungszuwachs (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.417 Einwohner).

## 3. Geschäftsverlauf

### 3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

#### 3.1.1. Holding/Gruppe

##### 3.1.1.1. Compliance-Management System

Im Zuge des weiteren Ausbaues des Compliance-Management-Systems (CMS) der Stadtwerke Halle Gruppe wurde das Instrument des „Vertrauensanwaltes für alle Stadtwerke-Unternehmen“ eingeführt. Mit der hierdurch ermöglichten Anonymität sollen mögliche hierarchische oder persönliche Hemmschwellen bei der Information über nicht regelkonformes Verhalten gemindert werden.

### 3.1.1.2. Unternehmenstransparenz

Im Rahmen der Sicherstellung der Unternehmenstransparenz der Stadtwerke Halle-Gruppe wurden die jährlichen Übersichten zu allen abgeschlossenen Werbevereinbarungen (Sponsoring) sowie Werbepartner und zu allen geleisteten Spenden für das Jahr 2016 erstellt und im Internet veröffentlicht.

Ebenso wurden alle nebenamtlichen und ehrenamtlichen Tätigkeiten der Geschäftsführungen der Stadtwerke-Unternehmen sowie die Vereinsmitgliedschaften der Unternehmen der SWH-Gruppe auf unserer Homepage veröffentlicht.

### 3.1.1.3. Konzernfinanzmanagement

Der Prozess der Finanzmittelbeschaffung der Stadtwerke-Unternehmen und die Kommunikation mit den Geschäftsbanken soll zukünftig in der Holding zentral gebündelt werden, um die Sicherung und Steuerung der Liquiditätsbedarfe insgesamt effizienter und professioneller zu gestalten. Zu diesem Zweck wurde das Konzernfinanzmanagement personell ausgebaut.

### 3.1.2. Energie

Trotz der zum 1. Januar 2016 gestiegenen EEG-Umlage (2016: 6,354 Cent je kWh; Vorjahr: 6,170 Cent je kWh) konnten wir die Strompreise zum 1. Januar 2016 stabil halten. Die beim Strom entstandenen Mehrkosten, auch durch zeitgleich gestiegene andere Umlagen, konnten durch permanente Optimierung der Beschaffung und durch weitere Effizienzsteigerungen kompensiert werden.

Gleichzeitig wurden die Preise für Erdgas im Netzgebiet Halle (Saale) für variable Produkte und in der Grundversorgung gesenkt. Im Umland konnte eine Senkung der Gaspreise zum 1. April 2016 realisiert werden.

Seit dem 1. Januar 2016 betreibt die EVH eine eigenständige Bilanzkreisbewirtschaftung für Gas. Das bisherige Verfahren der Bewirtschaftung ohne eigenen Bilanzkreis wurde gleichzeitig beendet.

Das Wirtschafts- und Finanzmagazin „Focus Money“ verlieh der EVH im Februar 2016 das Siegel „Bester Stromanbieter 2016 Halle (Saale)“. Im Rahmen des Tests wurde in 150 Städten deutschlandweit die Service- und Beratungsqualität sowie das Angebot von Stromanbietern analysiert und bewertet. Weiterhin wurde die EVH im Qualitätstest der Deutschen Gesellschaft für Verbraucherstudien mbH in der Kategorie Internet mit der Note 1,5 (sehr gut) bewertet.

Die Marke der Stadtwerke Halle „neogrün - Strom findet Stadt“ steht für das Bestreben einen Grundstein in Sachen Elektromobilität zu legen. Der Umweltgedanke in der Stadt Halle (Saale) soll gefördert und der Zugang zu umweltfreundlicher Mobilität erleichtert werden. Die Kampagne war Teil des Vorhabens „Elektromobilität Mitteldeutschland – Grüne Mobilitätskette“, das vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur bis zum 30. September 2016 gefördert wurde. Voraussetzung der Förderung war die Entwicklung eines Systems, mit dem „getankte“ Strommengen abgerechnet werden. Die EVH war für die Installation von Elektroladesäulen in Halle (Saale) und der Umgebung verantwortlich und übernimmt seitdem deren Betrieb.

Um die Energiewende in Halle (Saale) voranzutreiben, wurde am 21. Oktober 2016 die „Energie - Initiative Halle (Saale)“ mit den 21 größten Energieabnehmern aus Wohnungswirtschaft, Industrie und Forschung, gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale), der SWH und der EVH ins Leben gerufen. Ihr Ziel ist es, Verbraucher auch künftig sicher, zuverlässig, umweltschonend und bezahlbar mit Energie zu versorgen. Deshalb verpflichtet sich die EVH, ihre Kraftwerke zu modernisieren, die Fernwärme weiter auszubauen und den Primärenergiefaktor stabil zu halten. Die Partner der Initiative setzen im Gegenzug dort weiter auf Fernwärme, wo es technologisch und wirtschaftlich sinnvoll ist. Das Herzstück ist der im Bau befindliche „Energie- und Zukunftsspeicher“. Über diesen Speicher mit einem Volumen von 50.000 Kubikmetern will die EVH in Kombination mit „Power to Heat“ und Großwärmepumpen den Anteil Erneuer-

erbarer Energien in der Fernwärme weiter erhöhen und den Strom- und Wärmemarkt noch besser koppeln.

Die EVH hat mit dem Projekt „KWK 35“ die Weichen zur Nutzung der Fördermöglichkeiten des novellierten Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzes (KWKG) gestellt. Das Projekt dient der zukunftsfähigen Modernisierung des Kraftwerksstandortes Dieselstraße, um die vom Markt geforderte Flexibilität für die Strom- und Fernwärmeerzeugung sicherzustellen. Dabei kann die EVH sowohl von der Bestands- als auch von der Modernisierungsförderung profitieren. Weiterhin können infolge einer geänderten Instandhaltungsstrategie positive wirtschaftliche Effekte erzielt werden.

### 3.1.3. Wasser und Entsorgung

Im Rahmen der im Jahr 2016 vollzogene Preiskalkulation für die Preisperiode 2017/18 konnten bei Trink- und Schmutzwasser konstante Preise sichergestellt werden, der Preis des Niederschlagswassers zum zweiten Mal in Folge gesenkt werden und die notwendige Erhöhung der Gebühr für die Abfallentsorgung ist ausschließlich auf die marktbedingten Entsorgungspreise zurückzuführen.

Das Effizienz-, Effektivitäts- und Entwicklungsprogramm HWS 2020 wurde vollständig abgeschlossen und in die bestehenden Prozesse integriert.

Im Jahr 2016 wurden weitere Maßnahmen zur Beseitigung von Hochwasserschäden des Jahres 2013 im Wasser- und Abwasserbereich durchgeführt. Derzeit liegen 32 Bewilligungsbescheide in einem Umfang von 35,8 Mio. EUR vor. 16 der bewilligten 32 Maßnahmen konnten bereits abgeschlossen werden, dabei wurden Fluthilfemittel in Höhe von 8,8 Mio. EUR abgerufen.

Mit einer Auslesung von Wasserzählern per Funk befasste sich im Jahr 2016 ein Pilotprojekt der HWS. Abzielend auf Kostenreduzierung und Verbesserung der Ablesequalität wurden gemeinsam mit der EVH ausgewählte Hausanschlüsse mit elektronischen Wasserzählern ausgerüstet. Die ersten Funknahauslesungen lieferten eine Ablesequote von 99 % und erwiesen sich damit als vielversprechend. Eine Auswertung des Pilotprojektes erfolgt im Frühjahr 2017.

Im Bereich Abwasser erfolgte die Planung und Ausschreibung zur Erweiterung der Kläranlage Nord um 40.000 Einwohnergleichwerte. Dies war notwendig, um die EU-rechtlichen Vorgaben der Stickstofffracht (Absenkung von 18 mg/l auf 13 mg/l in 2019) sicherzustellen. Die Fertigstellung der Maßnahme wird für das IV. Quartal 2018 eingeplant.

Im Entsorgungsbereich konnten durch die Einführung des Identensystems 1.211 Behälter identifiziert werden, die ungerechtfertigt zur Abholung bereitgestellt wurden. Die ausgewerteten Daten aus dem Behältersystem werden in den nächsten Jahren in der Tourenoptimierung Anwendung finden.

Auf dem Gelände der Äußeren Hordorfer Straße wurde die Gaskesselanlagen durch hocheffiziente Brennwertanlagen und durch die Errichtung eines erdgasbetriebenen Blockheizkraftwerkes ersetzt.

Die finanziellen Sicherungsmittel der AWH zur Deckung der Stilllegungs- und Rekultivierungskosten der Deponie waren bisher in zwei Spezialfonds angelegt. Zur Vermeidung von Kursrisiken wurden diese Fonds zum Jahresende gekündigt und die freigesetzten Mittel mit Zustimmung des Landesverwaltungsamtes in andere Papiere angelegt.

### 3.1.4. Geschäftsfeld Mobilität

In Bezug auf die Verkehrsleistungen im Überlandbereich wurde in Abstimmung mit dem Landkreis Saalekreis und der Genehmigungsbehörde die Kürzung des Fahrplanangebotes der Linie 5 und die Entbindung der Betriebspflicht der Linie 15 einvernehmlich beschlossen und im Rahmen des Fahrplanwechsels zum 2. Mai 2016 umgesetzt.

Zur Optimierung der Verkehrsleistungen der HAVAG erfolgte eine Neuordnung des Busnetzes Halle-Süd und Halle-Ost. Gleichzeitig wurde damit die Verkehrsleistung an die geänderte Nachfrageentwicklung

der Fahrgäste sowie an das geänderte Verkehrsangebot anderer Verkehrsträger (S-Bahn) angepasst. Wesentliche Prämissen der vorgenommenen Optimierung waren die Neuordnung der Linienführungen Bus zu einem bedarfsgerechten Angebot, der Abbau von Parallelverkehren, die Stärkung des innerstädtischen öffentlichen Personennahverkehrs durch Schnittstellenabstimmung und Taktverdichtung sowie letztlich die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit.

Das Cross-Border-Lease zwischen der HAVAG und dem ehemaligen Investor der Fifth Third Leasing Company (Investor) wurde vorzeitig beendet. Das Geschäft wurde im Jahr 2002 mit einer Laufzeit (Rückkaufoption) bis 2029 abgeschlossen. Inhalt des Geschäftes war das Sale and Lease Back von 16 Straßenbahnfahrzeugen des Typs MGT6D.

Der Hafen konnte mit der Neupositionierung der Gesellschaft als Terminal in Mitteldeutschland international agierende Logistiker für die Abwicklung ihrer Verkehre über das CTHS (ContainerTerminalHalleSaale) gewinnen. Die Leistungen umfassen den Bahntransport, den Umschlag und die temperaturgeführte Lagerung von Kühlcontainern.

### 3.1.5. Geschäftsfeld Services

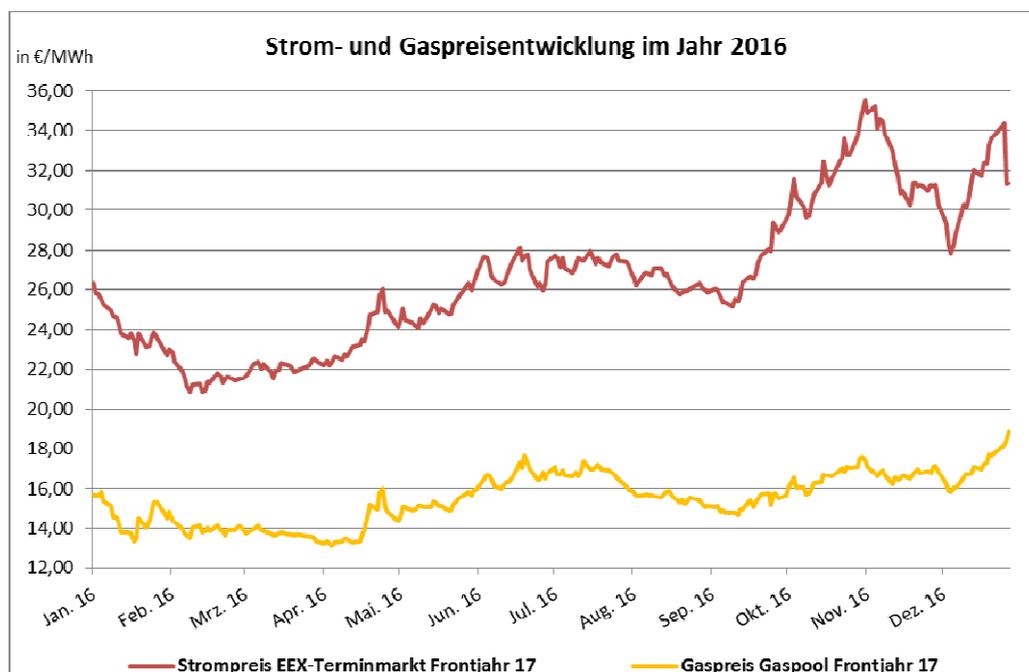
Die Ausschreibung einer neuer zentralen Telekommunikationsanlage für die Stadtwerke-Gruppe hat unser IT-Dienstleister abgeschlossen. ITC engagierte sich in 2016 im Partnernetzwerk „Kommunales Kompetenzzentrum Mitteldeutschland KomKomM“ sowie im Cluster „IT-Mitteldeutschland e. V.“.

Das Freizeitbad Maya mare investierte in eine neue Kinder-Erlebnislandschaft „Tulumaya“. Die neue Attraktion erfreut sich seit Oktober 2016 großer Beliebtheit. Mit der Umstellung des Zutrittskontrollsystems konnten die Buchungsabläufe sowie die Ein- und Auslasskontrolle optimiert werden.

## 3.2. Marktbezogene Entwicklungen

### 3.2.1. Energie

Auf dem deutschen Strom- und Gasmarkt herrscht weiterhin ein intensiver Wettbewerb. Die Wettbewerber nutzen eine Vielzahl von Vertriebskanälen zur Gewinnung von Marktanteilen. Auch die verbesserten Kundenangebote mit verkürzten Wechselfristen sowie der verbesserte Datenaustausch zwischen Lieferanten und Netzbetreibern haben Einfluss auf den Wettbewerb. Dabei ist bei insgesamt steigenden staatlichen Preisbestandteilen ein immer kleinerer Anteil im Wettbewerb gestaltbar.



Die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für konventionelle Kraftwerke sind nach wie vor kritisch. Die Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien führt seit Jahren zu wachsenden Überkapazitäten und zu starken Preisschwankungen am Strommarkt. Die Großhandelspreise für Strom und Gas entwickelten sich im abgelaufenen Jahr 2016 wie in der Darstellung oben abgebildet.

Die Preisverläufe von Strom und Gas führten in der zweiten Jahreshälfte zu einem ansteigenden Spark Spread (Saldo aus Stromerlös/MWh und den Kosten für den hierfür erforderlichen Gaseinsatz) bis zu seinem Höchstwert von 14,28 Euro/MWh im November. Unmittelbar danach verfiel der Spark Spread bis auf 7,81 Euro/MWh im Monat Dezember. Diese volatile Entwicklung zeigt die steigenden Flexibilitätsanforderungen an die Stromerzeugung in Gas- und Dampfturbinenkraftwerken und deren geringen Margen.

### 3.2.2. Wasser und Entsorgung

Die Entwicklung wesentlicher Kostenparameter wie Personal, Energie und Treibstoff gestaltete sich im Geschäftsfeld planmäßig.

Ein Rückgang der Vergütungen für aufbereitetes Altholz war auch im 4. Quartal 2016 zu verzeichnen, was zu Zuzahlungen bei der thermischen Verwertung aller Qualitäten führt. Auch für PPK (Pappe, Papier, Kartonagen) waren wieder zurückgehende Preise zu beobachten. Für die thermische Verwertung von Gewerbeabfällen (Baumischabfall, Restmüll, Sperrmüll) waren die Preise unvermindert hoch und haben im 4. Quartal nahezu eine 100-prozentige Steigerung gegenüber 2015 erfahren. Die zukünftige Entwicklung hängt neben dem Gesamtaufkommen vor allem vom Importverhalten ab. Letzteres dürfte sich kurzfristig nicht ändern, sodass weiterhin mit hohen Entsorgungspreisen zu rechnen ist. Die Rohstoffpreise für Stahlschrott waren im 4. Quartal 2016 wieder etwas angestiegen und konnten nahezu das Niveau des 2. Quartals erreichen, auch für das erste Quartal 2017 wird von einer stabilen Entwicklung ausgegangen. Der allgemeine Trend der Preisentwicklung bleibt aufgrund von Rohstoffspekulationen an den Börsen weiterhin kurzfristigen Schwankungen unterworfen.

Die Vergütung im Wertstoffbereich erfolgt auf Grundlage von Indizes, sodass Marktschwankungen weitergegeben werden können.

Auch im Geschäftsjahr 2016 musste die AWH die Annahme von Verwertungsabfällen beschränken, da die genehmigten Einbaumengen begrenzt sind und beantragte neue Genehmigungen noch nicht entschieden wurden. Dagegen ist zukünftig mit steigenden Anlieferpreisen als Folge des sich verknappenden Deponieraumes zu rechnen.

### 3.2.3. Mobilität

Im Jahr 2016 sind die bundesweiten Fahrgastzahlen im öffentlichen Personennahverkehr deutlich gestiegen. Über 10,2 Mrd. Kunden sorgten für einen Fahrgastrekord bei den Mitgliedsunternehmen des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV). Das entspricht einer Steigerung von 1,8 % gegenüber dem Vorjahr.

Im Verkehrsgebiet der HAVAG konnten wir im Jahr 2016 gegenüber dem Jahr 2015 einen überdurchschnittlichen Fahrgastzuwachs von 3,1 % verzeichnen, welcher damit über dem Bundesdurchschnitt liegt. Insgesamt zeigen diese Entwicklungen, dass die Nahverkehrsunternehmen attraktive, leistungsfähige und verlässliche Angebote zu angemessenen Preisen bieten.

Die Wettbewerbssituation im Kombinierten Verkehr des Hafens war in Mitteldeutschland auch im Jahr 2016 weiterhin angespannt. Erschwerend kam hinzu, dass durch die dauerhaft geringen Treibstoffkosten der Straßentransport stärker als sonst in den Markt des Kombinierten Verkehrs drängte. Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen konnte der Container-Umschlag im Hafen im Geschäftsjahr 2016 (65.382 TEU) gegenüber dem Vorjahr (52.778 TEU) um etwa 24 % gesteigert werden.

### 3.3. Politische und rechtliche Entwicklungen

#### 3.3.1. Energie

Am 30. Juni 2016 wurde die neunte Kooperationsvereinbarung (KoV) zwischen den Betreibern von in Deutschland gelegenen Gasversorgungsnetzen verabschiedet. In der am 1. Oktober 2016 in Kraft getretenen Vereinbarung wurden insbesondere gemäß den Vorgaben des Grundmodells für Ausgleichsleistungen und Bilanzierungsregeln im Gassektor (GABi Gas 2.0) die untertägige Datenmeldung sowie die tägliche Netzkostenabrechnung eingeführt. Des Weiteren wurde der Lieferantenrahmenvertrag Gas überarbeitet und mit dem Lieferantenrahmenvertrag Strom weitestgehend harmonisiert.

Die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) hatte am 8. Juli 2016 sowohl den Bundestag als auch den Bundesrat passiert. Als zentrales Element wurde das bereits im Jahr 2015 durch Pilotprojekte erprobte Ausschreibungsverfahren eingeführt. Weiterhin wurden Änderungen bezüglich der EEG-Umlagepflicht bei Mieterstrommodellen eingeführt, um die Ungleichbehandlung von Mietern und Eigenheimbesitzern zu beenden.

Der Bundesrat hat am 8. Juli 2016 das bereits vom Bundestag beschlossene „Gesetz zur Weiterentwicklung des Strommarktes (Strommarktgesetz)“ passieren lassen. Mit dem Strommarktgesetz soll auch zukünftig unter den geänderten Rahmenbedingungen die Balance zwischen Kosteneffizienz, Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit gehalten werden.

Am 2. September 2016 trat das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende in Kraft. Kernbestandteil ist das neue Messstellenbetriebsgesetz (MsbG), welches die Regelungen zur Messung bündelt und die Rechte und Pflichten zum Messstellenbetrieb beschreibt. Des Weiteren werden die technischen Anforderungen, Finanzierung und Datenkommunikation in intelligenten Energienetzen geregelt.

Die novellierte Anreizregulierungsverordnung war am 17. September 2016 in Kraft getreten. Mit Wirkung für die dritte Regulierungsperiode (Gas: 2018 bis 2022, Strom: 2019 bis 2023) werden wesentliche Änderungen zum aktuellen Rechtsrahmen umgesetzt.

Nach der beihilferechtlichen Genehmigung durch die EU vom 24. Oktober 2016 ist das neue Gesetz für die Erhaltung, die Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWKG) mit Wirkung zum 1. Januar 2016 in Kraft getreten. Dieses sieht eine verbesserte Förderung neuer KWK-Anlagen vor. Zentrales Element des Gesetzes ist die Umstellung auf eine besonders CO<sub>2</sub>-arme Erzeugung mittels Gas, um die Klimaziele der Bundesregierung erreichen zu können. Dabei werden gasbefeuerte Neubauprojekte sowie Bestandsanlagen in der öffentlichen Versorgung unterstützt.

#### 3.3.2. Wasser und Entsorgung

Im Februar 2016 traten Änderungen im „Gesetz über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten“ (ElektroG) in Kraft. Die gesetzlichen Änderungen führten zu veränderten Zusammensetzungen der einzelnen Sammelgruppen und zu einer Reduzierung des Wertgehalts der Sammelgruppen. Hierdurch werden bestehende oder zukünftige Optionen (Selbstvermarktung einzelner Sammelgruppen) für die öffentlich rechtlichen Entsorgungssysteme fraglich.

Die bodenbezogene Verwertung von Klärschlämmen wird aufgrund bereits geltender als auch geplanter gesetzlicher Regelungen im Abfall- und Düngerecht zunehmend eingeengt. Das laufende Novellierungsverfahren zur Klärschlammverordnung (AbfKlärV) und der Düngemittelverordnung (DÜMV) ist wegweisend. Einerseits behält sich der Gesetzgeber vor, zum 1. Januar 2020 grundsätzliche Neuregelungen zum Polymereinsatz zu treffen, andererseits ist bereits jetzt sicher, dass die Klärschlammnovelle verpflichtend die Klärschlammverbrennung und Phosphorrückgewinnung für bestimmte Anlagen einführen wird. Erwartet wird, dass mit einer Übergangsfrist von 10 Jahren ab Inkrafttreten der Verordnung für Kläranlagen >50.000 EW nur die Verbrennung bleibt.

Die Rechtsprechung machte eine Erweiterung der „Ergänzenden Bestimmungen der HWS zur Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser (AVBWasserV)“ nötig. Nach dem Wechsel des Wasserzählers kann ein Kunde auch im Nachhinein die Richtigkeit des abgelesenen Zählerwertes in Zweifel ziehen. Aufgrund einer nur begrenzten Lagerung des ausgebauten Wasserzählers durch den Versorger besteht das Risiko einer Reklamation nach erfolgter Entsorgung, was einen Beweis seitens des Wasserversorgungsunternehmens (WVU) erschwert. Entsprechend erfolgte eine Anpassung der Ergänzenden Bestimmungen mit Hinweis auf eine maximal 3 monatige Aufbewahrungsfrist.

Eine Änderung der Einstufung von HBCD (Hexabromcyclododecan) -haltigen Styroporabfällen (Baustyropor) ab dem 30. September 2016 als gefährlicher Abfall führte zu Entsorgungsnotständen. Verbrennungsanlagen lehnten die Annahme von Styropor in Baumischabfällen ab, aber auch Monoware konnte nicht entsorgt werden. Das Landesverwaltungsamt entschied im Nachgang, dass bei einem Anteil von unter 20 Vol.-% keine Gefährlichkeit vorliegt. Verbrennungsanlagen akzeptierten daraufhin ab November wieder bis 10 % Baustyropor-Anteil in Baumischabfällen. Im Dezember beschloss der Bundesrat ein einjähriges Moratorium, wonach Styropor nicht mehr als gefährlich einzustufen ist. Einen wesentlichen Einfluss auf die aktuelle Entsorgungssituation wird jedoch nicht erwartet.

### 3.3.3. Mobilität

Der Schienenpersonenverkehr wird zu einem wesentlichen Teil aus Regionalisierungsmitteln des Bundes finanziert. Dazu regelt das Regionalisierungsgesetz (RegG) die gesamte Höhe der Bundesmittel und deren Verteilung auf die Bundesländer.

Im Entwurf des Haushaltsplanes der Landesregierung Sachsen-Anhalt ist für die Jahre 2017 und 2018 die Steigerung der verfügbaren Mittel deutlich erkennbar. Die Umsetzung der zum Jahresende beschlossenen höheren Beträge für den öffentlichen Personennahverkehr zeigt damit ihre Wirkung. Für die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs nach § 8 ÖPNVG LSA, welche sich unmittelbar aus den Regionalisierungsmitteln speist, sind für die Zukunft Veränderungen in der Zuweisung enthalten.

Andererseits zeigt der aktuelle Gesetzesentwurf der Bundesregierung zum Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz zwar eine Fortführung über das Jahr 2019 hinaus, aber gleichzeitig sollen die Mittel von bundesweit jährlich 330 Mio. EUR bis zum Jahr 2025, also 8 weitere Jahre, auf demselben Niveau eingefroren werden. Diese Zuwendungen sind maßgeblich wichtig für den Neu- und Ausbau des städtischen Nahverkehrs. Explizit ist daran für die HAVAG die Fortführung des Stadtbahnprogramms über das Jahr 2019 hinaus geknüpft.

### 3.3.4. Services

Nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) vom 24. Mai 2016, die ab dem 25. Mai 2018 anzuwenden ist, sind Unternehmen und öffentliche Institutionen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten erstmals unmittelbar an europäisches Recht gebunden. Die Vorgaben der DSGVO wird unser IT-Dienstleister konzernweit in den bestehenden unternehmensinternen Prozessen und IT-Systemen umsetzen.

## 3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

### 3.4.1. Energie

Wesentlicher Erfolgsfaktor der EVH für den Verkauf von Strom, Gas und Fernwärme ist das Verbraucherverhalten in Folge der Witterungsverhältnisse. Die Entwicklung der Gradtagszahl spiegelt die vergleichsweise warme Witterung im abgelaufenen Geschäftsjahr wider. Zum 31. Dezember 2016 summierte sich die Gradtagszahl auf 3.414 und zeigte im Vergleich mit dem Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2014 (Grundlage der Planung) eine Unterschreitung (-4,1 %). Gegenüber dem ebenfalls warmen Vorjahr ergab sich eine um 2,6 % höhere Gradtagszahl.

Neben den Witterungseinflüssen wirkte sich der sich weiter verschärfende Wettbewerb erfolgsbestimmend auf die Absatzentwicklung im Endkundensegment aus.

Erfolgsfaktor für den Erzeugungsbereich ist der Spark Spread (Erzeugungsmarge). Dieser entspricht der Differenz zwischen dem Stromerlös und den für die Produktion notwendigen Aufwendungen für den Gaseinsatz. Die in Gliederungspunkt 3.2.1 dargestellte Preisentwicklung verdeutlicht die nach wie vor schwierige Situation für konventionelle Kraftwerke. Die im Jahr 2016 beschlossene KWKG-Novelle wirkt der angespannten Situation kompensierend entgegen.

Strom- und Gasversorgungsnetze unterliegen einer staatlichen Regulierung. Durch die „Verordnung über die Anreizregulierung der Energieversorgungsnetze“ (ARegV) wird den Netzbetreibern eine Erlösobergrenze gesetzt, die den zulässigen Netzkosten entspricht. Mit Hilfe eines Regelverfahrens im Rahmen eines bundesweiten Effizienzvergleichs werden durch die Regulierungsbehörden die individuellen Effizienzwerte eines jeden Netzbetreibers ermittelt. Auf Basis dieses Effizienzvergleichs wird die relative Kosteneffizienz des Netzbetreibers bestimmt. Der effizienteste Netzbetreiber gilt als Messgröße für alle anderen. Es gilt die unter Umständen bestehenden individuellen Ineffizienzen abzubauen.

### 3.4.2. Wasser und Entsorgung

Der Erfolg des Geschäftsfeldes wird maßgeblich durch die Verbrauchs- bzw. Aufkommensmengen in den originären bzw. betriebsgeführten Versorgungsgebieten beeinflusst.

Die witterungsbedingten Schwankungen, die Bevölkerungsentwicklung und das sparsame Verbraucherverhalten üben den größten Einfluss auf die Erlöse aus dem Trinkwasserabsatz und damit auf das Schmutzwasseraufkommen aus. Sowohl in der Wasserversorgung als auch in der Abwasserentsorgung haben sich die Absatzleistungen gegenüber dem Vorjahr positiv entwickelt.

Der Erfolg im Bereich Entsorgung, Behälterservice und Recycling ist vor allem von der Anzahl der Haushalte bzw. der Anzahl der aufgestellten Müllsammelbehälter sowie von den Entsorgungsmengen abhängig. Hierbei hat die stoffliche Zusammensetzung der Entsorgungsmengen einen hohen Einfluss auf die Sortierungs- und Verwertungserträge des Geschäftsfeldes. Aber auch die preisliche Entwicklung auf dem Sekundärrohstoffmarkt ist ein weiterer wesentlicher Einflussfaktor.

Die Erfolgsposition in der Gebäudereinigung sowie bei der Straßenreinigung ist von der Anzahl der kontrahierten Reinigungsflächen bzw. Kehrkilometer abhängig.

Die Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau ist maßgeblich abhängig von den angenommenen Mengen an Verwertungsabfällen. Aufgrund der schwierigen Genehmigungssituation ist hier eine deutliche Verringerung der angenommenen Menge an Verwertungsabfällen und daraus resultierend eine Umsatzverringering zu konstatieren.

### 3.4.3. Mobilität

Zu den wesentlichen Erfolgsfaktoren im ÖPNV zählen auf der Erlösseite die Anzahl der Fahrgäste, die Attraktivität des Verkehrs- und Tarifangebotes sowie die Witterungs- und Baustellenverhältnisse.

Das Leistungsangebot des ÖPNV nutzten im Jahr 2016 insgesamt 53,8 Mio. Fahrgäste. Im Vergleich zum Vorjahr stellt dies eine Erhöhung um 1,6 Mio. Beförderungsfälle dar. Damit konnten zum zweiten Mal in Folge steigende Fahrgastzahlen verzeichnet werden. In Bezug auf die einzelnen Kundengruppen waren unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten.

Das gestellte Planziel von 52,2 Mio. Fahrgästen konnten wir damit durch gezielte Kundenbindung und den leichten Anstieg der Bevölkerung um 1,7 Mio. überschreiten.

Der Hafen Halle ist durch die schwerpunktmäßige Ausrichtung auf Güterverkehrs- und Logistikleistungen in einem sehr wettbewerbsintensiven Wirtschaftsbereich tätig. Für den Unternehmenserfolg sind deshalb insbesondere die Gewährleistung eines hohen Maßes an Qualität und Zuverlässigkeit in der Leis-

tungserbringung, die Akquise und langfristige Bindung von Neukunden sowie ein tieferer Einstieg in die Wertschöpfungskette der Logistik von großer Bedeutung.

Im Jahr 2008 haben wir deshalb begonnen, neben den Umschlagleistungen im Terminal auch das Angebot zur Organisation komplexer Transportketten am Markt zu platzieren. Neben der Bindung der Kunden und Zugbetreiber bewirken diese Leistungen deutliche Umsatzsteigerungen in den Bereichen Dispositive Leistungen und Containerumschlag. Die für den Unternehmenserfolg signifikanten operativen Aufwandspositionen betreffen die Kosten für Kraft- und Schmierstoffe sowie Fremdleistungen (Erbringung von Zug- und LKW-Verkehren durch Dritte).

#### 3.4.4. Services

Erfolgsgaranten des Geschäftsfeldes stellen eine langfristige vertragliche Sicherung der Leistungsbeziehungen, eine hohe Flexibilität in Bezug auf Kapazitätsanpassungen bei Markt- und Leistungsschwankungen, eine hohe Mitarbeitermotivation und -qualifikation, Servicequalität verbunden mit Termintreue, der Einsatz modernster Technik sowie eine optimale Kostenstruktur dar.

Der Freizeitbereich des Geschäftsfeldes ist zudem sehr stark vom Bekanntheitsgrad in der Region, der Akzeptanz durch die Bevölkerung und von den nicht beeinflussbaren Witterungsverhältnissen abhängig.

### 3.5. Forschung und Entwicklung

#### 3.5.1. Unternehmensgruppe

Die Unternehmensgruppe arbeitet intensiv mit dem Technologie- und Gründerzentrum Halle und der Transfergesellschaft Univations GmbH der Martin-Luther Universität zusammen. Durch Kooperationen mit Unternehmen aus dem Start-up-Sektor sollen innovative Lösungen für Produkte, Dienstleistungen und Prozesse erschlossen werden.

#### 3.5.2. Energie

Forschungs- und Entwicklungsthemen, wie die mittel- und langfristige Strategie zur Erzeugung von Strom und Wärme, der Ausbau der erneuerbaren Energien sowie innovative Energieanwendungen, werden von uns in bereichsübergreifenden Projekten vorangetrieben.

Das Investitionsportfolio beinhaltet den Neubau eines großen Energie- und Zukunftsspeichers am Kraftwerksstandort Dieselstraße. Mit diesem besteht die Möglichkeit, den Wärmebedarf von der Erzeugung zu entkoppeln, um positive Preiseffekte in der Stromvermarktung zu nutzen. Das Speicherprojekt ist Bestandteil des Gesamtprojektes „KWK 35“, welches die grundlegende Modernisierung des Kraftwerksstandortes Dieselstraße zum Inhalt hat und der zukunftsfähigen Flexibilisierung der Strom- und Wärmeerzeugung unter Nutzung der neuen Fördermöglichkeiten des novellierten KWKG dient.

#### 3.5.3. Wasser und Entsorgung

Zur Optimierung von Prozessen und Arbeitsabläufen und damit verbundenen Wirtschaftlichkeitssteigerungen kooperieren wir mit Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen der Region. Im Berichtsjahr und darüber hinaus laufende Projekte sind:

- Neuordnung und Optimierung der Tourenpläne im Bereich der Straßen- und Gehwegreinigung, der Sinkkastenreinigung und der Behälterentsorgung
- Entwicklung eines PCR (Polymerase-Kettenreaktion) -basierten Schnelltestes zum quantitativen Nachweis von Legionellen und Legionella pneumophila in Trinkwasserproben

- Recherche und Analyse zur regionalen Verwertung von Biomasse (Garten- und Parkabfälle, einschließlich Grünschnitt) im Sinne der Kreislaufwirtschaft
- Entwicklung einer DIN-Norm zur Bestimmung des leicht freisetzbaren Sulfids in Zusammenarbeit mit dem DIN-Normenausschuss Wasserwesen,
- Rohrschweißen mit Laserstrahlung unter Baustellenbedingungen,
- Einführung eines Alterungsmodells als Grundlage einer langfristigen Erneuerungs-, Renovations- und Instandhaltungsplanung für das Kanalnetz.

#### 3.5.4. Mobilität

Unter dem Oberbegriff „Elektromobilität“ beendete die Projektgruppe der Stadtwerke Halle GmbH im September 2016 planmäßig das Bundesforschungsprojekt „Grüne Mobilitätskette“. Mit sieben weiteren Partnern aus Sachsen-Anhalt und Thüringen wurde das Thema Elektromobilität einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht. Unter der Federführung der HAVAG wurden in der Stadtwerkegruppe neue Geschäftsmodelle zur Elektromobilität entwickelt.

Das Gemeinschaftsforschungsprojekt mit dem Deutschen Wetterdienst und dem Landesamt für Umweltschutz zur urbanen Klimaentwicklung in der Region wurde erfolgreich fortgesetzt. Mittlerweile konnten den Projektpartnern durch die drei Straßenbahnen mit Messeinrichtungen Milliarden von Daten zur Verfügung gestellt werden. Eine Fahrgastbefragung zum subjektiven Empfinden von Temperaturen wurde in diesem Zusammenhang im Sommer 2016 durchgeführt.

Weiterhin haben sich die Tochterunternehmen der Stadtwerkegruppe unter Projektleitung der HAVAG gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) um die Ausschreibung des Bundes für das Testfeld autonomes Fahren beworben. Insbesondere die Teilnahme am Galileo Testfeld Sachsen-Anhalt qualifiziert die HAVAG für die Projektkoordination.

#### 3.5.5. Services

Die ITC hat für das Förderprogramm „Forschung und Entwicklung“ des Landes Sachsen-Anhalt eine Projektskizze zum Thema „Digitale Patientenakte“ eingereicht. Hierbei bearbeitet die Gesellschaft das Thema: „Innovative Be- und Verarbeitung sowie Speicherung und Übertragung von Informationen zu chronisch kranken Patienten mit hybriden Schnittstellen zu fachbasierten Datenverarbeitungssystemen in der Umsetzung der EU-Datenschutzgrundverordnung als strukturiertes Behandlungsprogramm“. Der Bescheid über den vorläufigen Maßnahmenbeginn liegt vor, so dass die Arbeiten an dem Projekt gemäß Projektplan erfolgen können.

## 4. Personalbericht

### 4.1. Weiterentwicklung des betrieblichen Gesundheitsmanagements

Im Geschäftsjahr wurde das betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) organisatorisch um eine operative Ebene ergänzt. Diese besteht aus den verantwortlichen BGM-Mitarbeiter der Tochterunternehmen und einem Vertreter des Personalbereiches. Seine Aufgaben und Ziele sind es, dem zentralen Lenkungskreis Lösungsmöglichkeiten für BGM-Fragestellungen vorzulegen, Synergien auf operativer Ebene im Konzern zu ermitteln und zu nutzen sowie ein gemeinsames BGM-Verständnis in der Gruppe zu schaffen. Auf Grund weiterhin bestehender Unterschiede in den einzelnen SWH-Unternehmen bleiben sämtliche dezentralen Konzepte in der Verantwortung der Unternehmen, um die Individualität und die spezifischen Besonderheiten zu berücksichtigen.

#### 4.2. Karrierewebsite

Im Rahmen des Relaunch des Internetauftritts der Stadtwerke Halle wurde auch der Karrierebereich komplett überarbeitet. Aus Sicht potenzieller Bewerber ist das Internet zentrales Medium, um sich Informationen über einen Arbeitgeber zu beschaffen. Mit der Karrierewebsite wollen wir die Attraktivität der Stadtwerke-Unternehmen als Arbeitgeber hervorheben. Deshalb wurde eine schlanke und zielgruppengerechte Karrierewebsite entwickelt, die potentiellen Bewerber einen spannenden Einblick in die Arbeitswelt der Unternehmen der SWH-Gruppe ermöglicht. Die Karrierewebsite hilft ein unverwechselbares Arbeitgeberimage bei Bewerbern aufzubauen. Zudem wurde das Online-Bewerbermanagement in die Karrierewebsite integriert. Dadurch werden Systembrüche vermieden und die Nutzerfreundlichkeit bleibt durch den kompletten Bewerbungsprozess bestehen.

Zwei interaktive Bausteine erhält die Karrierewebsite durch die Integration eines Azubi-Blogs sowie durch die Einbindung von Videos aus dem Stadtwerke-Youtube-Channel, welche über die Ausbildungsmöglichkeiten bei den Stadtwerken informieren.

#### 4.3. Online-Bewerbermanagement

Das Bewerbermanagement für die SWH-Gruppe wird zentral vom Personalbereich der Holding durchgeführt. Seit Juni 2015 ist das komplette Bewerbungsverfahren digitalisiert. Mit der Digitalisierung wurde der Bewerbungsprozess optimiert. Er ermöglicht den Bewerbern eine einfache, schnelle und transparente Bewerbung und verschafft den Mitarbeiter des Personalbereichs mehr Zeit für die hochwertigen Auswahlverfahren.

Im Jahr 2016 wurde das Onlinebewerbermanagement qualitativ weiterentwickelt. Beispielweise wurde das externe Bewerberportal für mobile Endgeräte optimiert und somit nahtlos in den Webauftritt der Stadtwerke Halle integriert. Zudem wurde die Nutzer-Analyse verbessert und ermöglicht Auswertungen darüber, wie die Bewerber auf uns als Arbeitgeber aufmerksam wurden. In Folge dessen können die Recruiting-Kanäle optimiert und an die gewünschte Zielgruppe angepasst werden. Im Zuge der Auswertung der Daten hat sich gezeigt, dass die SWH-Homepage der zentrale Informationsbeschaffungskanal für Bewerber ist, die sich auf eine konkrete Stellenausschreibung bewerben. Weiterhin sind Online-Stellenbörsen, die Agentur für Arbeit sowie Familie und Freunde bedeutende Informationsbeschaffungswege für die Bewerber. Zum Stand 31. Oktober 2016 haben sich ca. 2.500 Bewerber bei den Stadtwerken Halle beworben.

#### 4.4. Jugendkampagne „Mach was! Aus Dir. Aus Halle.“

Gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) wurde 2016 eine Initiative zur Vorstellung der Ausbildungsberufe bei der Stadt Halle und den Stadtwerke-Unternehmen begonnen. Sie umfasst mehrere Bausteine. Neben einer Website mit Informationen über die beiden Arbeitgeber, zu den Ausbildungsmöglichkeiten, dem Bewerbungsverfahren sowie Informationen für Eltern und einem Azubi-Blog, wurde im August 2016 ein Schülerwettbewerb aufgenommen. Für das kommende Jahr sind Elternabende an Schulen geplant.

#### 4.5. Ausbildung

Im Jahr schlossen 37 Jugendliche erfolgreich ihre Ausbildung in den Unternehmen der Stadtwerke-Gruppe ab, dabei lernten drei Auszubildende vorzeitig aus. 35 Auszubildende wurden in befristete Arbeitsverhältnisse übernommen. Zwei der Auszubildenden wurden von der IHK als Beste ihrer Berufsgruppe ausgezeichnet. Im Geschäftsjahr wurden 39 Auszubildende in 10 Berufen und 5 Studierende eingestellt. Dem ging eine Auswahl unter 376 Kandidatenvoraus. Zudem wurden drei Ausbildungsstellen über die Initiative „Perspektive. Ausbildung. Zukunft“ der Stadtwerke-Gruppe vergeben.

#### 4.6. Initiative „Perspektive. Ausbildung. Zukunft“

Im Februar 2016 startete die Initiative „Perspektive. Ausbildung. Zukunft“ der SWH mit dem Ziel, Jugendlichen zwischen 15-26 Jahren eine Ausbildung bei den Stadtwerken zu ermöglichen. Das Angebot richtet sich an junge Menschen, die aufgrund von Vermittlungshemmnissen (abgebrochene Ausbildung, fehlender/schlechter Schulabschluss, junge Eltern, Migranten/Flüchtlinge) den Übergang in den Beruf nicht aus eigenen Kräften bewältigen konnten.

In das Programm wurden 24 junge Menschen aufgenommen. Die Auswahl der Teilnehmer erfolgte über die regionalen Netzwerkpartner, wie beispielsweise die Agentur für Arbeit, das Jobcenter und Trägern der Jugendsozialarbeit. Mit den Jugendlichen wurden notwendige Unterstützungen seitens einer Sozialpädagogischen Fachkraft abgestimmt. Nach Kompetenztests und Vorstellungsgesprächen wurden 10 Teilnehmer in die Initiative aufgenommen.

Mit den Jugendlichen wurden berufspraktische Erprobungen durchgeführt. Während dieses Prozesses haben 3 Teilnehmer für sich entschieden, die Initiative zu verlassen. Von den übrigen 7 Teilnehmern wurden die Praktika ausgewertet und abschließend 4 Teilnehmer in eine Ausbildung übernommen.

#### 4.7. Führungskräfteentwicklung

Die dynamischen Umfeldentwicklungen in den Geschäftsfeldern der SWH-Gruppe sowie unsere anspruchsvollen strategischen und operativen Ziele veranlassen uns zu einer nachhaltigen Stärkung der Führungskompetenzen in Form von Führungskräfte tagungen mit diversen Schulungen, Seminaren und Veranstaltungen. Neben den Führungskräfte tagungen für die operative und strategische Führungsebene fanden im Jahr 2016 insgesamt 42 Schulungsveranstaltungen im Rahmen der Führungskräfteentwicklung (67 Schulungstage) mit 328 Teilnahmen statt. Durchschnittlich hat somit jede Führungskraft an einer Veranstaltung im Rahmen der Führungskräfteentwicklung teilgenommen.

#### 4.8. TalentPool

Mit dem TalentPool zielen wir auf die Entwicklung zukunftsorientierter Fach-, Methoden- und Führungskompetenzen zur laufbahnbezogenen Entwicklung der Mitarbeiter sowie auf die Umsetzung einer nachhaltigen Personalstrategie auf Basis vorab definierter Kompetenzen. Gleichzeitig kann die mittel- und langfristige Nachfolgeplanung durch eine erhöhte Leistungsbereitschaft/-fähigkeit optimiert werden.

Ebenso wie in der Führungskräfteentwicklung bietet der TalentPool aufeinander abgestimmte Personalentwicklungsmaßnahmen. Während der ersten sechs Monate konnten die Talente ihre Kompetenzen in den Bereichen Selbstreflexion, Selbst- und Zeitmanagement sowie Präsentieren und Visualisieren erweitern. Zwei TalentWerkstätten und ein Erfahrungs- und Lernaustauschtreffen standen unter dem Leitmotiv „Die Zukunft der Stadtwerke Halle“. Hier befassten sich die Talente mit den zukünftigen Herausforderungen der Arbeitswelt, der technischen Entwicklungen sowie wandelnder Kundenansprüche.

### 5. Erklärung zur Unternehmensführung

Am 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst durch den Bundestag in Kraft getreten. Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden.

Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2017 und bis zum 30. Juni 2022 entwickelt. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH hat der Zielvereinbarung mit Beschluss vom 18. Dezember 2015 zugestimmt.

Auf der Ebene Geschäftsführung/Vorstand betrug die Quote im Oktober 2015 19,23 % und soll in zwei Stufen von 22,22 % (bis zum 30. Juni 2017) und 25,00 % (bis zum 30. Juni 2022) gesteigert werden.

Per 31. Dezember 2016 gab es keine Veränderung der Quote von 19,23 %.

Bei den beiden Führungsebenen darunter lag der Anteil in 2015 bei 31,44 %. Hier besteht das Ziel, diesen Frauenanteil auch über 2016 hinaus in der SWH-Gruppe zu halten.

Mit Stand 31. Dezember 2016 liegt der Frauenanteil in der SWH-Gruppe leicht über dem Wert von 2015 bei 31,48 %.

Zusätzlich zu der reinen prozentualen Betrachtung müssen Maßnahmen und Instrumente zur Motivation und Qualifizierung von Frauen in Führungspositionen weiter eine Rolle spielen.

Unternehmen, die entweder börsennotiert oder wie einige Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe paritätisch oder drittelmitbestimmungspflichtig sind, haben die Verpflichtung verbindliche Zielgrößen für den Anteil weiblicher Mitglieder in Aufsichtsräten, Geschäftsleitungen sowie den oberen beiden Führungsebenen festzulegen.

Die erstmalig definierte Frist für die Erreichung der Zielgröße läuft bis zum 30. Juni 2017. Die daran anschließenden Fristen betragen maximal fünf Jahre.

Die Verpflichtung zur Einhaltung der fixen Geschlechterquote von 30 % in Aufsichtsräten besteht für keines der Unternehmen der Stadtwerke-Halle Gruppe (nur für Unternehmen, die börsennotiert und paritätisch mitbestimmt sind).

Die zu definierenden Zielgrößen müssen nicht zwingend bei 30 % liegen. Ein festzulegendes Mindestmaß gibt das Gesetz nicht vor. Die Zielgrößen dürfen jedoch auch nicht hinter der aktuellen Geschlechterquote zurück bleiben.

Werden die verbindlichen Zielgrößen nicht erreicht, haben die Unternehmen nicht mit rechtlichen Konsequenzen oder unbesetzten Aufsichtsratsmandaten zu rechnen.

Über das Erreichen der Zielgrößen muss innerhalb der festgelegten Fristen und ggf. über die Gründe deren Nichterreichen ist allerdings transparent zu berichten. Sollten die Zielgrößen verfehlt werden, muss nachvollziehbar dargelegt werden, warum die Quote nicht erreicht wurde und welche Maßnahmen deshalb unternommen werden.

## 6. Lage des Konzerns

### 6.1. Ertragslage

#### 6.1.1. Ertragslage des Konzerns

Wir schlossen das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss von 11,7 Mio. EUR. Im Vergleich zum Vorjahr konnte der Jahresüberschuss um +1,2 Mio. EUR (+11,1 %) gesteigert werden. Der Anstieg stammt hauptsächlich aus den Geschäftsfeldern Wasser & Entsorgung sowie Mobilität.

Erfolgsrechnung Konzern (Kurzfassung <sup>5</sup> )	2015	2016	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Umsatzerlöse	528,1	568,7	40,6	7,7
Übrige betriebliche Erträge <sup>1</sup>	87,3	76,2	-11,1	-12,7
Materialaufwand <sup>2</sup>	293,1	339,9	46,8	16,0
Personalaufwand	131,7	136,7	5,0	3,8
Sonstige betriebliche Aufwendungen	89,8	62,0	-27,8	-31,0
Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	2,5	4,7	2,2	85,9
<b>EBITDA<sup>3</sup></b>	<b>103,3</b>	<b>111,0</b>	<b>7,7</b>	<b>7,4</b>
Abschreibungen	67,2	73,1	6,0	8,9
<b>EBIT<sup>4</sup></b>	<b>36,2</b>	<b>37,9</b>	<b>1,7</b>	<b>-1,5</b>
Zinsergebnis	-18,0	-16,7	1,3	-7,4
Ertragssteuern	5,9	8,3	2,4	40,4
Sonstige Steuern	1,7	1,1	-0,6	-33,9
<b>Jahresergebnis</b>	<b>10,5</b>	<b>11,7</b>	<b>1,2</b>	<b>11,1</b>

1 inkl. aktivierte Eigenleistungen

2 inkl. Bestandsveränderungen

3 Earnings Before Interest, Taxes, Depreciation and Amortisation  
(Unternehmensergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen)

4 Earnings Before Interest and Taxes (Unternehmensergebnis vor Zinsen und Steuern)

5 Durch Rundungsdifferenzen können Abweichungen in Höhe von ± 0,1 Einheiten (Mio. EUR bzw. %) entstehen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr stiegen die Außenumsätze um +40,6 Mio. EUR bzw. +7,7%. Hierzu trugen die Geschäftsfelder wie nachfolgend dargestellt bei:

Umsatzleistungen (konsolidiert)	2015	2016	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
<b>Energie</b>	<b>341,5</b>	<b>366,6</b>	<b>25,1</b>	<b>7,3</b>
Stromversorgung	207,4	209,6	2,2	1,1
Erdgasversorgung	64,4	76,2	11,8	18,3
Fernwärmeversorgung	53,7	55,8	2,1	3,9
Sonstige	16,0	25,0	9,0	56,3
<b>Wasser &amp; Entsorgung</b>	<b>118,5</b>	<b>122,2</b>	<b>3,7</b>	<b>3,1</b>
Abwasserentsorgung	42,2	46,4	4,2	10,0
Wasserversorgung	29,5	29,1	-0,4	-1,4
Abfallentsorgung	23,0	25,0	2,0	8,7
Reinigungsdienstleistungen	11,8	12,2	0,4	3,4
Sonstige	12,0	9,5	-2,5	-20,8
<b>Mobilität</b>	<b>47,3</b>	<b>58,9</b>	<b>11,6</b>	<b>24,5</b>
Öffentlicher Personennahverkehr	40,9	44,4	3,5	8,6
Hafen-Leistungen	1,4	0,7	-0,7	-50,0
Sonstige	5,0	13,8	8,8	> 100
<b>Services</b>	<b>20,8</b>	<b>21,0</b>	<b>0,2</b>	<b>1,0</b>
Freizeit (Bäder)	6,0	6,1	0,1	1,7
DV/IT-Dienstleistungen	10,2	10,3	0,1	1,0
Sonstige	4,6	4,6	0,0	0,0
<b>Gesamt</b>	<b>528,1</b>	<b>568,7</b>	<b>40,6</b>	<b>7,7</b>

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** sanken um -11,1 Mio. EUR (-12,7 %) auf 76,2 Mio. EUR. Die Verringerung ist auf den einmalig hohen Vorjahreswert durch die Auflösung von Rückstellungen bzw. Einzelwertberichtigungen auf Ebene der Holding zurückzuführen.

Im Vorjahresvergleich stiegen die **Materialaufwendungen** um +46,8 Mio. EUR bzw. +16,0 %. Hierbei ging der größte Effekt von der Einführung der Portfoliobewirtschaftung Gas aus. In Folge dessen sank die Rohmarge des Konzerns von 233,5 Mio. EUR auf 228,8 Mio. EUR (-2,0%).

Der Anstieg der **Personalaufwendungen** in Höhe von +5,0 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr war hauptsächlich auf Tariferhöhungen zurückzuführen.

Die **übrigen betrieblichen Aufwendungen** sanken gegenüber dem Vorjahr deutlich um -27,8 Mio. EUR auf 62,0 Mio. EUR. Die Abnahme ist auf gesunkene Aufwendungen im Geschäftsfeld Energie zurückzuführen.

Die **Beteiligungs- und Zinserträge aus Ausleihungen** veränderten sich zum Vorjahr um +2,2 Mio. EUR (+85,9%). Der Anstieg resultierte hauptsächlich aus dem hälftigen Jahresüberschuss der KWT, da diese bis zum Stichtag (Erwerb sämtlicher Anteile) als assoziiertes Unternehmen (50%) geführt wurde.

Das **EBITDA** des Konzerns stieg trotz gesunkener Rohmarge vor allem wegen geringerer Übriger betrieblicher Aufwendungen auf 111,0 Mio. EUR (+7,7 Mio. EUR bzw. +7,4 %).

Die **Abschreibungen** im Geschäftsjahr erhöhten sich um +6,0 Mio. EUR auf 73,1 Mio. EUR in Folge des erhöhten Investitionsvolumens der Vorjahre.

Das **Zinsergebnis** verbesserte sich um 1,3 Mio. EUR (+7,4 %) auf -16,7 Mio. EUR. Dieses hat im Wesentlichen seine Ursache im Vorjahr, dort wurden Zinsen für drohende Steuernachzahlungen berücksichtigt.

Der Anstieg der **Ertragsteuern** (+2,4 Mio. EUR) ist auf die Berücksichtigung weitere Steuernachzahlungsrisiken zurückzuführen, die sich aus der Fortschreibung bisheriger Prüfungsfeststellung auf die Jahre 2011 bis 2016 erstrecken könnten. Die laufende Ertragssteuerbelastung des Konzerns beträgt etwa 2,6 Mio. EUR.

#### 6.1.2. Geschäftsfeld Energie

Das Geschäftsfeld konnte trotz deutlich reduzierter Rohmarge einen EBITDA-Zuwachs von +2,8 Mio. EUR erwirtschaften.

Erfolgsrechnung Geschäftsfeld Energie <sup>1</sup>	2015	2016	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Umsatzerlöse	341,5	366,6	25,1	7,3
Übrige betriebliche Erträge <sup>2</sup>	14,1	10,6	-3,5	-24,6
Materialaufwand <sup>3</sup>	229,8	270,8	41,0	17,8
Personalaufwand	40,2	39,1	-1,1	-2,8
Übrige betriebliche Aufwendungen	32,7	11,7	-20,9	-64,1
Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>EBITDA</b>	<b>52,9</b>	<b>55,7</b>	<b>2,8</b>	<b>5,4</b>
Abschreibungen	24,5	26,8	2,2	9,1
<b>EBIT</b>	<b>28,4</b>	<b>28,9</b>	<b>0,5</b>	<b>1,8</b>

1 Durch Rundungsdifferenzen können Abweichungen in Höhe von ± 0,1 Einheiten (Mio. EUR bzw. %) entstehen.

2 inkl. aktivierte Eigenleistungen

3 inkl. Bestandsveränderungen

Die Umsatzerlöse fußten auf nachfolgend dargestellte Absätze:

Absatzleistungen	Einheit	2015	2016	Veränderung	
				Abs.	in %
Stromversorgung	GWh	1.869,2	1.876,0	6,8	0,4
Erdgasversorgung	GWh	1.113,3	2.246,8	1.133,5	50,4
Fernwärmeversorgung	GWh	620,1	787,4	167,3	21,3

Die Umsatzerlöse stiegen gegenüber dem Vorjahr um +25,1 Mio. EUR (+7,3 %). Dies war vor allem durch die Einführung der Portfoliobewirtschaftung im Bereich Gas bedingt, was zu gestiegenen Ausgleichsmengen im Kurzfristportfolio führte. Aber auch witterungsbedingt (+2,6% höhere Gradtagszahlen) konnten bei Gas und Fernwärme höhere Erträge erzielt werden. Umsatzerhöhend wirkte zudem die Förderung nach dem novellierten KWKG.

Der Anstieg der Materialaufwendungen um +41,0 Mio. EUR war einerseits Folge der Einführung der Portfoliobewirtschaftung Gas, andererseits sind die Änderungen zum Vorjahr auf die Änderungen durch das BilRUG verursacht.

Die Position Personalaufwand weist im Vergleich zum Vorjahr trotz steigender Mitarbeiterzahlen eine Verringerung um -1,1 Mio. EUR (-2,8 %) aus. Dies beruht im Wesentlichen auf einer im Vorjahr erfolgten Zuführung zu Rückstellungen für Altersvorsorgeverpflichtungen.

Im Wesentlichen durch die oben genannten Umgliederungen fiel der Aufwand im Bereich der Übrigen betrieblichen Aufwendungen um 20,9 Mio. EUR. Die Abschreibungen erhöhten sich durch die vorgenommenen Investitionen im Vorjahresvergleich um +2,2 Mio. EUR. Zum Stichtag ergab sich ein EBIT in Höhe von 28,9 Mio. EUR, welches +0,5 Mio. EUR über dem des Vorjahres lag (+1,8 %).

### 6.1.3. Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung

GuV Geschäftsfeld Wasser & Entsorgung <sup>1</sup>	2015	2016	Veränderung	
	Mio.€	Mio.€	Mio.€	in %
Umsatzerlöse	118,5	122,2	3,7	3,1
Übrige betriebliche Erträge <sup>2</sup>	12,8	15,8	3,0	23,3
Materialaufwand <sup>3</sup>	29,2	30,8	1,6	5,6
Personalaufwand	31,3	33,9	2,6	8,2
Übrige betriebliche Aufwendungen	23,4	22,3	-1,1	-4,8
Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	1,0	1,6	0,6	55,8
<b>EBITDA</b>	<b>48,5</b>	<b>52,7</b>	<b>4,2</b>	<b>8,6</b>
Abschreibungen	19,5	20,8	1,3	6,7
<b>EBIT</b>	<b>29,0</b>	<b>31,9</b>	<b>2,9</b>	<b>9,9</b>

1 Durch Rundungsdifferenzen können Abweichungen in Höhe von ± 0,1 Einheiten (Mio. EUR bzw. %) entstehen.

2 inkl. aktivierte Eigenleistungen

3 inkl. Bestandsveränderungen

Einer deutlich positiven Umsatzentwicklung vor allem in den Bereichen Abwasserentsorgung sowie Abfallentsorgung/Reinigung wirkte eine geringere Annahmemenge von Deponieersatzbaustoffen für die in Rekultivierung befindliche Deponie Halle-Lochau entgegen. Gleichwohl konnte insgesamt ein Anstieg der Umsatzerlöse um +3,7 Mio. EUR (+3,1 %) erreicht werden, dem folgende Absätze zugrunde lagen:

Absatzleistungen	Einheit	2015	2016	Veränderung	
				Abs.	in %
Abwasserentsorgung	Mio. m <sup>3</sup>	9,9	10,3	0,4	4,1
Wasserversorgung	Mio. m <sup>3</sup>	17,5	18,0	0,5	2,6
Rest-, Bio- und Sperrmüll	t	71.508,0	71.222,0	-286,0	-0,4
Bauabfälle	t	41.866,2	47.775,0	5.908,9	14,1
LVP-Fraktionen	t	7.210,6	7.302,0	91,4	1,3
PPK-Fraktionen	t	16.599,0	16.978,0	379,0	2,3
Gebäudereinigung	Objekte	271,0	273,0	2,0	0,7
Kehrkilometer	km	57.854,2	57.658,0	-196,2	-0,3

Die übrigen betrieblichen Erträge stiegen gegenüber dem Vorjahr um +3,0 Mio. EUR (+23,3 %) vor allem aufgrund gesteigener aktivierter Eigenleistungen, der Auflösung von Rückstellungen sowie der Auflösung von Einzelwertberichtigungen.

Der Materialaufwand stieg im Vergleich zum Geschäftsjahr 2015 um +1,6 Mio. EUR. Zurückzuführen ist dies u.a. auf erhöhte Aufwendungen für Reparatur- und Wartungsleistungen sowie auf zusätzliche Aufwendungen für Personalüberlassung.

Der Personalaufwand erhöhte sich um +2,6 Mio. EUR auf 33,9 Mio. EUR (+8,2 %). Der Anstieg resultiert aus Rückstellungen für Personalanpassungsmaßnahmen.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen sanken um -1,1 Mio. EUR (-4,8 %) auf 22,3 Mio. EUR.

Das Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen stieg zum Vorjahr um +0,6 Mio. EUR (+ 55,8 %) auf 1,6 Mio. EUR. Hintergrund waren im Vorjahresvergleich höhere Zinserträge der AWH aus ihren Wertpapierdepots.

Die vorgenannten Entwicklungen führten zu einer Erhöhung des EBITDA um +4,4 Mio. EUR (+9,1 %) auf 52,7 Mio. EUR.

Die im Vorjahresvergleich um 1,3 Mio. EUR (6,7 %) gestiegenen Abschreibungen sind vor allem auf die Vermögensübertragung des Abwasserzweckverbandes Elster-Kabelsketal auf die HWS zum 1. September 2015 zurückzuführen. Die Abschreibungen umfassten im Jahr 2016 erstmals ein vollständiges Geschäftsjahr.

Durch die vorgenannten Entwicklungen nahm der EBIT des Geschäftsfeldes um +3,1 Mio. EUR (+10,7 %) auf 31,9 Mio. EUR zu.

#### 6.1.4. Geschäftsfeld Mobilität

Im Geschäftsfeld Mobilität war eine Steigerung der Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr von +11,6 Mio. EUR (+24,3%) zu verzeichnen.

GuV Geschäftsfeld Mobilität <sup>1</sup>	2015	2016	Veränderung	
	Mio.€	Mio.€	Mio.€	in %
Umsatzerlöse	47,3	58,9	11,6	24,6
Übrige betriebliche Erträge <sup>2</sup>	36,7	33,9	-2,8	-7,8
Materialaufwand <sup>3</sup>	23,5	24,3	0,8	3,5
Personalaufwand	33,7	35,6	1,9	5,7
Übrige betriebliche Aufwendungen	19,2	20,9	1,7	8,6
Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	0,6	0,4	-0,3	-40,6
<b>EBITDA</b>	<b>8,3</b>	<b>12,3</b>	<b>4,0</b>	<b>48,8</b>
Abschreibungen	21,0	22,1	1,1	5,3
<b>EBIT</b>	<b>-12,7</b>	<b>-9,8</b>	<b>2,9</b>	<b>-23,0</b>

1 Durch Rundungsdifferenzen können Abweichungen in Höhe von ± 0,1 Einheiten (Mio. EUR bzw. %) entstehen.

2 inkl. aktivierte Eigenleistungen

3 inkl. Bestandsveränderungen

Diese positive Entwicklung war insbesondere auf deutliche Fahrgastzuwächse und zum Teil auf Tarifanpassungen zurückzuführen. Daneben verzeichneten auch der Containerumschlag und die dispositiven Leistungen des Hafens eine positive Umsatzentwicklung. Die Umsätze basieren dabei auf den nachfolgend dargestellten Entwicklungen der Absatzkennzahlen:

Absatzleistungen	Einheit	2015	2016	Veränderung	
				Abs.	in %
Beförderte Personen	tausend	52.191	53.803	1.612	3,1
Personen-km	Mio.	304	307	3	1,0
Containerumschläge	TEU <sup>1</sup>	52.778	65.382	12.604	23,9

<sup>1</sup> TEU = Twenty-foot Equivalent Unit (Standardcontainer)

Der Rückgang der Übrigen betrieblichen Erträge um -2,8 Mio. EUR (-7,8 %) betraf im Wesentlichen den Wegfall der Erträge aus der Betriebsführung Rosengarten sowie verminderte Erträge aus Schadenersatzleistungen. Kompensierend wirken erhöhte Erträge im Bereich ÖPNV für nichtaktivierte Folgekosten im Zuge des Stadtbahnprogrammes, erhöhte Zuschussleistungen des Saalekreises, Erträge aus der Auflösung des Cross-Border-Lease sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Der Materialaufwand war gegenüber 2015 um +0,8 Mio. EUR (+3,5 %) gestiegen, was insbesondere auf erhöhte Aufwendungen für bezogene Leistungen im Zusammenhang mit der Beauftragung eigener Zugverkehre in der Hafen Halle GmbH zurückzuführen war. Der Wegfall der Fremdleistungen Grundpreis Rosengarten bewirkten im Bereich ÖPNV entsprechende Aufwandsreduzierungen.

Die Personalaufwendungen stiegen um +1,9 Mio. EUR (+5,7 %) gegenüber dem Vorjahr. Diese Entwicklung war im Wesentlichen auf den Tarifabschluss und einmalige Personalanpassungsmaßnahmen im ÖPNV-Bereich sowie erhöhte Personalaufwendungen in der Hafen Halle GmbH zurückzuführen.

Ursachen für den Anstieg der Übrigen betrieblichen Aufwendungen um +1,7 Mio. EUR (+8,6 %) gegenüber 2015 waren im Wesentlichen erhöhte einmalige Aufwendungen für die Sicherung von Betriebsstätten, erhöhte Rechts- und Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Auflösung des Cross-Border-Lease der HAVAG und für das BImSchG-Genehmigungsverfahren der Hafen Halle GmbH.

Die im Vorjahresvergleich um +1,1 Mio. EUR (+5,3 %) gestiegenen Abschreibungen waren korrespondierend mit höheren Investitionen im Rahmen des Stadtbahnprogrammes.

Durch die vorgenannten Entwicklungen fiel das Ergebnis des Geschäftsfeldes Mobilität mit einem EBIT von -9,8 Mio. EUR um +2,9 Mio. EUR besser aus, als der entsprechende Vorjahreswert.

#### 6.1.5. Geschäftsfeld Services

Die Umsatzerlöse des Geschäftsfeldes konnten insgesamt mit 21,0 Mio. EUR den guten Vorjahreswert bestätigen. Dabei wiesen BHG und MM höhere Umsatzerlöse als im Vorjahr aus, bedingt durch

Umgliederungen aus der erstmaligen Anwendung des BilRUG (insb. Vermietung und Verpachtung). Dagegen verringerten sich die Umsätze von W+H und SHS leicht.

GuV Geschäftsfeld Services <sup>1</sup>	2015	2016	Veränderung	
	Mio.€	Mio.€	Mio.€	in %
Umsatzerlöse	20,9	21,0	0,1	0,5
Übrige betriebliche Erträge <sup>2</sup>	6,3	5,7	-0,6	-10,2
Materialaufwand <sup>3</sup>	12,1	14,0	1,9	15,5
Personalaufwand	19,4	20,6	1,2	6,1
Übrige betriebliche Aufwendungen	3,5	2,1	-1,5	-41,7
Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>EBITDA</b>	<b>-7,8</b>	<b>-10,0</b>	<b>-2,1</b>	<b>27,2</b>
Abschreibungen	2,1	2,2	0,2	7,6
<b>EBIT</b>	<b>-9,9</b>	<b>-12,2</b>	<b>-2,3</b>	<b>23,1</b>

1 Durch Rundungsdifferenzen können Abweichungen in Höhe von ± 0,1 Einheiten (Mio. EUR bzw. %) entstehen.

2 inkl. aktivierte Eigenleistungen

3 inkl. Bestandsveränderungen

Geringfügig über dem Vorjahreswert lagen die Übrigen betrieblichen Erträge des Geschäftsfeldes in Folge höherer Zuschüsse für die Sanierung der Dächer der Schwimmhalle Neustadt. Geringere betriebliche Erträge wies ITC durch geringere aktivierte Eigenleistungen auf.

Der Materialaufwand war gegenüber dem Vorjahreswert um +1,9 Mio. EUR auf 14,0 Mio. EUR gestiegen, was besonders durch höhere Instandhaltungsaufwendungen zur Sanierung der Dächer der Schwimmhalle Neustadt sowie gestiegene Vorleistungen bei der ITC hervorgerufen wurde.

Der Anstieg der Personalaufwendungen um +1,2 Mio. EUR auf 20,6 Mio. EUR war im Wesentlichen Folge gestiegene Personalstärken und von Tarifsteigerungen.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen sanken in Summe um -1,5 Mio. EUR auf 2,1 Mio. EUR (Vorjahr 3,5 Mio. EUR).

Unter Einbezug der beschriebenen Entwicklungen sowie moderat gesteigener Abschreibungen im Geschäftsfeld (+0,2 Mio. EUR) resultiert ein EBIT von -12,2 Mio. EUR. Das entspricht einer Verringerung um -2,3 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr.

## 6.2. Finanzlage

### 6.2.1. Finanzmanagement

Für die Aufnahme von Finanzverbindlichkeiten der verbundenen Unternehmen gelten konzerneinheitliche Rahmenbedingungen, die in einer Finanzierungsrichtlinie niedergelegt sind. Inhalt der Finanzierungsrichtlinie ist die konzernweite Vereinheitlichung von Sicherungsinstrumenten und weiteren Vertragsbedingungen, welche im Rahmen von Kreditgeschäften eingegangen werden dürfen.

Zur Deckung des Finanzbedarfes kommen bei der Außenfinanzierung Bankdarlehen, Schuldscheindarlehen oder Namensschuldverschreibungen sowie kurzfristige Kreditlinien zum Einsatz. Zulässige Instrumente der Geldanlage sind grundsätzlich Termingelder, Schuldscheindarlehen und Unternehmensanleihen sowie Kapital und Geldmarktfonds.

In der SWH-Gruppe kommt ein aktives Zinsmanagement zur Anwendung, in dem Zinssicherungsinstrumente ausschließlich zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt werden dürfen. Instrumente der Zinssicherung sind Swaps, Caps und Floors oder diesbezügliche Optionsgeschäfte. Der spekulative Handel mit Finanzderivaten ist grundsätzlich ausgeschlossen.

Nach den Richtlinien für Geldanlagen der Stadtwerke wurden Geldanlagen (auch innerhalb des Cash-Pools) nur bei einlagengesicherten Banken getätigt.

#### 6.2.2. Kapitalstruktur

Das bilanzielle Eigenkapital stieg im Geschäftsjahr 2016 um +11,5 Mio. EUR (+4,0 %) auf 297,5 Mio. EUR an, hauptsächlich durch die Einstellung des Vorjahresüberschusses in die Gewinnrücklagen. Hieraus resultierte eine Zunahme der Eigenkapitalquote um +0,1 Prozentpunkte auf 22,6 %. Mit Hinzurechnung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse und für Abnehmerbeiträge sank die Eigenkapitalquote leicht von 49,2 % um -0,9 %-Punkte auf 48,2 %.

Entwicklung des Eigenkapitals	2015	2016	Veränderung	
	%	%	%	in %
Eigenkapitalquote	22,5	22,6	0,0	0,1
Eigenkapitalquote (inkl. Sonderposten)	49,2	48,2	-0,9	-1,9

Die Konzern-Finanzverbindlichkeiten nahmen im Geschäftsjahr 2016 auf 438,3 Mio. EUR zu (+4,1 %) und setzten sich wie folgt zusammen:

Finanzverbindlichkeiten	2015	2016	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Bankdarlehen	351,9	369,1	17,2	4,9
Schuldscheindarlehen	43,5	43,7	0,2	0,4
Namenschuldverschreibungen	25,5	25,5	0,0	0,0
<b>Summe</b>	<b>421,0</b>	<b>438,3</b>	<b>17,4</b>	<b>4,1</b>

Der Anstieg wurde durch eine Zunahme der Bankdarlehen in Höhe von +17,2 Mio. EUR (+4,9 %) auf 369,1 Mio. EUR hervorgerufen, hauptsächlich durch Kreditaufnahmen im Geschäftsfeld Energie. Im Geschäftsjahr wurden Darlehensaufnahmen in Höhe von 43,7 Mio. EUR und planmäßige Tilgungen in Höhe von 29,7 Mio. EUR getätigt. Die geringfügige Veränderung der endfälligen Titel ist Folge der Zinsabgrenzungen.

Die Finanzverbindlichkeiten weisen eine durchschnittliche Restlaufzeit von 13,7 Jahren (Vorjahr 9,7) bei einer Durchschnittsverzinsung von 2,97 % (Vorjahr 3,3 %) aus.

Nettoschulden	2015	2016	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Finanzverbindlichkeiten	421,0	438,3	17,4	4,1
Liquide Mittel	88,1	121,9	33,8	38,4
<b>Nettoschulden</b>	<b>332,9</b>	<b>316,4</b>	<b>-16,4</b>	<b>-4,9</b>
EBITDA	103,7	111,0	7,3	7,0
<b>Nettoschulden/EBITDA</b>	<b>3,2</b>	<b>2,9</b>		<b>-11,2</b>

Durch die im Vorjahresvergleich hohe Stichtagsliquidität bei nahezu konstanten Finanzverbindlichkeiten sank die Nettoverschuldung um -16,4 Mio. EUR (-4,9 %). Mit zugleich EBITDA verbesserte sich die Net-Debt-Ratio von 3,2 auf 2,9 (oder 11,2 %).

### 6.2.3. Investitionen

Die Konzerninvestitionen verringerten sich im Vorjahresvergleich um- 83,7 Mio. EUR (-46,5 %) auf 93,6 Mio. EUR. Allerdings waren die Vorjahreswerte durch einmalige Vermögensübertragungen und durch die Beseitigung von Hochwasserschäden beeinflusst.

Investitionen	2015	2016	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Energie	30,3	32,3	2,0	6,6
Wasser und Entsorgung	95,4	30,4	-65,0	-68,1
Mobilität	27,6	27,5	-0,1	-0,4
Services	3,4	3,0	-0,4	-11,8
Zentrale	23,3	3,1	-20,2	-86,7
<b>Summe</b>	<b>180,0</b>	<b>96,3</b>	<b>-83,7</b>	<b>-46,5</b>

Im Geschäftsfeld Energie bildeten Investitionen in das Fernwärmenetz, der Ersatz von Stationen sowie die Erneuerung von Mittelspannungs- und Niederspannungskabeln die Haupttätigkeiten. Ebenfalls wurden Investitionen im Strom-, Gas-, Fernwärme- und Fernwirknetz im Rahmen des Stadtbahnprogramms durchgeführt.

Mit dem Ausbau des Geschäftsfeldes „Kundennahe Energiedienstleistungen“ erweitern wir unsere Aktivitäten im Endkundengeschäft, indem wir deutschlandweit in konventionelle Nahwärmanlagen und alternative Anlagentechnik (BHKW, Wärmepumpen, Kältemaschinen) investierten. Weiterhin investierten wir am Standort Dieselstraße in den Neubau einer chemischen Wasseraufbereitungsanlage für das Fernwärmenetz sowie den Bau eines Schalthauses. In Höhe von 1,9 Mio. EUR erwarb die EVH im abgelaufenen Geschäftsjahr Finanzanlagen an der TEE und TOW.

Die Investitionen des Geschäftsfeldes Wasser und Entsorgung umfassen maßgeblich Investitionen im Bereich der Trinkwasserversorgung und der Abwasserbeseitigung. Der deutliche Rückgang der Investitionen im Vergleich zum Geschäftsjahr 2015 ist auf die Vermögensübertragung des AZV-Elster-Kabelsketal (76,5 Mio. EUR) in 2015 zurückzuführen.

Die Investitionen des Geschäftsfeldes Mobilität beinhalteten im ÖPNV-Bereich im Wesentlichen die Einzelmaßnahmen des Stadtbahnprogrammes, Erneuerungen der Infrastruktur (z.B. Fahrleitungs- und Bahnstromkabelanlagen, Kommunikationsanlagen, Signalanlagen sowie Anlagen zur Weichensteuerung), die Anschaffung von Stadtlinienbussen und die Nachrüstung der Straßenbahnen der Typen MGT6 und MGTK mit Klapprampen bzw. mobilen Rampen zur Spaltüberbrückung für einen barrierefreien ÖPNV.

Im Hafen Halle wurden im Wesentlichen Investitionen für die technische Hafeninfrastruktur sowie Softwareanpassungen bzw. -erweiterungen getätigt.

Von den Investitionen im Geschäftsfeld Services in Höhe von 3,0 Mio. EUR entfielen auf die Bäder Halle GmbH 1,3 Mio. EUR, auf die ITC 0,8 Mio. EUR und auf die Maya mare 0,8 Mio. EUR.

#### 6.2.4. Liquidität

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit hauptsächlich durch höhere Abschreibungen, geringere Forderungsbestände und höheren Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um +46,6 Mio. EUR auf 103,6 Mio. EUR.

Der Cash Flow aus Investitionstätigkeiten verringerte sich um -4,9 Mio. EUR auf -88,6 Mio. EUR. Darunter Auszahlungen für immaterielles Anlagevermögen 0,6 Mio. EUR, für Sachanlagevermögen 81,4 Mio. EUR und für Finanzanlagevermögen 7,9 Mio. EUR.

Liquiditätsentwicklung	2015	2016	Abw.
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	57,0	103,6	46,6
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-93,5	-88,6	4,9
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	3,0	26,7	23,7
<b>Zahlungswirksame Veränderungen</b>	<b>-33,5</b>	<b>41,7</b>	
Finanzmittelfonds zum 01.01. d.J.	63,9	30,4	
<b>Finanzmittelfonds zum 31.12. d.J.</b>	<b>30,4</b>	<b>72,1</b>	

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit betrug 26,7 Mio. EUR. Neben der Nettokreditaufnahme von 17,8 Mio. EUR führten insbesondere die vereinnahmten Zuschüsse für das Stadtbahnprogramm zu dem deutlich Anstieg im Vergleich zum Vorjahr.

#### 6.3. Vermögenslage

Die Konzernbilanz wuchs im Vergleich zum Vorjahr um +50,3 Mio. EUR auf 1.319,3 Mio. EUR. Auf der Aktiva verteilt sich der Zuwachs auf das Anlagevermögen mit +28,2 Mio. EUR (+2,6 %) und auf das Umlaufvermögen mit +22,1 Mio. EUR bzw. +12,1 %.

Hierbei stieg das Sachanlagevermögen durch die aufgezeigten Investitionen (abzüglich Abschreibungen und Abgängen) um +20,2 Mio. EUR oder +1,9 %. Der Anstieg des Finanzanlagevermögens um +8,5 Mio. auf 29,9 Mio. EUR (+39,3 %) setzt sich aus dem Erwerb von Anteilen an der TEE und an der TOW mit zusammen 1,9 Mio. EUR sowie einer teilweisen Wiederanlage der Mittel aus der Liquidation der Wertpapierfonds der AWH (5,9 Mio EUR).

Der Anstieg des Umlaufvermögens war wesentlich durch die Liquidation der Wertpapierfonds beeinflusst.

Konzernbilanz (Kurzfassung)	2015	2016	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
<b>Anlagevermögen</b>	<b>1.085,6</b>	<b>1.113,8</b>	28,2	2,6
Immaterielle Vermögenswerte	4,0	3,5	-0,5	-12,9
Sachanlagen	1.060,1	1.080,4	20,2	1,9
Finanzanlagen	21,5	29,9	8,5	39,3
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>183,4</b>	<b>205,6</b>	22,1	12,1
Vorräte	8,3	8,4	0,1	1,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	83,2	71,9	-11,4	-13,6
Wertpapiere und liquide Mittel	88,1	121,9	33,8	38,4
Rechnungsabgrenzungsposten <sup>1</sup>	3,8	3,4	-0,4	-9,8
<b>Bilanzsumme Aktiva</b>	<b>1.269,0</b>	<b>1.319,3</b>	<b>50,3</b>	<b>4,0</b>
Eigenkapital	286,0	297,5	11,5	4,0
Sonderposten für Investitionszuschüsse	337,9	338,8	0,9	0,3
Rückstellungen	152,2	159,3	7,1	4,7
Verbindlichkeiten	476,0	508,3	32,3	6,8
Rechnungsabgrenzungsposten	16,5	14,0	-2,5	-15,1
Passive latente Steuern	0,4	1,4	1,0	223,7
<b>Bilanzsumme Passiva</b>	<b>1.269,0</b>	<b>1.319,3</b>	<b>50,3</b>	<b>4,0</b>

<sup>1</sup> inkl. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Die Anlagenintensität sank von 85,5 % auf 84,4 %, was wesentlich auf die hohe Stichtagsliquidität zurückzuführen ist.

Anteile an der Bilanzsumme	2015	2016	Veränderung	
	in %	in %	%-Punkte	in %
Anlagevermögen	85,5	84,4	-1,1	-1,3
Umlaufvermögen	14,5	15,6	1,1	7,8

Auf der **Passivseite** stieg das wirtschaftliche Eigenkapital um 2,0 % auf 636,3 Mio. EUR an. Durch den bestehenden steuerlichen Querverbund rechnen wir die Sonderposten für Investitionszuschüsse in voller Höhe zum wirtschaftlichen Eigenkapital. Der Anlagendeckungsgrad verringerte sich geringfügig um -0,4 Prozentpunkte auf 57,1 % hauptsächlich in Folge der Kreditaufnahmen.

Anlagendeckung	2015	2016	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Anlagevermögen	1.085,6	1.113,8	28,2	2,6
wirtschaftliches Eigenkapital	623,9	636,3	12,4	2,0
<b>Deckungsgrad</b>	<b>57,5%</b>	<b>57,1%</b>		<b>-0,6%</b>

Der Zuwachs bei den Rückstellungen in Höhe von 7,1 Mio. EUR ist auf die im Geschäftsjahr berücksichtigten Steuerrückstellungen zurückzuführen.

Der Anstieg der Verbindlichkeiten um +32,3 Mio. EUR (+6,8 %) war Folge der gestiegenen Finanzverbindlichkeiten und der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistung.

Insgesamt betrachten wir die Vermögenslage und die Kapitalstruktur des Konzerns als ausgewogen.

#### 6.4. Gesamtaussage zur Lage

Die guten volks- und regionalwirtschaftlichen Bedingungen und der anhaltende Anstieg der Einwohnerzahl in Halle (Saale) bildeten eine stabile Grundlage für unsere Geschäftsfelder.

Die Umsätze und Absätze konnten in allen Geschäftsfeldern gesteigert werden und unterstreichen die erfolgreiche Marktpositionierung der Stadtwerkeunternehmen.

Der Anstieg des EBITDA (+7,7 Mio. EUR zum Vorjahr) ist Beleg für die erfolgreiche Umsetzung der Effizienzprogramme unserer Unternehmen.

Mit dem erzielten Jahresüberschuss von 11,7 Mio. EUR wurde der geplante Wert (8,5 Mio. EUR) um +3,2 Mio. EUR übertroffen. Zugleich konnte in den Bilanzen der Stadtwerkeunternehmen weitere Risikovorsorge getroffen werden.

Bei einer zum Vorjahr gestiegenen Nettokreditaufnahme (+17,4 Mio. EUR) konnte dank des EBITDA-Zuwachses der dynamische Verschuldungsgrad von 3,2 auf 2,9 verbessert werden.

Das minimale Absinken des Anlagendeckungsgrades ist temporär auf die vergleichsweise hohe Stichtagsliquidität zurückzuführen.

Insgesamt sehen wir uns in dem eingeschlagenen Kurs bestätigt und für die Zukunft gut aufgestellt.

## 7. Chancen-und Risikobericht

### 7.1. Risikomanagementsystem

#### 7.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

#### 7.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und Frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende Risiken und Chancen sowie zukünftige, potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

#### 7.1.3. Risikomanagement-Prozess und -Organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Der jährlich wiederkehrende Risikomanagementprozess beginnt bei den Beteiligungsgesellschaften. Diese führen im Zuge des Planungsprozesses eine Risikoinventur durch oder schreiben diese fort. Dabei werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der

dazugehörigen Vorschau (4 Jahre) strukturiert nach Risikokategorien erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und Frühwarnsystem eindeutig geregelt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

## 7.2. Chancen und Risiken

### 7.2.1. Geschäftsfeld Energie

Die Beschaffungsmärkte unterliegen großen Preisschwankungen. Zur Minimierung von Preisänderungsrisiken werden deshalb Preisfixierungen für Ein- und Verkäufe getätigt.

Die geltenden Limits für Energiebeschaffung und Vermarktung wurden im Berichtszeitraum beachtet. Limitüberschreitungen wurden durch entsprechende Gegenmaßnahmen aufgehoben.

Dem Risiko mangelnder Bonität von Geschäftspartnern im Strom- und Gashandel wirken wir mit direkten und indirekten Maßnahmen entgegen. Es werden jährlich neue Limits festgelegt, in deren Grenzen Geschäfte mit Geschäftspartnern getätigt werden können. Die Definition der Maximalwerte erfolgt mit Hilfe von Bonitätsbewertungen für die einzelnen Vertragspartner.

In einem EuGH-Urteil vom 21. März 2013 wurde die mögliche Unwirksamkeit von Preisanpassungen für Gas- und Stromlieferungen basierend auf Normsonderkundenverträgen rückwirkend ab 1. Januar 2009 festgestellt. Auch das Urteil des BGH vom 31. Juli 2013 bestätigte diese Auffassung. In Bezug auf zurückliegend angepasste Kundenverträge besteht ein Rückerstattungs-Risiko von Preiserhöhungen, sofern die zugrundeliegenden Preisänderungsklauseln unzulässig im Sinne der vorgenannten Rechtsprechungen sein sollten.

Mit dem Beschluss der Bundesnetzagentur zur Senkung der Eigenkapitalzinssätze in der Entgeltkalkulation besteht das Risiko einer Verminderung der Erlösobergrenze ab der dritten Regulierungsperiode für die Strom- und Gasnetze (Strom ab 2019, Gas ab 2018).

Das derzeit im Gesetzgebungsverfahren befindliche Netzentgeltmodernisierungsgesetz (NEMoG) könnte zu Beeinträchtigungen für unsere Stromerzeugungsanlagen durch geringere Erträge für die vermiedene Netznutzung führen. Die Höhe der Vergütung soll bereits ab dem Jahr 2017 auf dem Niveau des Jahres 2015 eingefroren werden. Eine neue Berechnungsbasis könnte darüber hinaus ab dem Jahr 2018 ein Absinken des Entgeltes für vermiedene Netznutzung um ca. 30 % bewirken. Im Zeitraum 2021 bis 2030 sollen die verbliebenen Beträge in 10 %-Schritten gleichmäßig bis auf null abgeschmolzen werden.

Infolge der aktuellen markt- und sicherheitspolitischen Entwicklungen überwachen und bewerten wir Risiken bezüglich des Ausfalls von DV-Systemen, potentiell Datenverlust und -raub und deren mögliche Folgen für den gewöhnlichen Betriebsablauf. Entsprechende Sicherheitsmaßnahmen sind etabliert und werden regelmäßig an veränderte Gegebenheiten und technische Standards angepasst. Es bestehen Vereinbarungen mit dem Betreiber der IT-Systeme zur Sicherstellung der Verfügbarkeit. Eine entsprechende unternehmensinterne Weisung bezüglich Datenschutz und Datensicherheit besteht ebenfalls.

Durch die erneute Modernisierung der Erzeugungsanlagen an den Kraftwerksstandorten Dieselstraße und Halle-Trotha eröffnet das neue KWKG weitere Chancen, die im Rahmen des Projektes „KWK 35“ genutzt werden sollen.

### 7.2.2. Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung

Die Verordnung zur Durchführung des Grundbuchbereinigungsgesetzes (GBBerG) vom 20. Dezember 1994 erfasst auch wasserwirtschaftliche Anlagen. Hiermit verbunden besteht das Risiko möglicher Entschädigungszahlungen für Grunddienstbarkeiten.

Aus einem Schlichtungsverfahren mit dem Wasser- und Abwasserzweckverband Saalkreis könnten Nachzahlungsrisiken entstehen.

Sollten die zur Abdeckung der Deponie im Zeitraum 2016 bis 2021 erforderlichen Materialien durch die vom Landesverwaltungsamt festgelegten Annahmeparameter nicht wie geplant erlöswirksam über den Markt akquiriert werden können, besteht ein fortlaufendes Aufwands-Risiko aus der dann erforderlichen Beschaffung der Materialien.

### 7.2.3. Geschäftsfeld Mobilität

Die sich ständig wechselnden Markt- und Rahmenbedingungen und der steigende Kostendruck stellen den ÖPNV in der Stadt Halle (Saale) vor große Herausforderungen und bergen das Risiko einer verminderten Wettbewerbsfähigkeit gegenüber potentiellen Mitbewerbern und dem Individualverkehr.

Besondere Chancen erwarten wir aus der strategischen Neuausrichtung der HAVAG. Durch die sukzessive Umsetzung und Überwachung der strategischen Einzelmaßnahmen können die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens nachhaltig gesichert und insbesondere die Umsätze gesteigert werden.

Die Beeinträchtigungen durch den komplexen Um- und Ausbau des Bahnknotens und den Neubau der Zugbildungsanlage Halle (Saale) stellen für uns die größten kurzfristige Risiken im Jahr 2017 dar.

Als mittel- und langfristige Risiken schätzen wir eine signifikante Ausweitung von Terminal-Kapazitäten des Kombinierten Verkehrs in der mitteldeutschen Region sowie ein endgültiges Scheitern der Vollen- dung des Saaleausbaus ein.

Chancen sehen wir insbesondere im Hinblick auf den Ausbau der Geschäftstätigkeiten im Kombinierten Verkehr sowie in der Akquisition von global agierenden Logistik-Dienstleister, die das Terminal für die Abwicklung weltweiter Verkehre nutzen. Für die Bahnleistungen können sich durch bahnseitige Verkehre für das Biodieselwerk im Hafen und den Gewerbepark an der A14 weiterhin deutliche Umsatz- und Ergebnisverbesserungen einstellen.

### 7.2.4. Geschäftsfeld Services

Im IT-Bereich des Geschäftsfeldes bleibt die Ertragsaussicht weiterhin in starkem Maße von der Wettbewerbs- und Finanzsituation der Hauptkunden (Unternehmen und Kommunen) abhängig. Eine besondere Herausforderung und zugleich große Chance sehen wir in der Umsetzung der Digitalisierung der Geschäftsprozesse in den Geschäftsfeldern Energie, Wasser und Entsorgung sowie Mobilität.

Darüber hinaus werden in der Spezialisierung auf die Übernahme kompletter IT-Dienstleistungen, Rechenzentrumsleistungen sowie in der Vermarktung eigener Produkte und spezieller, branchentypischer IT-Dienstleistungen gute Chancen zur Fortentwicklung des Geschäftsfeldes gesehen.

Für die freizeitaffinen Gesellschaften des Geschäftsfeldes bestehen Ertragsrisiken im Fall eines sinkenden Kaufkraftpotentials, sich verändernden Freizeitverhalten, konkurrierenden Angeboten und besonders auch aus ungünstigen Witterungsbedingungen. Zur Sicherung der Liquidität und zum Ausgleich künftig zu erwartender Fehlbeträge sind jährlich Betriebskostenzuschüsse für das Freizeitbad Maya mare (von SWH und HWS) sowie für die Bädergesellschaft (von der Stadt Halle (Saale) notwendig.

### 7.3. Gesamtbild

Unter den identifizierten Risiken der Unternehmen der Stadtwerke Gruppe lagen insgesamt 8 Einzelrisiken (Vorjahr: 11) über dem Schwellenwert und wurden demzufolge als Risiken in das Konzernrisikomanagement aufgenommen. Hierbei fanden Risiken mit einer sehr geringen Eintrittswahrscheinlichkeit < 5 % keine Berücksichtigung.

Die konzernrelevanten Risiken (2017) verteilen sich auf die nachfolgend dargestellten Risikokategorien und Risikogruppen:

	Risikogruppe		
	1	2	Gesamt
Absatzmarkt	0	1	1
Beschaffungsmarkt	0	1	1
Konkurrenzunternehmen	0	0	0
Recht und Politik	1	2	3
Technologische Entwicklungen	0	0	0
Naturereignisse	0	0	0
Kapitalmarkt	0	0	0
Sonstige/Interne Prozesse/Strategie	0	3	3
Summe	1	7	8

Ein Risiko ist der höchsten Risikogruppe 1 zugeordnet. Es umfasst drohende Steuernachzahlungen in Folge der steuerlichen Betriebsprüfung im Organkreis der Stadtwerke. Für das Risiko wurde ausreichende bilanzielle Vorsorge getroffen.

Der für das Jahr 2017 maßgebliche Schadenserwartungswert der dargestellten konzernrelevanten Risiken (Bruttoschadenshöhe x Eintrittswahrscheinlichkeit) in Summe beträgt 15,2 Mio. EUR (Vorjahr 6,0 Mio. EUR). Ursächlich für den Anstieg ist die Neubewertung des Risikos aus der steuerlichen Betriebsprüfung, für die bilanziell wirksame Vorsorge getroffen wurde.

Die vorgenannten Risiken werden im Risikomanagement als Bruttonisiken erfasst. In den Planungen und Jahresabschlüssen unserer Unternehmen sind die Risiken zu einem großen Teil bereits berücksichtigt bzw. Risikosteuerungsmaßnahmen eingeleitet. Allen Risiken wurden Maßnahmen zur wiederkehrenden Überwachung und Steuerung zugeordnet. Dieses ermöglicht uns eine frühzeitige Reaktion bei Änderungen der Eintrittswahrscheinlichkeiten oder der Schadenshöhen.

## 8. Prognosebericht

Für das Wirtschaftsjahr 2016 wurde ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 2,0 % unterstellt und für unser Bundesland und die Region eine vergleichbare Entwicklung angenommen.

Unsere Planungen unterstellen auch für die Folgejahre weiterhin zunehmende Wettbewerbsintensitäten und volatile Marktentwicklungen in allen Geschäftsfeldern. Hierbei wird die Ausrichtung der Gruppe auf den eingeschlagenen Kurs weiter fortgeführt. Insofern sind Änderungen in unserer Geschäftspolitik vor dem Hintergrund der bisher erreichten Ergebnisse nicht vorgesehen.

Für die Absatzentwicklung im Stadtgebiet Halle (Saale) sind die Anzahl der versorgten Einwohner und die durchschnittliche Haushaltsgröße von Bedeutung. Unsere Planungen unterstellen eine leicht sinkende Einwohnerzahl bei einer konstanten durchschnittlichen Haushaltsgröße.

Für das Jahr 2017 planen wir mit folgenden Außenumsätzen:

	<b>Plan 2017<sup>1</sup></b> (Mio. €)
Erlöse Strom	199,1
Erlöse Gas	69,7
Erlöse Fernwärme	49,1
Erlöse Wasser	28,4
Erlöse Abwasser	46,8
Erlöse Entsorgung und Reinigung	31,9
Erlöse Mobilität	59,9
Erlöse Service/Sonstige	109,5
<b>Gesamt</b>	<b>594,5</b>

<sup>1</sup> Durch Rundungsdifferenzen können Abweichungen in Höhe von ± 0,1 Mio. EUR entstehen.

Wir planen das Jahr 2017 mit Investitionen in Höhe von rd. 103,9 Mio. EUR für 2017. Die Investitionstätigkeit ist wesentlich durch Baumaßnahmen im Rahmen der Fluthilfe (Hochwasser 2013) und des Stadtbahnprogramms beeinflusst.

<b>Investitionen</b> (unkonsolidiert)	<b>2017</b> (Mio. €)
Energie	60,1
Wasser und Entsorgung	32,9
Mobilität und Logistik	58,0
Services	10,2
Holding	7,4
<b>Gesamt</b>	<b>168,4</b>
Fördermittel/Investitionszuschüsse	64,5
<b>Gesamt (ohne Zuschüsse)</b>	<b>103,9</b>

Das Geschäftsfeld Energie baut mittelfristig regenerative Erzeugungskapazitäten auf. Ziel ist es zudem, im Zusammenhang mit dem Ausbau des Geschäftsfeldes „Kundennahe Energiedienstleistungen“ alternative Technik (BHKW, Nahwärmanlagen, Kältepumpen) auch in komplexer Kombination mit konventioneller Technik anzubieten.

Weitere Schwerpunkte bilden Ersatz- und Erweiterungsmaßnahmen im Strom-, Gas- und Fernwärmenetz.

Im Rahmen des Projektes „KWK 35“ ist in 2017 der Bau eines Energie- und Zukunftsspeichers vorgesehen, der eine stärkere Entkoppelung der Stromerzeugung vom Wärmeverbrauch ermöglichen wird. Dadurch können die Erzeugungsanlagen in Bezug auf Marktpreisänderungen deutlich reagibler eingesetzt werden

Im Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung liegt der Schwerpunkt der Investitionen in der Abwasserentsorgung und dort in den Teilbereichen Kanalnetz, Kläranlagen und Grundstücksanschlusskanäle.

Die Investitionen des Geschäftsfeldes Mobilität werden im Wesentlichen durch die Maßnahmen im Rahmen des Stadtbahnprogrammes bestimmt, hierin enthalten sind Zuschüsse von ca. 43,4 Mio. EUR.

Im Geschäftsfeld Services werden für das Projekt „Warmes Gebäude“ Investitionen in Höhe von 8,5 Mio. EUR geplant, mit denen eine Erneuerung und der anschließende Betrieb von Wärmeerzeugungsanlagen in Liegenschaften der Stadt Halle (Saale) vorgesehen ist.

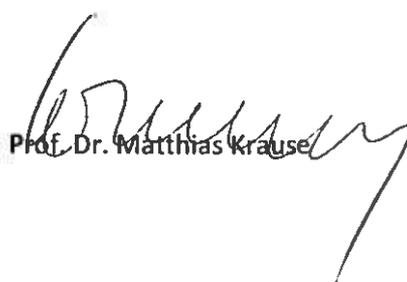
Für das Geschäftsjahr 2017 planen wir ein Konzernjahresergebnis vor Steuern in Höhe von 7,2 Mio. EUR.

Halle (Saale), den 23. Mai 2017

Geschäftsführung



Matthias Lux  
(Vorsitzender)



Prof. Dr. Matthias Krause



Rene Walther

# Allgemeine Auftragsbedingungen

## für

### Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2002

#### 1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für die Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Beratungen und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Werden im Einzelfall ausnahmsweise vertragliche Beziehungen auch zwischen dem Wirtschaftsprüfer und anderen Personen als dem Auftraggeber begründet, so gelten auch gegenüber solchen Dritten die Bestimmungen der nachstehenden Nr. 9.

#### 2. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Gegenstand des Auftrages ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Der Auftrag erstreckt sich, soweit er nicht darauf gerichtet ist, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften, wie z.B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Bewirtschaftungsrechts beachtet sind; das gleiche gilt für die Feststellung, ob Subventionen, Zulagen oder sonstige Vergünstigungen in Anspruch genommen werden können. Die Ausführung eines Auftrages umfaßt nur dann Prüfungshandlungen, die gezielt auf die Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten gerichtet sind, wenn sich bei der Durchführung von Prüfungen dazu ein Anlaß ergibt oder dies ausdrücklich schriftlich vereinbart ist.

(4) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

#### 3. Aufklärungspflicht des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, daß dem Wirtschaftsprüfer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

#### 4. Sicherung der Unabhängigkeit

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß alles unterlassen wird, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährden könnte. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellungen, insbesondere Massen- und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

#### 5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Hat der Wirtschaftsprüfer die Ergebnisse seiner Tätigkeit schriftlich darzustellen, so ist nur die schriftliche Darstellung maßgebend. Bei Prüfungsaufträgen wird der Bericht, soweit nichts anderes vereinbart ist, schriftlich erstattet. Mündliche Erklärungen und Auskünfte von Mitarbeitern des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrages sind stets unverbindlich.

#### 6. Schutz des geistigen Eigentums des Wirtschaftsprüfers

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß die im Rahmen des Auftrages vom Wirtschaftsprüfer gefertigten Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Aufstellungen und Berechnungen, insbesondere Massen- und Kostenberechnungen, nur für seine eigenen Zwecke verwendet werden.

#### 7. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Berichte, Gutachten und dgl.) an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.

Gegenüber einem Dritten haftet der Wirtschaftsprüfer (im Rahmen von Nr. 9) nur, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 gegeben sind.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

#### 8. Mangelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen der Nacherfüllung kann er auch Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrages verlangen; ist der Auftrag von einem Kaufmann im Rahmen seines Handelsgewerbes, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder von einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen erteilt worden, so kann der Auftraggeber die Rückgängigmachung des Vertrages nur verlangen, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muß vom Auftraggeber unverzüglich schriftlich geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse in Frage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

#### 9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen gilt die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Haftung bei Fahrlässigkeit, Einzelner Schadensfall

Falls weder Abs. 1 eingreift noch eine Regelung im Einzelfall besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gem. § 54 a Abs. 1 Nr. 2 WPD auf 4 Mio. € beschränkt, dies gilt auch dann, wenn eine Haftung gegenüber einer anderen Person als dem Auftraggeber begründet sein sollte. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfaßt sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen.

(3) Ausschußfristen

Ein Schadensersatzanspruch kann nur innerhalb einer Ausschußfrist von einem Jahr geltend gemacht werden, nachdem der Anspruchsberechtigte von dem Schaden und von dem anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt hat, spätestens aber innerhalb von 5 Jahren nach dem anspruchsbegründenden Ereignis. Der Anspruch erlischt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde.

Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt. Die Sätze 1 bis 3 gelten auch bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen mit gesetzlicher Haftungsbeschränkung.

## 10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Eine nachträgliche Änderung oder Kürzung des durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschlusses oder Lageberichts bedarf, auch wenn eine Veröffentlichung nicht stattfindet, der schriftlichen Einwilligung des Wirtschaftsprüfers. Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

## 11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfaßt nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, daß der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Falle hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, daß dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfaßt die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrages. Dies gilt auch für

- die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z. B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen und
- die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlung, Verschmelzung, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen.

(6) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzuges wird nicht übernommen.

## 12. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, gleichviel, ob es sich dabei um den Auftraggeber selbst oder dessen Geschäftsverbindungen handelt, es sei denn, daß der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen.

(3) Der Wirtschaftsprüfer ist befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftraggebers zu verarbeiten oder durch Dritte verarbeiten zu lassen.

## 13. Annahmeverzug und unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers

Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Wirtschaftsprüfer angebotenen Leistung in Verzug oder unterläßt der Auftraggeber eine ihm nach Nr. 3 oder sonstwie obliegende Mitwirkung, so ist der Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Unberührt bleibt der Anspruch des Wirtschaftsprüfers auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Wirtschaftsprüfer von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

## 14. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

## 15. Aufbewahrung und Herausgabe von Unterlagen

(1) Der Wirtschaftsprüfer bewahrt die im Zusammenhang mit der Erledigung eines Auftrages ihm übergebenen und von ihm selbst angefertigten Unterlagen sowie den über den Auftrag geführten Schriftwechsel zehn Jahre auf.

(2) Nach Befriedigung seiner Ansprüche aus dem Auftrag hat der Wirtschaftsprüfer auf Verlangen des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlaß seiner Tätigkeit für den Auftrag von diesem oder für diesen erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Wirtschaftsprüfer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser bereits in Urschrift oder Abschrift besitzt. Der Wirtschaftsprüfer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.

## 16. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.